

*9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen
„Globalisierung gestaltet Kommunen –
Kommunen gestalten Globalisierung“*



Impressum:

Herausgeber:

InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Tulpenfeld 6, D-53113 Bonn

Fon ++49/228/2434-630, Fax++49/228/2434-635,

info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 12

Projektleitung: Michael Marwede

Redaktion: Benjamin Kummer, Michael Marwede, Ulrich Nitschke

Transkription der Wortbeiträge: Rhoda Lynn Gregorio

Fotos: Werner Klapper 9-12/14/16/18/21-23/25/27/29-30/33/38/41/47/52/56/60/62/64/68/
71/75/77/80/83/86/93/96/98-99/104/110/113; Bernhard Dohle 110;

Michael Marwede 10/16/46/94-95/101/112-113/114/116/119

Titelgestaltung: CP/Compartner, Essen

Logo Bundeskonferenz: Brinkmann & Niedernhöfer, Viersen

Druck: Deller:>Druck, Neuss

100% Recyclingpapier

ISSN 1610-9163

Bonn, Juli 2005

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

*Die Bundeskonferenz wurde finanziert durch
das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
das Land Sachsen-Anhalt,
T-Mobile und
die Stadt Magdeburg.*

Inhalt

► Vorwort.....	9
► Begrüßungen	
Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg	10
Dr. Horst Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt	12
Dr. Götz Nagel, Bereichsleiter der InWEnt gGmbH	14
► Vorträge	
Gunther Hilliges, Inhalte und Ergebnisse der bisherigen Bundeskonferenzen Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit Bremen	16
Sanda-Beatrice Bitere: Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Kooperation Regionalbezirksrätin für Europäische Integration in der Kreisverwaltung Iasi, Rumänien	22
Hans de Jonge: The need for new dynamics in North-South co-operation: the role of local authorities and NGOs Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon, Special Representative of the Secretary General at the North-South Centre	25
Dr. h.c. Herbert Schmalstieg: Kommunale Partnerschaften und die Rolle der Kommunen im Prozess europäischer und internationaler Politikgestaltung Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover	30
Erich Stather: Die Bedeutung der Kommunen in der Erreichung der entwicklungspoliti- schen Ziele des BMZ Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	37
Udo Schlüter: Kommunen brauchen Eine-Welt-Engagement – Engagement braucht Rü- ckenwind Geschäftsführer des Eine Welt Netz NRW e.V. / Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Lan- desnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)	47
Hans-Joachim Döring: PartnerInnen in der Partnerschaftsarbeit? Kirchengemeinden und Kommunen in der Eine-Welt-Arbeit – Ein ostdeutsches Weltbild Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche der Kirchen- provinz Sachsen	52
Michael Knapp: Zusammenarbeit mit Kommunen in der Einen Welt am Beispiel der Stadt Schelklingen Bürgermeister der Stadt Schelklingen	59
Ullrich Sierau: Hauptstadt des fairen Handels – Agenda-Arbeit in Dortmund Stadtrat Stadt Dortmund	64
Axel Nordmann: Erfolgsfaktoren beim Marketing von kommunaler Eine-Welt-Arbeit“ imug Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft – an der Universität Hannover	71

Prof. Dr. Michael Bohnet: Entwicklungspolitische Konzeptionen und Entwicklungszusammenarbeit der neuen EU-Mitgliedsstaaten Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) a. D. / Beauftragter des BMZ für die EU-Beitrittsländer	77
Dr. Dirk Messner: Globalisierungspartner Kommune – Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE)	86
Ulrich Nitschke: Verabschiedung und Ausblick Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH	96
▶ Programmbausteine	98
+++ World Café +++ Ausstellung 1.000 Familien „Gemeinsam durch Vielfalt“ +++ Stadt Magdeburg +++ Talkrunde +++ Redaktionsteam +++	
▶ Arbeitsgruppen	111
▶ Vorbereitungsphase	114
▶ Evaluation	116
▶ Anhang	
Programme	120
TeilnehmerInnenliste	125
Publikationen	129
Über uns	131

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

hier halten Sie eine besondere Ausgabe unserer Schriftenreihe Dialog Global in den Händen: Die Dokumentation einer Premiere. Denn im November 2004 führte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erstmals federführend die Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen durch. Die Nummer neun. Mit der Durchführung war einiges verbunden.

Wir traten in eine bestehende Geschichte ein. Nach bereits acht Konferenzen und über 15 Jahren Vorgeschichte ist das so. Mit der Gründung der Servicestelle Ende 2001 wurde u.a. das Zentrum für kommunale Entwicklungszusammenarbeit aufgelöst. Dessen Inhalte und Aufgaben gingen in die Servicestelle über – und damit auch die Durchführung der Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen.



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

Zuletzt 2001 realisiert, wurde es Zeit, die Akteure in Deutschland zusammen zu führen, die die Eine Welt vor Ort sichtbar machen.

Mit der Konferenz verbanden wir auch den Wunsch, die „Neuen Länder“ näher an das Thema heranzuführen, so dass erstmals diese Bundeskonferenz in einem ostdeutschen Bundesland, in der sehr dynamischen Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts – Magdeburg – stattfand.

Insgesamt bewegten sich mit uns 25 Organisationen. Vier Mitfinanzierer waren da, denen auch an dieser Stelle der ganz besondere Dank gilt. Aber es bewegten sich auch 157 Menschen nach Magdeburg in die beeindruckende Johanniskirche, die einen Raum für kreative Ideen, Reflexion und Muße gleichermaßen bot.

Zu Beiträgen zur Umsetzung der in Magdeburg erarbeiteten und verabschiedeten Empfehlungen sind alle Leserinnen und Leser aufgerufen. Nur gemeinsam entwickeln sich diese zu Realitäten.

Wir freuen uns auf Ihre Idee und vielfältige Rückmeldungen!

Ulrich Nitschke

InWEnt gGmbH, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Begrüßungen



Dr. Lutz Trümper

Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg

„Die Kirchen schließen den Menschen in den einfachen großen Formen zusammen und in ihren hohen Gewölben kann der Geist sich doch wieder ausbreiten und aufsteigen.“ Mit diesem Goethewort möchte ich Sie sehr herzlich hier in Magdeburg begrüßen. An einem besonderen Tagungsort, der eben schon erwähnt worden ist.



Sehr geehrter Herr Minister Dr. Rehberger, Herr Dr. Nagel, Herr Hilliges, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich in unserer Stadt zum neunten Bundeskongress für Kommunen und Initiativen begrüßen. Ganz besonders herzlich begrüße ich natürlich die Kollegen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeister der vertretenen Städte sowie die Referenten der Konferenz und die internationalen Gäste. Ich freue mich sehr, dass Sie nach Magdeburg gekommen sind und hier Ihren Kongress abhalten. Ich hoffe Sie fühlen sich in unserer Stadt wohl. Aber ich

habe eben schon einige kleine Lobe in Empfang nehmen können, ich hoffe das wird in den nächsten Tagen noch besser werden für Sie.

Die Johanniskirche ist ein ganz besonderer Ort: als die älteste Rats- und Kaufmannskirche in Deutschland steht sie als Symbol für den Aufstieg, für das Schicksal, aber auch das Überleben und den Überlebenswillen der Bürger dieser Stadt; über 1.000 Jahre zählt diese Kirchengeschichte. 1999 konnte sie nach ihrer fünften Zerstörung im Jahre 1945 mit großem finanziellen Aufwand und Anteilnahme der Bürgerschaft wieder eingeweiht werden. Herr Minister Rehberger, das sage ich auch immer wieder gerne, ist einer von denen, die das auch persönlich unterstützt haben; bei seinem 65. Jubiläum hat er auch noch mal für diese Kirche gesammelt und zwar für den zweiten Turm, der neu oben drauf ist. Dieser Turm ist nur aus Spendenmitteln finanziert worden und nicht aus öffentlichen Mitteln. Darum sind wir ganz stolz, dass die Bürger diese ehemalige Kirche, die heute das Stadthaus ist, in ihr Herz geschlossen haben und damit auch jeden Besucher, der sich hier aufhalten darf, auch ein Stückweit als Ehre empfindet.

In diesem Raum haben gerade in letzter Zeit zu wichtigen gesellschaftlichen Themen Tagungen und Kongresse stattgefunden, zu Fragen der Stadtidentität, Beschäftigungspolitik, Stadtgestaltung oder des demographischen Wandels. Auch der Städtetag gehörte zu den jüngsten Gästen, zum dritten Mal in diesem Monat begrüße ich heute eine Tagung des Städtetages in Magdeburg. Neben dem Präsidium und Hauptausschusses Anfang November war erst vor zwei Tagen die KommOn in Magdeburg, der Kongress des Städtetages für Kommunen online. Dass es hier erfolgreich für Magdeburg ist, habe ich Ihnen vorhin gesagt. Es gibt aber auch die Möglichkeit unsere Stadt zu präsentieren. Magdeburg überrascht als Stadt mit Zugkraft. Sie werden es auf der Stadtrundgang zum Dom oder in die Buttergasse heute Abend und aber auch gerade hier in St. Johannes erleben.

Kommunen sind die Orte, die vor allem die Menschen auf unterschiedlichen Ebenen zusammenführen. Außerhalb von Deklaration und politischen Verträgen geschieht hier das Erlebnis Globalisierung. Das gestalten zu können brauchen wir viele Ideen und viele



Mitgestalter. Das drückt sich hier im Teilnehmerkreis sehr deutlich aus. Die Arbeitsgruppen zeigen, dass Globalisierung ein großes Themenspektrum umfasst: Von kommunalen Städtepartnerschaften bis zum Stadtumbau sind Kommunen nicht nur Betroffene, sondern vor allem Agierende in diesem Prozess.

Kommunale, institutionelle und bürger-schaftliche Initiativen gibt es sehr zahlreich in Magdeburg. Der Ausländerbeirat spiegelt die Schwierigkeit politischer Arbeit zwischen noch nicht Heimat und dem Integrationsauftrag innerhalb der Kommune wider. Ich denke an den Ausländerbeauftragten der Stadt, die Initiative Fairer Handel, an das Klimabündnis, die Städtepartnerschaften, die Unicef-Partnerschaft und Patenschaften 1997 und die internationalen Kultur-Festivals. Mit 12 % ausländischer Studierender hat die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg einen sehr hohen Anteil an ausländischen Studenten. Inzwischen vergibt die Stadt jährlich ein Forschungsstipendium für eine Studentin der Universität aus Osteuropa. Die entscheidenden Initiativen kommen aber von der Bürgerschaft selbst. Mit der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt und dem Eine-Welt-Haus, den interkulturellen Wochen, dem gemeinsamen Teefest von vietnamesischen und deutschen Magdeburgern, mit den 30 Freundschaftsgesellschaften und Aktivitäten innerhalb der Städte-

partnerschaften. Wir reden nur zuweilen zu wenig darüber. Diese Bundeskonferenz trägt auch ein Stückweit dazu bei, dass wir uns mit unseren Initiativen innerhalb der Bundesrepublik besser kennen lernen und gemeinsam wahrnehmen. Das Engagement der Magdeburger für ihre Stadt drückt sich nicht nur hier um den Wiederaufbau der Kirche aus. Wir sind eben nicht die medial präsentierte verlorene Region – Identität entsteht vielerorts. Globalisierung braucht Heimatbewusstsein für mehr Weltoffenheit. Beides gehört untrennbar zusammen. Da haben wir in Magdeburg schon eine ganze Menge erreicht. Im kommenden Jahr feiert unsere Stadt das 1.200-jährige Stadtjubiläum. In Mitteldeutschland steht die Wiege der deutschen Nation und Kultur, Magdeburg gehörte oftmals in seiner Geschichte zu den zentralen und hart umkämpften Orten. Ich lade Sie herzlich ein, kommen Sie im nächsten Jahr zu unseren Festveranstaltungen und lernen Sie Magdeburg und die Umgebung näher kennen – es lohnt sich!

Ich wünsche dem Kongress einen erfolgreichen Verlauf und allen Beteiligten einen angenehmen Aufenthalt hier in Magdeburg.

Herzlichen Dank.

Dr. Horst Rehberger

Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Nagel, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste aus nah und fern, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt hat sie eben willkommen geheißen; ich darf Sie im Namen der Landesregierung von Sachsen-Anhalt ganz herzlich hier in dieser traditionsreichen Kirche begrüßen, deren Geschichte Herr Dr. Trümper eben geschildert hat.

Sie haben eine Aufgabe zum Gegenstand gemacht, die auf der kommunalen Ebene umfassend ist. 14 Jahre war ich Bürger-



meister der Stadt Karlsruhe und aus der Zeit weiß ich welche enorme Aufgabe es z.B. bedeutet, die Integration ausländischer Mitbürger voran zu bringen und wirklich zu einem guten Ergebnis zu führen. Ich weiß wie wichtig z.B. die Partnerschaften zu anderen kommunalen Gebietskörperschaften – im Fall der Stadt Karlsruhe zu Nancy in Frankreich in Lothringen oder zur Stadt Nottingham in England war.

Meine Damen und Herren, wenn es gelungen ist, aus den beiden Ländern Deutschland und Frankreich, die über einen größeren Zeitraum verfeindet waren, wirklich Verbündete zu machen – auch Verbündete im Herzen, dann haben die kommunalen Gebietskörperschaften durch ihre vielen Verbindungen, die sie geknüpft haben und die Organisationen, die Vereine mit umfas-

sen, die in den einzelnen Städten und Gemeinden existieren einen ganz wichtigen Beitrag geleistet. Im Übrigen wird das Problem insgesamt ja nicht kleiner, sondern größer: Wenn ich das Integrationsthema noch mal ansprechen darf. Die Vorgänge etwa in Holland in diesen Tagen zeigen uns wie brüchig auch das sein kann, von dem wir glaubten es sei alles fest und könne nicht mehr in Frage gestellt werden. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass für die kommunalen Gebietskörperschaften und für die Kreise, Städte und Gemeinden sich hier eine enorme Aufgabe stellt, die in ihrer Dimension weiter zunehmen wird, denn wir haben eine mobile Welt und wir haben eben Eine Welt, wie Sie mit recht sagen und nicht mehrere; daraus ergeben sich aber zwangsläufig viele schwierige Aufgabenstellungen. Natürlich ist die Bewältigung der Aufgabe Eine Welt nicht nur die der kommunalen Ebene. Da ist sie es im besonderen Maße. Sie ist eine Aufgabe, die auch die Länder, natürlich in besonderem Maße der Bund, wahrzunehmen haben. Wir haben in Sachsen-Anhalt gerade in der jüngsten Vergangenheit, um unseren Beitrag zu leisten, Partnerschaften geschlossen, etwa mit der Region Centre im Zentrum Frankreichs oder mit der Region Masowien in Polen. Wir arbeiten darüber hinaus mit einer Vielzahl von Regionen zusammen, die beispielsweise durch die chemische Industrie geprägt sind. Ich selber habe die Ehre als Präsident des europäischen Netzwerks der Chemie-Regionen jetzt tätig sein zu dürfen; da sind 20 Regionen Europas beieinander, aus den Benelux-Ländern, Großbritannien, Italien, Frankreich, Polen und Tschechien. Hier werden Interessen gebündelt und gemeinsam gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament wahrgenommen. Man sieht also die Aufgabe, die Sie haben, die wir haben, ist eine umfassende und eine unheimlich wichtige. Denn die Idee, dass der Mensch grundsätzlich friedfertig sei, dass er grundsätzlich tolerant sei, ist leider eine Idealvorstellung und mit den Realitäten nicht immer vereinbar. Wir müssen aber mit den Menschen wie sie sind zusammen arbeiten, und müssen schauen, dass wir Brücken schlagen. Brücken schla-

gen übrigens von Sachsen-Anhalt auch in ganz andere Teile der Welt. Herr Trümper hat es eben angedeutet, etwa mit den Vietnamesen haben wir ein besonders nachhaltiges und gutes Verhältnis weil in der Zeit der DDR sehr viele, zehn Tausende an den Hochschulen der DDR studiert oder promoviert haben. Als ich vor einem Jahr mit einer großen Wirtschaftsdelegation in Hanoi war, habe ich mich richtig gefreut, dass es eigentlich keine wichtige Institution oder Organisation gegeben hat, wo nicht einer, der dort eine führende Rolle spielt, mich in Deutsch begrüßt hätte und sich fließend mit mir in Deutsch unterhalten hätte – auch das ein Zeichen, wie die Welt zusammen wächst. Wir haben in Shanghai seit einer Reihe von Jahren eine Vertretung, auch nach China gibt es zunehmend eine Reihe von Verbindungen. Es ist mir wichtig, Ihnen deutlich zu machen, dass gerade auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt die Bedeutung der Aufgabe voll einschätzen kann, die Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, als die Repräsentanten von Kommunen und Initiativen wahrnehmen.

Ich wünsche Ihrer neunten Bundeskonferenz einen guten Verlauf. Ich bin mir ganz sicher, Sie werden sich in der Landeshauptstadt Magdeburg wohlfühlen; wenn mich die für Politiker bekanntlich typische Bescheidenheit nicht daran hindern würde, würde ich Sie sogar zur Ortswahl beglückwünschen – jedenfalls alles Gute hier in Magdeburg.

Dr. Götz Nagel

Bereichsleiter der InWEnt gGmbH

Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, Herr Minister Dr. Rehberger, Gunther Hilliges vom Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit in Bremen, meine Damen und Herren,

im Namen des Veranstalters InWEnt möchte ich zunächst erst mal meinen Dank denen aussprechen, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben. Die Unterstützung durch das BMZ, die Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt, die Unterstützung durch die Stadt Magdeburg und wie man sieht an einem hervorragenden Ort, und natürlich den Dank – und das kann man im Voraus schon sagen – an die Organisation, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und das Vorbereitungsteam, die die Voraussetzung geschaffen haben, dass wir zu inhaltlichen Dialogen kommen und möglicherweise zu Vernetzungen, zu Partnerschaften und was sonst noch möglich ist. Ich habe vier Gründe anzuführen, die mir ganz besondere persönliche Freude bereiten, Sie hier zu begrüßen:

Ich freue mich persönlich, dass es Magdeburg gelungen ist, eindeutig die beste Bewerbung für die Gastgeberschaft für diesen Kongress abzugeben und die Mühe hat sich für die Stadt gelohnt, das freut uns besonders und gibt uns die Gelegenheit dieses Gebäude und das Umfeld hier kennen zu lernen.

Als zweites möchte ich anführen, dass die Vorläuferorganisationen von InWEnt, nämlich die Deutsche Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit und die Carl-Duisberg-Gesellschaft 1991 hier in Magdeburg im Eine-Welt-Haus eine Residenz gefunden haben auf einem Flur, was für InWEnt die Fusion vorweg genommen hat, ohne dass wir damals wussten, dass wir eines Tages fusionieren. Dieses verbindet uns mit der Stadt Magdeburg, weil wir schon Erfahrungen mitbringen konnten, die wir jetzt auch nutzen.

Der dritte Grund ist ein fast faszinierender: Die achte Bundeskonferenz 2001, hatte das

Projekt Servicestelle Kommunen in der Einen Welt als Thema. Damals konnte man sagen die Bundeskonferenz gestaltet die Servicestelle – heute in Abwandlung des Mottos kann man sagen, die Servicestelle gestaltet die Konferenz. Das finde ich einen sehr überzeugenden, sehr beeindruckenden Beitrag. Sie können heute sehen, was aus dieser Servicestelle, die wir damals gemeinsam auf den Weg gebracht haben, gewor-



den ist. Ich finde das ist eine Erfolgsstory, die wir hoffentlich fortsetzen können.

Und last but not least: ich bekenne es sehr gerne persönlich, ich bin Landeskind, bin hier zur Schule gegangen und freue mich, dass ich die Möglichkeit habe, Sie als nunmehr Neu-Kölner hier begrüßen zu können.

Die Ziele dieser Veranstaltung sind sehr anspruchsvoll. InWEnt steht für das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Training und Dialog. Nutzen Sie die Gelegenheit und vor allem die InWEnt mit Ihrer Struktur, den Referenten und Themenfeldern, wie die EU-Osterweiterung als anspruchsvolle Aufgabe der noch nicht vollendeten Vernetzung, der Kooperation im Bildungsbereich zu erzielen, um eben genau das, was Herr Dr. Rehberger eben ange-

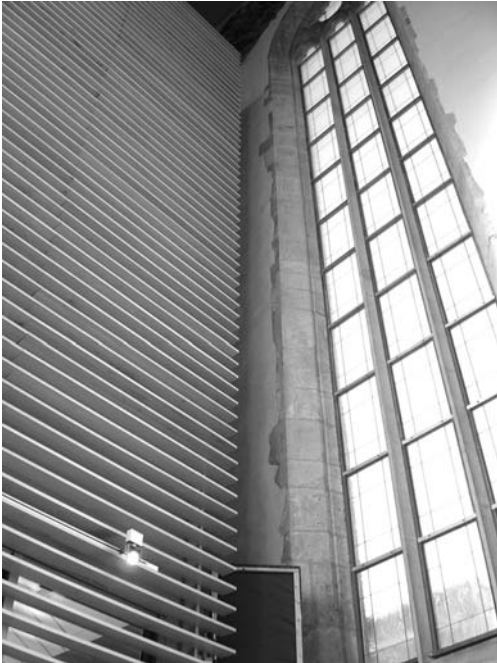
sprochen hat, den Mangel an interkultureller Kompetenz, dem wir uns stellen müssen, um dann ein Miteinander in Toleranz zu ermöglichen. Ich denke, hierzu können wir einen Beitrag leisten auf kommunaler und auf anderer Ebene durch Begegnung und in Kooperation mit den Nichtregierungsorganisationen.

Ich wünsche dieser Veranstaltung intensive Kooperationen.

Ich möchte mich auch schon vorab bedanken, dass wir heute Abend, Herr Oberbürgermeister, Ihre Gäste sein dürfen. Ich wünsche auch dieser Stadt eine 365 Tage dauernde Fete nächstes Jahr, es wird anstrengend, aber es wird viele Menschen hierher bringen, weil Magdeburg 1.200 Jahre wird. Wenn Sie uns so neugierig machen, wie wir jetzt schon sind, werden wir die Botschaft auch in unsere Heimatgemeinden bringen – es lohnt sich nach Magdeburg zu kommen.

Herzlichen Dank.

Vorträge



Gunther Hilliges

„Inhalte und Ergebnisse der bisherigen Bundeskonferenzen – Rückblick und Ausblick“

Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit Bremen

Unter der Überschrift Globalisierung gestalten: Mit Kommunen und Initiativen! fand die **8. Bundeskonferenz** im Februar 2001 in Bonn statt. Damals hieß es in der Abschlusserklärung u. a.:



„Kommunale Eine-Welt- und Agenda 21-Arbeit gewinnt immer größere Bedeutung: So haben bereits 1.700 deutsche Kommunen einen lokalen Agenda 21-Beschluss verabschiedet – damit leben etwa 50 %, in Nordrhein-Westfalen sogar 75 % der Bevölkerung in Agenda-Kommunen. Mit der Finanzierung einer „Servicestelle für kommunale Eine-Welt-Arbeit“ durch die Bundesregierung und die Mehrzahl der Bundesländer ab 2002 in Bonn bekennen sich die politischen RepräsentantInnen zu Ihrer Verpflichtung von Rio de Janeiro 1992. Diese Servicestelle kann als Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden

und Initiativen sowie dem Zentrum für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, caf/Agenda-Transfer und der Carl Duisburg Gesellschaft der kommunalen Eine-Welt-Arbeit durch Bündelung bisheriger Aktivitäten neue Impulse geben.“

Die Konferenz-TeilnehmerInnen appellieren an alle Bundesländer, sich an der Finanzierung der Servicestelle zu beteiligen, und an die Bundesregierung, dem Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon – wie auf der Bonner Tagung erstmals zugesichert – in den kommenden Monaten beizutreten. Damit werden Forderungen der Kommunen und Nord-Süd-Foren eingelöst, die sie seit der 1. Bundeskonferenz 1988 in Mainz wiederholt an die Bundesregierung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände gerichtet haben.

Wie ein roter Faden ziehen sich die Forderungen nach einem Beitritt Deutschlands zum Nord-Süd-Zentrum des Europarats und der Aufbau einer Servicestelle für die Kommunen durch die Abschlusserklärungen der Bundeskonferenzen seit Februar 1991 bei der dritten Bundeskonferenz der Nord-Süd-Foren in Berlin.

Mit der **Eröffnung der Servicestelle** „Kommunen in der Einen Welt“ im Dezember 2001 und dem Beitritt Deutschlands zum Nord-Süd-Zentrum im Oktober 2001 sind diese Forderungen endlich erfüllt und ich hoffe, dass während dieses Kongresses noch Gelegenheit besteht, über die Erfahrungen zu berichten, die Ulrich Nitschke und ich beim Lisbon Forum 2004, das vom 24.-26. Oktober unter dem Thema: “Social Cohesion and Local and Regional Sustainability Strategies: The role of Civil Society and Local Authorities“ stattfand, gesammelt haben.

Mit der Gründung der außerordentlich effizienten, vielseitigen und sachkundigen Servicestelle gelingt es zunehmend besser, auch den aus der wachsenden Europäisierung der Nord-Süd-Arbeit resultierenden Aufgaben für alle Ebenen in Deutschland besser gerecht zu werden. Vor drei Jahren in Bonn gingen wir noch von Rund 1700 deutschen Kommunen aus, die im lokalen

Agenda 21 Prozess aktiv geworden sind. Heute ist die Zahl auf 2600 angewachsen, wobei mich mehr als diese Zahl die steigende Qualität der Arbeit auf lokaler Ebene beeindruckt, die sich in den hervorragenden Dokumentationen der Servicestelle gut nachvollziehen lässt. Nicht unerwähnt darf an dieser Stelle aber auch der Eindruck bleiben, dass viele lokale Agenda Prozesse in Deutschland an personeller und finanzieller Auszehrung leiden und Ermüdungserscheinungen um sich greifen. Frust entsteht oft aus dem unerträglichen Spagat politischer Sonntagsreden zur Nachhaltigkeit und den zähen Mühen im Alltag vor Ort, wo zwar viele Agenda Beschlüsse existieren, aber deshalb die alten Trampelpfade noch lange nicht aufgegeben werden. Dazu trägt sicher auch der mangelnde Ausbildungsstand im öffentlichen Dienst bei, in dessen Ausbildungszentren des Bundes, der Länder und Kommunen die Nachhaltigkeitsdiskussion nicht oder nur ausnahmsweise durch einige engagierte Lehrkräfte angekommen ist. Das ZKE hatte im Jahr 2000 dazu die Fachhochschulrektorenkonferenz zu einem Wochenendseminar eingeladen, bei der noch nicht einmal der Beschluss des Bundestages vom Juli 2000 zu Bildung für nachhaltige Entwicklung mit einem konkreten Auftrag an die Innenverwaltungen des Bundes und der Länder bekannt war. An dieser Stelle sollte der Hinweis nicht fehlen, dass der Bundestag am 1.07.2004 in Vorbereitung auf die UN-Dekade 2005-2014 „ Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einen bemerkenswert detaillierten Beschluss gefasst und damit hoffentlich auch die KMK angeregt hat, dieser weltweiten Initiative, die von der UNESCO federführend bearbeitet wird, Nachdruck zu verleihen. Hier bietet sich für die Landesebene wegen ihrer Zuständigkeit in Bildungsfragen und somit auch für die lokale Ebene ein weites Betätigungsfeld. Ich kann mir durchaus Initiativen der Landesnetzwerke gegenüber ihren Landtagen vorstellen, um durch Hearings und Podiumsdiskussionen auch mit den zuständigen Bildungsministern der Länder die notwendige Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Ein wichtiges Element unserer Globalisierungsstrategie von unten, die richtiger Weise darauf setzt,



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

dass zur politischen Gestaltung der Globalisierung Gestaltungswillen und Fähigkeit wie auch die Förderung des Bewusstseins einer globalen Verantwortung gehören.

Ihrer besonderen Aufmerksamkeit möchte ich die Materialien zur local renewables conference im Juni 2004 in Bonn und das Dokument zum lokalen Politik Dialog in Bonn im Dezember 2003 empfehlen. Zwei richtungweisende Initiativen, die es ohne die Servicestelle nicht gegeben hätte.

Bereits drei Monate nach Gründung der Servicestelle schrieb Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zusammen mit Ministerpräsident Peter Müller, dem damaligen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz alle BürgermeisterInnen und Bürgermeister Deutschlands an, um die Servicestelle vorzustellen und ihre Dienste anzubieten. Dieser Brief ist vor dem Hintergrund der schwierigen Prozesse um die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein wahrhaft historisches Dokument, das seine Wirkung nicht verfehlte.

Im Juni 1988 wurde in Madrid zum Abschluss der europaweiten Kampagne „Interdependenz und Solidarität“ auf Einladung der parlamentarischen Versammlung des Europarats an die europäischen NRO beschlossen, die Ergebnisse der Kampagne in einen längerfristigen Arbeitsprozess zu überführen und dafür das Nord-Süd-Zentrum des Europarats zu gründen und das Angebot der portugiesischen Regierung anzunehmen, das Zentrum in Lissabon aufzubauen. Neben Parlamentariern und NRO sollten Regierungen und Kommunen an dem Quadrilog teilnehmen.

Bereits im November 1988 kam es in Mainz zur **1. Bundeskonferenz** der Nord-Süd-Foren und Initiativen, bei der das Angebot der Stadt Mainz, eine Koordinationsstelle aufzubauen dankbar angenommen wurde. Zur Vorbereitung der 1. Bundeskonferenz hatten wir damals ein Gutachten zu den rechtlichen Aspekten kommunaler Nord-Süd-Arbeit in Auftrag gegeben, das die Grundlage für ein Symposium in der evangelischen Akademie Iserlohn am 1. und 2. November 1988 darstellte. Die dort beschriebenen kommunalaufsichtlichen Streitfälle zwischen Kommunen und Bezirksregierungen lesen sich bereits heute wie aus einer völlig anderen Zeit. Der oft zitierte Paradigmenwechsel mit Überwindung des Ost-West-Konflikts lässt sich an diesem Beispiel hervorragend illustrieren.

Mit der guten Arbeit des europäischen Koordinationsbüros in Mainz unter Leitung von Gerold Weisrock entstand eine Vielzahl neuer Aktivitäten, die bereits bei der 2. Bundeskonferenz im Januar 1990 in Bonn ihren Niederschlag in Forderungen an Bund und Länder zur Verbesserung der Arbeitsvoraussetzungen fand:

Regierung des Bundes und der Länder räumen heute ohne Umschweife ein, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Dekaden die gesteckten Ziele nicht erreicht hat und weitgehend gescheitert ist. Parallel wird die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen positiv hervorgehoben und ihre Ausweitung gefördert. Diese beruht jedoch – insbesondere auf kommunaler Ebene – weitgehend auf ehrenamtlichem Engagement. Die Arbeit an den Problemen der Mehrheit der Bevölkerung dieser Erde kann jedoch auf Dauer nicht nur idealistische Feierabendbeschäftigung sein. Schon jetzt sind überall Zeichen der Überforderung und arbeitsmäßigen Überlastung festzustellen. Bund, Länder und Gemeinden sind daher dringend aufgefordert, neben ihrer wachsenden Bereitschaft zur Förderung von Projekten, mehr Mittel für kritische Informations- und Bildungsarbeit bereitzustellen und gleichzeitig, die personelle und strukturelle Ausstattung der Nord-Süd-Foren zu verbessern. Erfahrungen in anderen eu-

ropäischen Staaten bei der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten, speziell im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, machen deutlich, dass damit zusätzliche Potenziale erschlossen werden können und einer qualitativ hochwertigen Verstärkung der Arbeit gedient werden kann.

Bis auf NRW warten Kommunen in den Flächenländern bis heute vergeblich auf eine Unterstützung ihrer Arbeit aus Landesmitteln. Auch im Bundeshaushalt findet sich keine entsprechende Haushaltsstelle. Die letzte **Bundeskonzferenz**, die das Mainzer Büro organisierte, fand 1994 in Gießen statt und es ist ein Gebot der Fairness den beiden Hauptakteuren Hans Pakleppa und Dr. Dieter Danckwortt zu danken, dass sie den Aufbau des Zentrums für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (ZKE) von 1995-2001 in Bonn so hervorragend gestaltet und die Grundlagen für die Arbeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ehrenamtlich gelegt haben.

Die **6. Bundeskonzferenz** wurde vom ZKE unter dem drängendem Titel „Noch 107 Tage bis zum Ablauf der Frist am 31.12.1996“ – Hintergrund war der schleppende und im europäischen Vergleich beschämend niedrige Vergleich von nur rund 200 lokalen Agenda Beschlüssen bei rund 17.000 deutschen Gebietskörperschaften. Unsere 2 % veranlassten damals Dänen, Niederländer und Briten, die die 80 % Marke überschritten hatten, vom „Entwicklungsland Deutschland“ zu sprechen.

Zehn Jahre nach Mainz fand im November 1998 in Osnabrück die **7. Bundeskonzferenz** statt, die unter der Überschrift „Von Mainz nach Osnabrück“ eine Bilanz unserer Arbeit verabschiedete, die dann später auch in die Dokumentation der Konzeption der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt aufgenommen wurde. Ein denkwürdiger Vorgang, der Respekt verdient, da es leider nicht selbstverständlich ist, dass langjährige Kommunen- und Basisarbeit die zum Bau der Servicestelle viel beigetragen hat, dann auch als Solche ernst genommen und gewürdigt wird. Der Bundesministerin, wie auch der Geschäftsführung von InWEnt möchte ich an dieser Stelle für die gute Zu-

sammenarbeit ausdrücklich danken, was natürlich Ulrich Nitschke und sein frisches Team mit einbezieht.

Die lokale nord-süd-politische Vernetzungsarbeit begann für mich als damaliger Bundesvorsitzender von terre des hommes im Oktober 1983 mit der Einladung zur Teilnahme am Kongress der Weltgemeindevorbundes (IULA) und der UNESCO nach Florenz. Ein niederländischer Kollege von NCDO und ich griffen die Appelle verschiedener Bürgermeister auf, das NRO-Engagement auch an die lokale Ebene und nicht, wie bisher üblich, nur an die nationale Ebene zu adressieren. Schnell brachten wir ein Bündnis aus verschiedenen NRO der Niederlande und Deutschlands zustande, an dem sich auch Herr Leitermann für den deutschen Städtetag und die deutsche Welthungerhilfe beteiligten. Im September 1985 konnten wir in Köln die **1. Europäische Konferenz** zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durchführen, die mit dem Kölner Aufruf „From Charity to Justice“ endete und bereits 1986 mit Unterstützung der EU zur Gründung von Towns & Development führte.

Kapitel 28 der Agenda 21 vom Juni 1992 (Rio) veranlasste Towns & Development bereits im Oktober 1992 in Berlin einen weltweiten Kongress über die wachsende Bedeutung kommunaler Projekt- und Bildungsarbeit im Nord-Süd-Kontext zu organisieren. Die Charta von Berlin wurde verabschiedet und im Juni 1994 durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages den Kommunen zur Umsetzung wie auch zum Start von lokalen Agenda 21-Prozessen einstimmig nahe gelegt.

Im Dezember 1994 beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder zu ihren Aufgaben im Rio-Folgeprozess in der Entwicklungszusammenarbeit „alles in ihren Kräften stehende zu tun, um Länder, Kommunen, gesellschaftliche Gruppen einschließlich der Nichtregierungsorganisationen aktiv an diesem Prozess zu beteiligen.“

Bereits im Oktober 1988 hatten die Ministerpräsidenten der Länder erstmals das kommunalpolitische Engagement begrüßt

und entsprechende Förderung in Aussicht gestellt.

Im September 2002 fand in Johannesburg zehn Jahre nach Rio der Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung statt, dem ein Bürgermeister Großkongress vorausging, dessen Abschlusserklärung die Servicestelle in deutsch und englisch breit gestreut hat. Etwas Besseres gibt es nach meiner Einschätzung bisher nicht. Die Zahl der inzwischen aktiven Kommunen zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 schätzt ICLEI im Auftrag der ECOSOC inzwischen auf gut 10.000. Eine eindrucksvolle Zahl, die aber in Beziehung zur Gesamtzahl der Kommunen auf diesem Planeten gesetzt werden muss. Der Weltentwicklungsbericht 1999/2000 spricht von 476.441 Kommunen (ohne China). Im Jahr 2005 werden rund 50 % der Menschheit in Kommunen leben mit weiter wachsender Tendenz der Verstädterung. Die Kommunen der Welt bedecken 2 % der Weltoberfläche, sind aber für den Verbrauch von 75 % der weltweiten Ressourcen verantwortlich.

Das Konferenzthema dieses Bundeskongresses fasst die Herausforderungen für Kommunen im Globalisierungsprozess kurz und überzeugend zusammen.

Mit den Millennium Development Goals (MDGs) haben die Staats- und Regierungschefs im September 2000 ein Aktionsprogramm bis zum Jahr 2015 verabschiedet, in dessen Mittelpunkt die Halbierung der Zahl der Ärmsten auf diesem Planeten und die Gestaltung partnerschaftlicher Entwicklungsbedingungen neben einer Reihe weiterer hoch brisanter Aufgaben steht. Die ersten Zwischenberichte nach fast 5 Jahren Laufzeit des Programms sind ernüchternd bis enttäuschend. Die Entwicklungspotenziale der Menschen in ihren Kommunen in diesem weltweiten Entwicklungsprozess weiter zu vernachlässigen, wäre unverantwortlich.

Afrika hat in den letzten fünf Jahren drei Großkongresse der Bürgermeister durchgeführt, die sich mit der Umsetzung der Ergebnisse von Rio und Johannesburg beschäftigten. Auch in Asien gab es ähnliche Anstrengungen. Mit der Fusion der beiden kommunalen Weltverbände IULA und UTO

zum weltweiten Dach UCLG (United Communities and Local Governments) mit Hauptsitz in Barcelona haben sich auch die organisatorischen Voraussetzungen gegenüber der UN deutlich verbessert, die kommunale Stimme in den weltweiten Entwicklungsprozess besser einbringen zu können.

Bremen hat seit 1995 Vernetzungsprojekte im Agenda 21-Prozess in der SADC und der SAARC Region unterstützt und dabei viel über die Probleme der Kommunen im Süden aber auch der großen Chancen internationaler kommunaler Kooperation gelernt. Beim letzten Afri-Cities Congress in Yaunde im Dezember 2004 waren mehr als 2.000 Bürgermeister anwesend, deren zukünftige Vernetzungsarbeit im Rahmen von NEPAD deutlich an Bedeutung gewinnt.

Nie werde ich die Einladung des politischen Direktors der SAARC-Konferenz in Katmandu vergessen, der sich dafür interessierte, von den Agenda Prozessen in Europa und Afrika zu erfahren, aber vor allem von mir als deutschem Informanten über die Rolle der Kommunen im Versöhnungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich nach dem 2. Weltkrieg haben wollte. Dieses weltweit viel beachtete und heute schon fast vergessene „historische Wunder“ interessierte die SAARC Administration, um daraus vielleicht etwas lernen zu können zur Rolle der Kommunen in Pakistan und Indien zur Überwindung des dortigen Jahrzehnte langen Agressionspotenzials. Eine gute Erfahrung, die mir noch einmal die Bedeutung unserer Arbeit im Kontext der Einheit von nachhaltiger Entwicklung, die ohne Frieden nicht gelingen kann, bewusst gemacht hat.

„Der Fortschritt ist eine Schnecke“ so wird einem diese Entwicklung von 20 Jahren lokalen Engagements zur Unterstützung der Lösung globaler Probleme vorkommen. Gemessen an den weltweit wachsenden gigantischen Problemen fällt es auch mir schwer auf die historische Dimension zu verweisen, daran zu erinnern, dass es keine 20 Jahre her ist, dass deutsche Kommunen sanktionsbewehrt von der Beteiligung an globalen Aufgaben in Deutschland ausgeschlossen wurden. Als ich den Beschluss des Präsidiums des deutschen Städtetages vom 20.

April 2004 las, wollte ich erst meinen Augen nicht trauen, zu gegenwärtig waren mir noch Beiträge früherer Städtetagspräsidenten und Generalsekretäre, die in unseren Konferenzen die Arbeit ausdrücklich schätzten, aber dies nur persönlich aussagten, da die eigenen Gremien der kommunalen Spitzenverbände sich noch nicht zu einer positiven Entscheidung hatten durchbringen können. Nun also dieser Beschluss:

„Das Präsidium des Deutschen Städtetages ermutigt das Engagement deutscher Kommunen, durch Partnerschaften, Projektoperationen und die Bereitstellung kommunaler ExpertenInnen in Projekten von Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einen Beitrag zur Gestaltung der globalen Entwicklung zu leisten.“

Politische Bewusstseinsbildung ist in einer Mediendemokratie darauf angewiesen, dass neue Entwicklungen auch über die Medien transportiert werden. Was ich an früherer Stelle zum Ausbildungsstand im öffentlichen Dienst und generell zu unserem Bildungswesen in Punkto Nachhaltigkeit gesagt habe, gilt verstärkt für die Flut von Informationen und Kommentaren, die wir über die Medien täglich erhalten. Unsere Themen kommen dann prominent heraus, wenn sie sich mit karitativen Hilfsaktionen verbinden, weshalb wir dann gleich mit einem doppelten Problem belastet sind. Natürlich ist konkrete Hilfe gegenüber Menschen, die unter den Umständen, wie wir diese Welt organisiert haben, leiden, dringend und in noch viel größerem Maße erforderlich. Aber strukturelle Gewalt wird nicht durch Hilfsprojekte überwunden. Kommunale Nachhaltigkeitsarbeit und ihre regionale oder gar internationale Vernetzung erscheint vielen Journalisten als zu theoretisch und wenig konkret. Vielleicht gelingt es, die Abschlussergebnisse dieser Konferenz einmal in einer prominenten Fernsehtalkshow auszubreiten und auch überregionale Medien dafür zu interessieren. Jedenfalls müssen wir auf diesem Gebiet noch viel Vermittlungstechnik lernen und die Nachhaltigkeitsarbeit aller Ebenen unserer Demokratien muss auch in der

Journalistenausbildung besser verankert werden.

130.000 Kommunen gibt es in Europa. Davon sind etwa 6.000 in unserem Sinne aktiv, soweit man sich auf die schwierig zu erhebenden Zahlenangaben verlassen will. In der Präambel der europäischen Verfassung verpflichtet sich Europa zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Dies wird ohne seine Kommunen nicht gelingen. Wir stehen also weiterhin am Anfang einer spannenden und aufregenden Entwicklung und können mit einigem Stolz und große Freude diesen 9. Bundeskongress eröffnen, von dem ich hoffe, dass er uns neue Erkenntnisse bringt und Batterien wieder auflädt, falls sie etwas müde geworden sein sollten.

Ich danke Ihnen!



Überreichung der fairen Rosen.

Sanda-Beatrice Bitere:

„Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Kooperation“

Regionalbezirksrätin für Europäische Integration in der Kreisverwaltung Iasi, Rumänien

Erst vor wenigen Tagen feierte man hier in Deutschland den Fall der Mauer.

Vor 15 Jahren wurden die Grenzen in Ungarn geöffnet, die Mauer in Deutschland fiel und in meinem Heimatland Rumänien fand eine blutige Revolution statt.

Vor 15 Jahren zerfiel der sozialistischen Staatenblock und in seinem Zusammenfall riss er ganze Staaten, Nationen und Völker mit sich in einen Sog von Veränderungen – Zerfall, Veränderung und Neuerstehung.

Im Zeitalter der wachsenden Globalisierung entstehen neue, große Staatengemeinschaften, treten nationale Interessen hinter Gemeinschaftsinteressen zurück und werden Besitzstände gemeinsam neu definiert. Erst im Mai diesen Jahres sind zehn osteuropäische Staaten der Europäischen Union beigetreten – Staaten, die es zum Teil vor 15 Jahren noch gar nicht gab.

Weitere Kandidaten stehen auf der Beitrittsliste und Verhandlungen mit anderen Staaten werden geführt.

Doch wie und vor allem wo nehmen die Bürger diese Entwicklung wahr und vor allem, wie und wo nehmen sie daran teil?

Die Montagsdemonstration fanden vor 15 Jahren in den ostdeutschen Städten statt, so wie bei uns die blutigen Auseinandersetzungen in Städten und Gemeinden stattfanden. Die Umsetzung von Transformation und Veränderungen, oft in Form von neuen Gesetzen, nimmt der Bürger in seiner Gemeinde wahr, in der aktiven oder passiven Interaktion mit seiner Verwaltung. Die Bürger möchten keine abstrakte Politik haben, sondern konkrete Vorhaben in ihren Städten und Gemeinden mitgestalten.

Im Zuge der Globalisierung in unserer heutigen Zeit bekommen Regionen und Kom-



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-istoppe.com

munen eine neue Bedeutung für die Menschen. Die Kommunen sind der Lebensmittelpunkt, hier leben und arbeiten sie, hier möchten sie mitgestalten und zur Entwicklung beitragen. Hier nehmen sie den Staat und damit die Politik tagtäglich wahr – vor allem in der Interaktion mit der Verwaltung und ihren Behörden.

Gerade die Kommunalverwaltungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert und tun es noch – weg von einem staatshörigen Beamtenapparat, hin zu einer Bürger- und serviceorientierten Verwaltung. Mitsprache- und Gestaltungsrecht der Bürger sind gesetzlich festgeschrieben und es liegt an den Menschen, diese Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen und für sich zu nutzen. In vielen osteuropäischen Ländern ist dieses Recht zwar inzwischen gesetzlich verankert, es wird aber noch nicht genug genutzt, weil die Menschen ihre Mitgestaltungsrechte noch gar nicht kennen oder an ihren Mitspracherecht und -möglichkeiten zweifeln.

Die Kommunale Selbstverwaltung ist eine wichtige Voraussetzung für die Städte und Gemeinden, ihre Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam mit ihren Bürgern zu gestalten und den Eigenheiten und der Einzigartigkeit jeder Kommune Rechnung zu tragen.

Wir haben es in Rumänien bitter erlebt, was geschieht, wenn nationale Politik über alles gestellt wird und wie Städte und vor allem Dörfer durch diese Willkür zerstört wurden.



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

Durch Partnerschaften können wir voneinander lernen und uns gegenseitig voranbringen, das gilt im privaten Bereich ebenso wie bei Städtepartnerschaften oder Kooperationen zwischen verschiedenen Institutionen. Voneinander lernen, gemeinsam gestalten und die Einbeziehung vieler verschiedener Akteure sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von langfristigen Entwicklungen.

Das beste Beispiel hierfür ist die Lokale Agenda 21:

Die Erstellung von nachhaltigen Stadtentwicklungsstrategien, die eine partizipativ entwickelte Vision einer Stadt mit der Analyse ihres wirtschaftlichen Potenzials verknüpfen, der Forderung kommunaler Institutionen und Aufbau lokaler Kapazitäten. Dezentralisierung, Demokratisierung und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung. Kurz- und langfristige Entwicklungsziele zu vereinbaren durch Dialog. Mitteilen, mitmachen, voneinander zu lernen, Problemlösungskompetenz zu vermitteln, Nachhaltigkeit als Prinzip, Good Governance als dessen Umsetzung, Vernetzung, Partnerschaften zu bauen zwischen allen Akteuren einschließlich Nichtregierungsorganisationen, als Herausforderungen und Chancen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Stichwörter für uns in der Lokalen Agenda 21 waren: Vision, Selbstverwaltung, Dialog, Nachhaltigkeit, Good Governance, Vernetzung, Partnerschaften.

Für viele osteuropäische Gemeinden ist es sehr wichtig, Partner zu finden, um von den Erfahrungen in Europa zu lernen. Die Umsetzung des Aquis Communautaire, des gemeinsamen Besitzstandes der EU, findet in vielen Bereichen auf lokaler Ebene statt. Die meisten Bürgermeister und Lokalverwaltungen sind damit überfordert und erhalten auch wenig Unterstützung von ihren Regierungen. Durch den internationalen Erfahrungsaustausch vor Ort, in

Städten und Gemeinden, in Verwaltungseinheiten, zwischen Bürgervereinen oder Stadtverwaltungen kann man in der Praxis lernen, welche Erfahrungen gemacht wurden und was man davon in seinem Umfeld übertragen kann.

Ich bin sehr glücklich, als Vertreterin des Kreisrates Iasi gerade eine sechsmonatiges Praktikum in der Bezirksvertretung Münster absolvieren zu können, dass von InWEnt unterstützt wird.

Neben der Arbeit in verschiedenen Abteilungen der Bezirksvertretung, bin ich auch zu Gast in der Gemeindeverwaltung Borken, um die deutsch-niederländische Zusammenarbeit im Rahmen von Euregios kennen zu lernen. Auch das ist ein Thema, dass immer wichtiger wird für Regionen, die in Grenzgebieten leben.

Der Kreis Iasi hat eine lange Grenze mit der Republik Moldau. Mit dem geplanten Beitritt Rumänien zu EU im Jahr 2007 wird dieses eine Außengrenze der EU werden. Bestehende grenzüberschreitende Kontakte, die in Jahrhunderten gewachsen sind, werden erschwert. Die grenzüberschreitende Kooperation mit der Republik Moldau ist sehr schwierig und wird durch den EU-Beitritt sicher noch komplizierter. Aber, durch Euregios können wir grenzüberschreitende Kooperationen unterstützen. Doch diese werden nur Realität, wenn die betroffenen Institutionen und vor allem, die betroffenen Kom-

munen diese Euregios mit Leben erfüllen und gemeinsam gestalten.

Diese Praktikum wird mir helfen, die in Deutschland gewonnen Erfahrungen in unsere Kooperation mit InWEnt, in den Aufbau unserer Euregio Siret-Prut-Nistru und in unsere tägliche Arbeit in der Kreisverwaltung Iasi umzusetzen.

Unterstützt wird dies ebenfalls durch die Partnerschaften unseres Kreises Iasi mit dem Landkreis Halberstadt, eine Partnerschaft, die durch die Regierung von Sachsen-Anhalt und den paritätischen Wohlfahrtsverband Mittelsachsen seit Jahren unterstützt wird. Wie Sie sehen – viele Partner ziehen hier am gleichen Strang, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserem Kreis und seinen Städten und Gemeinden voranzubringen !

Denn die Kommunen sind es, in denen unsere Entwicklung sichtbar und erlebbar voranschreitet und sie sind es, die den Menschen Heimat, Vision und Zukunft geben.

Vielen Dank.



Fragen

Hildegard Huber:

Ich fand es sehr interessant, was Sie gesagt haben. Auch die Zusammenarbeit ist bei uns in Deutschland mit den lokalen Agenden nicht sehr einfach. Viele Gemeinderäte haben Nachholbedarf und verstehen auch noch nicht, was wir wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen einfach Mut machen, und sagen, dass bei uns auch nicht alles Gold ist was glänzt. Wir haben immer zu kämpfen, wir sind also auf dem gleichen Weg.

Frau Bitere:

Herzlichen Dank.

Prof. Ankuza:

Wissen Sie mehr über die Notwendigkeit der Entwicklung der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit? Denn auch in diesem Gebiet

kann Rumänien sehr viel von Deutschland lernen. Rumänien ist leider selber schuld, dass es am Rand von Europa geblieben ist und Sie wissen genau, dass Deutschland der beste Ansprechpartner für uns ist. Deswegen frage ich Sie, gibt es mehrere Kommunen und Städte die Partnerschaften zu Rumänien haben, und wenn nicht, was ist zu machen, um das zu erreichen?

Frau Bendisch:

Ich denke die Frage zielt auf die wichtige Thema Partnerschaften, können Sie dazu noch etwas sagen?

Frau Bitere:

Ich möchte Herrn Prof. Ankuza ein sehr gutes Beispiel geben. Es handelt über unsere Heimatstadt Sibiu, eine Stadt, die einen deutschen Bürgermeister hat. Diese Stadt hat seit vielen Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit und Beziehung mit Deutschland. Es ist das beste Beispiel für die Bedeutung von Kooperation und Partnerschaften mit deutschen Gemeinden. Es ist nicht das einzige Beispiel, aber das beste.

Frau Bendisch:

Das könnte ein gutes Thema für die Arbeitsgruppen sein, dieses zu vertiefen.

Hans de Jonge

"The need for new dynamics in North-South co-operation: the role of local authorities and NGOs"

Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon, Special Representative of the Secretary General to the Council of Europe's North-South Centre in Lisbon

Ich werde auf Englisch sprechen, aber erst möchte ich Herrn Götz Nagel und Herrn Gunther Hilliges und Herrn Ulrich Nitschke herzlich begrüßen und natürlich alle Anwesenden.

Ladies and gentlemen, before I speak, I would also like to thank the organizers for the splendid organization of this conference and for the outstanding hospitality they have extended to me to come here to Magdeburg.

Before turning to the role of the NSC, allow me to say a few words on the Council of Europe to which the Centre belongs.

The Council of Europe stands for pluralist democracy, the rule of law and the defence of human rights. These values are a precondition for a humane and civilised society, but also for economic growth and social justice. The Council of Europe now embraces 46 member States since the accession of Monaco on 3 October. Only one country, Belarus, because of the undemocratic nature of the regime is still outside our Organisation. We do hope of course that this country can take its rightful place in the family of European nations once it has returned to democracy.

However, the Council of Europe's responsibility to defend and consolidate democracy and human rights does not stop at the borders of Europe. Our European ideals cannot be realised in "splendid isolation" in today's context of unbridled globalisation. Thus, aware of the urgent need for new and renewed efforts that meet the requirements of an interdependent world through strategies of cooperative action in a spirit of solidarity, the Committee of Ministers of the



Council of Europe created the North-South Centre in 1989. The institution became operational in 1990 with a double mandate: raising public awareness that we live in an interdependent world, a world that will either be swept away by self-interest taking us away with it, or one where solidarity will take the upper hand and we will all move forward with it, and secondly, promoting the values of democracy and human rights on other continents.

The first part of the mandate is achieved through global education; the second through policy dialogue.

Currently the North-South Centre comprises 20 member States. It cooperates closely with the European Union and the United Nations and has set up many partnerships. The Centre represents an original experiment. Here we find governments, representatives, parliamentarians, civil society representatives, and local and regional authorities all working towards the same end. We call this joint responsibility "the Quadriologue".

The prominent role of local and regional authorities in addressing the challenges of

modern society has been acknowledged also by the Council of Europe, through the creation of the Congress of Local and Regional Authorities. The Congress is the voice of Europe's regions and municipalities. It is also a pan-European platform for co-operation between elected representatives at sub-national level and a consultative body assisting the Committee of Ministers and the Parliamentary Assembly to shape their positions on all aspects of local and regional policy.

More and more decentralisation is on the political agenda of national administrations. Promoting good local governance is today duly recognised as a key issue and a powerful tool in the new approach to development cooperation. Recent international declarations and agreements such as the NEPAD, the Cotonou EU-ACP Agreement, and many others stress the crucial role that local actors have to play in their implementation.

Moreover it is clear that the Millennium Development Goals (MDGs)¹ can only be achieved by taking into account the important role that local government can play in dealing with the development challenges of poverty. Local governance is the best way of ensuring that the fight against poverty and the struggle for sustainable development really reaches the most indigent and vulnerable populations. Germany's experience in Local Agenda 21 is instructive in this regard.

This is why, in the North-South Centre, we attach such great importance to the role of local and regional authorities in development and to our cooperation with them. However, this cooperation must still be further developed. It is particularly important since the local and regional authorities are closest to the citizens. In many of our member States local and regional authorities are strongly involved in both education and development co-operation policy; in-

cluding those issues that are high on the agenda of the NSC such as intercultural and inter-religious dialogue, migration and the fight against racism and prejudice.

As the Centre is a relatively small body, its work – out of necessity and in order to be effective – has to focus on a number of key areas. The Centre's governing body, the Executive Council, has decided therefore to focus its activities on three main areas: global education, dialogue and communication. From a geographical point of view the activities concentrate on Europe, the Mediterranean countries and Africa. From a methodological point of view the Centre has essentially a multiplier function and acts mainly as a catalyst in order to achieve its objectives. Our work has also an important youth dimension.

Let me turn to some of the key activities of the Centre. Global education and public awareness raising are key activities of the Centre.

It so happens that this conference coincides with the Global Education Week which the Centre organises in the third week of November each year. This Week focuses on a chosen global education theme, to increase and improve global education. This year the theme is "Together for a World Without Poverty".

The number of countries involved in the organisation of the Global Education Week has grown steadily and this year 40 countries in the wider Europe take part in it. The Global Education Week motivates students, teachers and youth groups to implement a global education project. These projects should address issues of diversity and inequality at a local as well as a global level, using the Millennium Development Goals as a guiding principle to 2015, and involve an understanding of the core issues of global citizenship.

We argue that what we call "global education", an umbrella term we use to encompass peace education, development education, human rights education, and conflict prevention, intercultural learning or multi-cultural education, education for sustainabil-

¹ Eradicate extreme poverty and hunger, achieve universal primary education, promote gender equality and empower women, reduce child mortality, improve maternal health, combat HIV/AIDS, malaria and other diseases, ensure environmental sustainability, and develop a global partnership for development.

ity and environmental education. Those types of education for needed change, local and global, share a justice perspective and a commitment to building a more equitable world. We argue that this type of education is a crucial key to enhancing democratic engagement of people in schools, in youth organisations, in civil society organisations, in the varieties of ways that people chose to organise themselves as civil society.

Since 2001, national agencies for the support, coordination and funding of development or global education in a number of Council of Europe member States have been sharing national strategies for increasing and improving global education, through a networking initiative the Global Education Network Europe (GENE). This network, which includes many authorities and agencies such as organisations such as INWENT, in many countries, is facilitated by the NSC. It includes a clear focus on evaluation, with a view to sharing good practice and to stimulating innovative and useful thinking in the field of education of global and development education. So called peer reviews of the global education policies in a number of countries have been carried out and have proved of great value in shaping of national global education policies.

The German Federal Ministry for Economic Cooperation and Development BMZ. Supports this initiative and there are plans for Germany's involvement to be reviewed in 2006.

Furthermore, through global and inter-regional youth training programmes (including Euro-Mediterranean youth training) the Centre focuses on the emerging generation of world leaders in these issues.

With the support of the Netherlands, the Centre is currently facilitating a process to strengthen global education policies in four new EU member States, the Czech Republic, Hungary, Poland and the Slovakia. Development education and public awareness activities in the new EU countries is a particular challenge in order to win public support among the 76 million new citizens of the EU for their countries' new role as donors rather than recipients of aid.

I may now turn to our "Dialogue" activities. The NSC was created at about the same time as the fall of the Berlin wall. This was an irony of sort as the Centre tried to promote improved North-South relations at the time that the whole of Europe began to focus on cooperation and assistance for the countries of eastern Europe that had chosen the path of democracy.

Nevertheless the NSC had the foresight to set up a Trans-Mediterranean Programme in the early nineties to improve mutual understanding and cooperation between the people and countries around the Mediterranean. This programme aims at promoting the values of democracy and human rights in the countries on the southern and eastern shores

of the Mediterranean as well as the intercultural and inter-religious dialogue. We have put a special emphasis on working with young people through our Euromed-youth programme that we carry out with the support of the European Union.

For 2005, the broad orientations of our Transmed programme fit in with the priorities of the Council of Europe, given the complexities of the situation in the region. We must address the fundamental issue of improving the intercultural and inter-religious understanding between the people of Europe and the Mashrek and Maghreb as well as addressing specific human rights



issues. That's why we have foreseen for 2005 activities focusing on the rights of women, the role of NGOs with regard to migrants, the strengthening of the dialogue between Europe and the Arab world, and on democratic citizenship in the region.

The Centre also pays particular attention to the need to establish better relations and co-operation with Africa, in particular in order to share the same values with the countries of the African continent. Our activities there focus on enhancing the Europe-Africa Dialogue, in co-operation with other partners such as the new Pan-African Parliament, the Southern African Development Community (SADC) and the NEPAD secretariat. Our Europe-Africa dialogue has a great deal of potential. It comes at a time of increased European consolidation and of growing African unity.

The NSC has set up a number of projects that aim at realising these objectives: a NEPAD parliamentary group embracing European and African countries, a dialogue information network, and the annual Lisbon Forum on Human Rights to address the challenges to improve human rights protection in Africa. We were proud to organise the latest forum with INWENT and focus it on the role local authorities in improving social cohesion standards as an important aspect of human rights.

Our dialogue activities are conducted, and should be further developed, at various levels, governmental, non-governmental and at the level of the local and regional authorities, and their national or international associations, in order to ensure the widest acceptance of the outcomes.

We would like to optimise our activities in the near future and we are not short of ideas. One priority is to support the realisation of the MDGs. It is clear that greater support worldwide is indispensable in order to achieve these goals. The Centre could help in stimulating the discussion and reflection among political decision-makers at all levels, non-governmental organisations and experts. This could lead to a regular evaluation exercise involving these partners.

In the framework of the Europe-Africa dialogue, we are convinced of the crucial role local and regional authorities can play.

The globalisation process will continue whether we welcome it or not and may take dramatic dimensions in the future. We have a responsibility towards our populations to face the realities of globalisations and at the same time to turn the process to the advantages of all on in an equitable manner and in a spirit of solidarity. But we can only do this if they have a better understanding of the fact that the complex interdependent relations between countries and people call for constructive approaches to international policies. The fate of Europe is intimately bound up with the fate of the South. We cannot create a better world without realising this fundamental reality.

Thank you.

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Herzlichen Dank für die Rede, Herr de Jonge, die einen großen Wurf deutlich gemacht hat, in den wir uns auch hoffentlich gleich in



der Diskussion noch mal einreihen können. Bevor wir im Konferenzfluss weiter gehen, muss ich etwas tun, was mir nicht leicht fällt, nämlich einen Menschen verabschieden, der sich gleich wieder auf den Heimweg nach Bremen macht, der nicht nur

mir, sondern auch ganz vielen Menschen in dieser Bewegung immer wieder Mut gemacht hat: Gunther Hilliges!

Ich hoffe nicht, dass das Deine letzte Konferenz war, sondern dass Du uns weiter treu erhalten bleibst. Wir haben eine Kleinigkeit für Dich, Magdeburger Kugeln. Ich danke Dir für Deine Treue und Dein hohes Engagement.



Fragen

Frau Bendisch:

Sie haben sehr eindrucksvoll geschildert, wie Sie sich seit 15 Jahren mit dem Nord-Süd-Zentrum einsetzen, um Bewusstsein für Eine-Welt-Themen zu wecken und haben auch noch mal die Bedeutung der Kommune hervor gehoben, die ein ganz wichtiges Thema für die Konferenz sein wird. Ein wichtiges Thema war auch Bildung für nachhaltige Entwicklung, wozu Sie Beispiele gebracht und gesagt haben, dass Sie viel über Jugendbildungsprogramme machen

und so versuchen, das Thema voranzubringen.

Frau Dahlberg:

Mr. de Jonge, you have mentioned that educational programmes play a role, education for sustainable development is important and I guess that you have plans on how the centre works. Can you tell us a bit more about that?

Herr de Jonge:

I will do my best. This is of course an obvious priority for the North-South-Centre and I think that we should link our global education programme to the objectives of the Decade for Education for Sustainable Development. We do not have at the moment, to be quite honest and open, a concrete plan. But we are now in the process of brainstorming with different partners to see how we can set up next year some programs and some events that would focus on the Decade for Education for Sustainable Development. So we will not forget this and I am sure that we will very soon come up with some proposals involving our partners, involving countries in which we are active. Of course I hope this number of countries will grow in the future. We will come back to this very soon – I intend it.

Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

„Kommunale Partnerschaften und die Rolle der Kommunen im Prozess europäischer und internationaler Politikgestaltung“

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir über die Rolle der Kommunen im Prozess der europäischen und der internationalen Politikgestaltung sprechen, dann ist vorab ein Blick auf die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns und die großen Herausforderungen an die lokale Politik sicher hilfreich.

Sie werden verstehen, wenn der Oberbürgermeister einer Großstadt und Vize-Präsident des Deutschen Städtetages dabei in erster Linie die Situation der Großstadt-Regionen im Blick hat. Aber nicht nur die persönliche Betroffenheit spricht für dieses Vorgehen.

Erstmals in der Geschichte lebt die Mehrzahl der Menschheit in städtischen Räumen. Die Vereinten Nationen prognostizieren, dass sich die Stadtbevölkerung in den Entwicklungsländern innerhalb der nächsten 30 Jahre von zwei auf vier Milliarden Menschen verdoppeln wird.

Zwei Drittel der Weltbevölkerung wird dann in Städten leben.

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat unser Jahrtausend zu Recht als „Jahrtausend der Städte“ bezeichnet. In den Städten – und das gilt weltweit – warten immense Herausforderungen auf die Politik.

Wie schaffen wir den sozialen Zusammenhalt in einer zunehmend ausdifferenzierten und individualisierten Gesellschaft?

Wie sichern und verbessern wir die lokale Wirtschaftskraft angesichts weltweit operie-

render Unternehmen, die auf einen globalen Wettbewerb der Standorte setzen?

Wie können wir Stadtleben organisieren, ohne Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu betreiben?

Ich denke, allein diese drei Fragen skizzieren die Herausforderung an die gegenwärtigen



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

ge und zukünftige Stadtpolitik. Die internationale Kooperation, der Austausch von Wissen und solidarisches Handeln sind eine Grundvoraussetzung für die Lösung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme.

Auf der einen Seite die Verdoppelung und die Verdreifachung der Bevölkerung, auf der anderen Seite setzen wir uns im Augenblick bei der Diskussion und Debatte über die Zukunft unserer Stadtpolitiken in den verschiedensten Regionen mit den schrumpfenden Städten auseinander. Das gilt nicht nur für die Städte in den neuen Bundesländern, das gilt auch für viele Regionen auch der alten Bundesrepublik Deutschland und das gilt in vielen Teilen der Erde auf allen Kontinenten. Die Ausstellung, die vor einigen Tagen noch in Berlin zu sehen war, die auch noch in anderen Städten gezeigt wird „Schrumpfende Städte“ an dem Beispiel von Detroit, Iwanowo in Russland, Halle/Leipzig und Liverpool/Manchester, hat die Augen geöffnet und wir müssen uns alle mit den Fragen und Themen auseinander setzen und be-

schäftigen und das bedeutet zugleich auch, dass die internationale Kooperation, der Austausch von Wissen, der Austausch von solidarischem Handeln eine der Grundvoraussetzung für die Lösung der sozialen, der ökonomischen und auch der ökologischen Probleme sind. Das was als Motto hier auf dem Plakat steht: „Eine Welt beginnt vor Ort“ ist wirklich ein ganz entscheidendes und ein wichtiges Thema. Es beginnt vor Ort in der eigenen Stadt in der wir leben, aber es beginnt überall wo andere Menschen in den Städten leben, auch unmittelbar vor Ort. Ich werde in einigen Beispielen im Laufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen.

Wenn wir internationale Kooperation ernst nehmen, dann müssen in diesem Prozess auch die Kommunen eine wichtige Rolle spielen. Und zwar nicht als Anhängsel ihrer nationalen Regierungen, sondern auch als eigenständige politische Ebene.

Das Dilemma ist, auf das vorhin hingewiesen wurde, dass im Bundeshaushalt für diese Arbeit der Unterstützung der Kommunen keine Mittel direkt vorgesehen sind. Aus einem ganz einfachen Grund, nicht nur in dieser, sondern in vielen anderen Fragen: Die Länder sagen, wir sind zuständig für die Kommunen und deswegen kann es keine direkten Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Städten geben. Ein großes Dilemma, das hoffentlich aufgebrochen wird im Rahmen der Debatte über den Föderalismus. Ich hoffe, dass die Föderalismus-Kommission, wenn sie dann bis Mitte Dezember zu Ergebnissen kommt, auch wirklich gute Ergebnisse vorliegen hat.

Ohne gute Regierungsführung auf kommunaler Ebene werden sich die Probleme der Städte nicht lösen lassen.

Die Chancen für eine positive Entwicklung im Bereich des städtischen Regierens haben sich in den letzten Jahren verbessert.

Auch wenn derzeit in der Analyse der weltpolitischen Lage in vielen Bereichen die Skepsis überwiegt, so dürfen wir doch nicht übersehen, dass sich vielerorts eine Demokratisierung von Staaten vollzogen hat. Im

letzten Jahrzehnt ist die Zahl der parlamentarischen Demokratien gestiegen.

Zu einem demokratischen Staatswesen gehört für mich eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Ich selbst formuliere immer wieder, dass ohne Städte kein Staat zu machen ist. Das gilt für alle politischen Entscheidungen, für alle Fragen. Ohne unseren Bundesländern zu nahe treten zu wollen, Sachsen-Anhalt oder Niedersachsen, oder wer immer es sein mag, diese Länder werden vielleicht in 100 Jahren nicht mehr existieren. Aber Städte wird es immer geben, dort wo die Menschen leben. Und sie werden sich auch zu Regionen zusammenschließen müssen, wenn sie hier in Europa im europäischen Wettbewerb bestehen bleiben wollen. Eine ganz entscheidende Frage, die auch das Selbstbewusstsein unserer Städte stärken kann und stärken soll und muss.

Eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung kann entwicklungshemmenden Faktoren entgegen wirken. Zu diesen negativen Faktoren gehört eine mangelhafte Rollenaufteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

In der Regel kann auf der lokalen Ebene die tatsächliche Bedarfslage besser eingeschätzt werden und der Mitteleinsatz – etwa für die Bereitstellung sozialer und technischer Infrastruktur – zielgenauer erfolgen. Angesichts der überall spürbaren Mittelknappheit ist dies ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Das überzeugendste Argument für eine starke kommunale Ebene ist aus meiner Sicht jedoch die Möglichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern die Räume für eine eigenverantwortlichen Gestaltung des Lebens vor Ort zu eröffnen.

Bürgerschaftliche Engagement lässt sich nicht zentralstaatlich verordnen. Hier müssen Kommunen die Potenziale erschließen und sich als verlässlicher Partner von engagierten Bürgern und Unternehmen anbieten.

Ich habe zu Beginn auf den weltweiten Prozess der Urbanisierung hingewiesen. Es gibt natürlich auch eine positive Sichtweise die-

ser Entwicklung. Die Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg einer Volkswirtschaft fällt in den jeweiligen Städten. Hier bündeln sich die ökonomischen und intellektuellen Ressourcen.

Städte leisten die Hauptaufgabe der Integration, insbesondere im Bereich der Zuwanderung. Ein Thema was von entscheidender Bedeutung, jetzt und auch für die Zukunft sein wird: Wenn wir die demographische Entwicklung betrachten, werden wir in Deutschland, aber auch in anderen Teilen Europas auf Dauer nur die Einwohnerzahlen einigermaßen konstant halten können, wenn es eine Zuwanderung gibt und wenn der Staat und die politisch relevanten Kräfte sich auch für eine solche Zuwanderung bekennen und dieses entsprechend organisieren und ordnen. Stadtleben bietet den Einwohnern besondere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und der individuellen Entwicklung.

Nicht die Urbanisierung ist das Problem, sondern die ungleiche Verteilung der Urbanisierungsgewinne. Das gilt nicht nur für die globale Betrachtungsweise zwischen reichen und armen Nationen. In den Städten selbst wird die Spaltung immer deutlicher. Und deshalb muss sich das Engagement für eine gerechtere Verteilung von Lebenschancen auch in einer sozialen Stadtpolitik niederschlagen.

Die Vereinten Nationen haben sich den Herausforderungen der Armutsbekämpfung und Verstärkung gestellt und im September des Jahres 2000 in der „Millenniums-Erklärung“ acht „Millenniums-Entwicklungsziele“ verabschiedet.

Dabei handelt es sich zweifelsfrei um sehr ambitionierte Ziele zum Beispiel in der Armutsbekämpfung, der Gewährleistung von Bildungschancen und der Bekämpfung der Ausbreitung von Krankheiten wie AIDS.

Bis zum Jahr 2015 sollen einschneidende Verbesserungen erzielt werden. Ich kann hier keine fundierte Einschätzung über die Chancen der Zielerreichung abgeben.

Ich kann jedoch mit Sicherheit sagen, dass wir mit dem Aufbau einer stabilen lokalen Verwaltung in vielen armen Staaten und

einem starken Engagement der Städte in den reichen Ländern den Millenniums-Zielen näher kommen werden.

Und hier müssen wir, bei all den Debatten und Diskussionen, die in Deutschland geführt werden, über die soziale Situation und den sozialen Verfall in Deutschland und die Not und die Armut, dass einem manchmal wirklich die Tränen kommen können. Nicht über diese Debatte, sondern dass einem die Tränen kommen können, wenn wir das vergleichen mit vielen Teilen unserer Erde, die als so genannte dritte Welt bezeichnet wird, aber eigentlich die erste Welt ist, weil dort viel mehr Menschen leben als in den anderen Teilen der Welt, die sich immer so bezeichnet. Und meine These ist und dazu können wir auch in kleinem Maße in unseren Städten dazu beitragen, dass wir und die reichen Industrienationen sowieso von unserem Reichtum, von unserem Wohlstand etwas abgeben müssen, wenn wir nicht in Situationen hinein kommen können, dass das eintritt, was Halldór Laxness in seinem Buch von 1926 „Der große Weber von Kaschmir“ schrieb, für den er den Literaturnobelpreis bekommen hat. Er formulierte damals, wie er es heute nicht mehr formulieren würde: „Wenn wir den Negern nicht das geben, was wir ihnen vorenthalten, werden sie eines Tages zu uns kommen und sich das holen.“ Ich glaube das ist eine ganz entscheidende Frage, mit der wir uns auseinander setzen müssen in der globalisierten Welt: dass wir abgeben müssen von unserem Reichtum, damit wir nicht unsere Erde eines Tages nicht mehr regierbar in allen Teilen der Welt haben.

Local Action moves the world. So lautete das Motto der Konferenz der Städte, auf dem Weltgipfel 2002 in Johannesburg. Ich hatte dort die Ehre, im Auftrag der EU-Kommission die Europäische Kampagne zukunftsbeständiger Städte vorzustellen. Auf dem Weltgipfel wurde von Kommunen aus allen Erdteilen eine Art Bilanz zur Umsetzung der 1992 getroffenen Beschlüsse der Agenda 21 von Rio de Janeiro gezogen.

Ich möchte hier keinen europäischen Chauvinismus pflegen. Aber es war doch erkennbar, dass die europäischen Städte besonde-

re Anstrengungen zur Entwicklung und Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 unternehmen.

Auch aus diesem Grunde sind Städte der Europäischen Union gesuchte Partner in der internationalen Kooperation und im Wissenstransfer. Ich kann Ihnen dies aus eigener Erfahrung meiner Stadtverwaltung übermitteln. Derzeit arbeiten wir in zwei Kooperationsprojekten mit asiatischen Städten.

Gemeinsam mit der Stadt Wien beraten wir die vietnamesische Hauptstadt Hanoi in der Stadtplanung. Mit der chinesischen Großstadt Panzhuhua tauschen wir unsere Erfahrungen bei der Reduzierung von Kosten durch umweltfreundliche Betriebsführung aus.

Ich spreche nicht gegen Städtepartnerschaften, ich bin ein großer Freund davon, aber es ist viel wichtiger, anstatt neue Städtepartnerschaften bilateral ins Leben zu rufen, zu versuchen zu organisieren, wie Städte untereinander kooperieren können, um ihr Know-how an andere Städte weiterzugeben.

Ich möchte den hier anwesenden Vertretern aus den Kommunen empfehlen, sich stärker an internationalen Kooperationsprojekten zu beteiligen. Die Europäische Kommission fördert, wenn auch in einem bescheidenen Umfang, mit verschiedenen Aktionsprogrammen diese Vorhaben.

Bevor ich jedoch einige Anmerkungen zur Rolle der Kommunen in der europäischen Politikgestaltung mache, möchte ich die Aspekte der Städtepartnerschaften bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ansprechen.

Erst in der jüngsten Vergangenheit werden die Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit als wichtige Partner wahrgenommen. Zu dieser Sichtweise haben die letzten UN-Weltkonferenzen ebenso beigetragen wie die im Mai dieses Jahres in Paris vollzogene Bildung des kommunalen Weltverbandes „United Cities & Local Governments“.

Über 2400 Kommunalvertreter aus der ganzen Welt hatten sich im Mai dieses Jahres in Paris versammelt, und sich als neuen globalen Akteur positioniert.

Ich hoffe, dieser Weltverband wird insbesondere in der kommunalen Entwicklungs-



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-happer.com

zusammenarbeit neue Impulse setzen.

Ich kann Ihnen hier versprechen, dass ich mich als Mitglied des Weltrates des kommunalen Weltverbandes in diesem Sinne einsetzen werde.

Die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit folgt der Trennung von staatlicher Kooperation auf Regierungsebene einerseits und Unterstützungsinitiativen über Organisationen der Zivilgesellschaft andererseits.

Die Ergebnisse sind in der Vergangenheit oft sehr ernüchternd gewesen. Aus meiner Sicht stellt die kommunale Ebene ein geeignetes Bindeglied zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten dar.

In Deutschland gibt es etwa 400 kommunale Entwicklungspartnerschaften, die die offizielle Entwicklungszusammenarbeit ergänzen und bereichern.

Kommune heißt auch in diesem Zusammenhang mehr als die lokale Verwaltung: Sie ist die Gesamtheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, aktiver Organisationen und Unternehmen.

Die Verzahnung kommunaler und staatlicher Aktivitäten verbessert die Nachhaltigkeit der lokalen Wirkungen. Ein gemeinsames Vor-

gehen der Kommunen in Netzwerken öffnet Raum für mehr Synergie und Kohärenz.

In diesem Zusammenhang ist die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Städtetag und der GTZ erwähnenswert. Das auf dieser Tagung vorgestellte „Städtenetzwerk Kaukasus“ verdient besondere Aufmerksamkeit.

Nun zu den Städtepartnerschaften, die von fast allen deutschen Städten als eine Reaktion auf die fürchterlichen Erfahrungen des 2. Weltkrieges erfolgten. Die Städtepartnerschaften bildeten den notwendigen Unterbau für die Verständigung und Aussöhnung der Völker.

Hannover gehörte zu den ersten deutschen Städten, die bereits 1947 eine Städtepartnerschaft abgeschlossen hat und zwar mit der Stadt Bristol in Großbritannien. Die besonderen Beziehungen Hannovers zu England und die Tatsache, dass unsere Stadt nach dem 2. Weltkrieg in der britischen Zone lag, waren für diese Wahl ausschlaggebend.

In den folgenden Jahren haben wir uns mit zwei Partnerstädte in Frankreich, Perpignan und Rouen, verbunden.

Wir sind eine Städtepartnerschaft mit Hiroshima eingegangen, die in erster Linie das Thema Frieden und die Gefahren der Atomrüstung zum Inhalt hat.

Mit der zentralafrikanischen Stadt Blantyre in Malawi haben wir ebenfalls eine Partnerstadt auf dem Kontinent, der sicher am stärksten der internationalen Unterstützung bedarf.

Mittlerweile leben die Städtepartnerschaften nicht in erster Linie durch die Aktivitäten der Stadtverwaltung. Viel bedeutsamer ist das bürgerschaftliche Engagement, das sich am Beispiel Malawi durch die Gründung einer Stiftung ausdrückt, die die Errichtung eines Hospitals für AIDS-kranke Kinder finanzieren soll.

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr von Personen und Unternehmen 900 Millionen Euro an Spenden geleistet. Natürlich bezieht sich diese Summe auf alle Spendenbereiche, nicht nur auf die Entwick-

lungspolitik. Diese Summe zeigt jedoch ein großes Potenzial an Engagement, dessen weitere Erschließung auch über kommunales Engagement möglich ist.

Lassen Sie mich noch zwei Beispiele der Stadt Hannover im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nennen:

In Kooperation mit der GTZ wollen wir im nächsten Jahr die syrische Stadt Aleppo bei den planerischen Leistungen zur Sanierung der Innenstadt unterstützen.

Mit kolumbianische Städten arbeiten wir an einem Projekt zur Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwassersysteme.

In diesem Monat begehen die polnische Stadt Poznan und Hannover das 25-jährige Jubiläum ihrer Partnerschaft. Vor einem Vierteljahrhundert war es sicher undenkbar, dass die beiden Staaten Polen und Deutschland im Jahr 2004 gemeinsam Mitglied der Europäischen Union sein werden.

Es waren viele kleine und einige sehr große Schritte notwendig, um den jetzigen europäischen Statuts der Einigung zu erreichen. Zu den vielen kleinen, aber wichtigen Schritten zählen die Städtepartnerschaften, die auf der lokalen Ebene in Austauschprogrammen in Begegnungen Vertrauen für die europäische Integration geschaffen haben.

Wir können uns in der Europäischen Union keineswegs auf dem Erreichten ausruhen. Die EU ist ein Musterbeispiel für die Überwindung nationaler Egoismen und die Überwindung von Feindschaften. Die Festigung und Erweiterung eines geeinten Europas erfordert jedoch weitere große Anstrengungen.

Die niedrige Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Europawahlen, die Wahlerfolge von Europa-skeptischen Parteien und das mangelhafte Interesse an Europapolitik in Medien und Bevölkerung müssen uns zu denken geben. Wir brauchen neue Initiativen in der europäischen Integrationspolitik, und dabei müssen Kommunen eine bedeutsame Rolle spielen.

Das vielbeschworene Europa der Bürgerinnen und Bürger ist ohne kommunale Mit-

sprache und Mitwirkung in der Gestaltung europäischer Politik nicht denkbar.

Die Städte leisten die Hauptaufgabe gesellschaftlicher Integration. Hier können Bürger unmittelbar an politischen Prozessen beteiligt werden. Diese Funktion kann nicht nur, sie muss für die europäische Integration genutzt werden.

Der europäischen Einigung wird oft vorgeworfen, ein Projekt der politischen Eliten zu sein. Nirgendwo können wir diese Kritik besser entkräften als auf der kommunalen Ebene. Dies darf nicht nur ein ehrenwerter Anspruch an die Stadtpolitik bleiben. Hier muss gehandelt werden.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Städte in europäischen Netzwerkprojekten ihr Wissen austauschen.

Wir haben in Hannover in den letzten sieben Jahren an 15 verschiedenen Projekten mit den unterschiedlichsten Städten in Europa teilgenommen. Aus dieser Erfahrung kann ich Ihnen zwei Botschaften übermitteln:

Erstens: Es lohnt sich. Unser Rathaus wird durch die Kooperationsprojekte tatsächlich Europafähig.

Die zweite Botschaft geht an die Entscheidungsträger in Brüssel. Machen Sie es den Städten einfacher, sich an den Aktionsprogrammen zu beteiligen. Auch mehr Finanzmittel für Stadtprojekte sind nötig.

Ich denke, die urbanen Räume hätten ohnehin ein wenig mehr Aufmerksamkeit seitens der EU-Institutionen verdient.

Die demokratische Ordnung in der Europäischen Union mit ihren 25 Staaten und fast 450 Millionen Einwohnern benötigt ein solides demokratisches Fundament. Das kann nach meiner Auffassung nur die Ebene der Städte und Regionen sein.

Europa verdient das Engagement der Kommunen. Allerdings verdienen die Kommunen auch mehr Beachtung durch die europäische Politik. Mein Appell an die Kommunalpolitiker und die Menschen, die auf eine starke kommunale Ebene setzen:

Europapolitik ist wichtig – viel zu wichtig – um sie den Europapolitikern und den nationalen Regierungen allein zu überlassen.

Gleiches gilt für die Entwicklungszusammenarbeit. Den großen Herausforderungen einer gerechten Gestaltung der Globalisierung können wir nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Politikebenen begegnen. Städte und Regionen sollten hier selbstbewusst, vor allem jedoch lebhaft Akteure sein.

Internationale Engagement, sei es in Kooperationsprojekten der Europäischen Union oder in der Entwicklungszusammenarbeit ist keine Aufgabe, zu der wir als Kommunen gesetzlich verpflichtet werden.

Wenn wir jedoch unsere politische Verantwortung ernstnehmen, dann müssen wir unser kommunalpolitische Erfahrung und die Einsatzbereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger in die europäische und internationale Politikgestaltung einbringen. Dieses Engagement lohnt sich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Fragen

Frau Bendisch:

Vielen Dank Herr Dr. Schmalstieg, Sie haben beschrieben wie neue Herausforderungen wie demographische Entwicklungen, schrumpfende Städte eines internationalen Austauschs, einer Kooperation bedürfen, in Partnerschaften, um auch voneinander lernen zu können.

Ich möchte Ihnen gerne zwei Fragen stellen: Was können Sie eigentlich von Ihren Partnerstädten lernen, also insbesondere auch lernen als Norden vom Süden? und die zweite Frage wäre: Wenn jetzt eine Kommune kommt und sagt: ich möchte eine Partnerschaft aufbauen. Welche drei Dinge würden Sie ihr raten?

Herr Schmalstieg:

Also zu der ersten Frage, was kann man lernen? Wenn ich jetzt Städte aus Europa

nehme, Frankreich, England oder auch Polen – da sind die Verhältnisse ähnlich oder auch gleich: Da kann man sich austauschen über Fragen der Stadtentwässerung oder der Wirtschaftsförderung, da bekommt man den ein oder anderen Rat. Aber viel entscheidender ist es, Informationen zu geben, zu lernen, was man in anderen Regionen unserer Erde sieht. Beispielsweise in Malawi in Kolumbien. Da kann man viel lernen, was auch die eigenen Verhaltensweisen angeht. Angefangen von der Nachdenklichkeit bis zur Bescheidenheit und auch bis zu der Besinnung und dieses muss man auch weitergeben. Das ist das entscheidende! Wenn ich unsere Aufgaben oder Probleme sehe, ich rede nicht darüber, dass es auch bei uns viele Menschen gibt, die in Not oder arm oder unter dem Existenzminimum leben und ihre große Sorge und Not haben. Aber wenn ich das vergleiche mit einer Situation in der Provinz Kauka, weil da die Wasserleitung ausfällt, haben die keine Möglichkeit das zu reparieren, dann haben die praktisch wochenlang kein Wasser. Zurzeit sind zwei Menschen aus der Provinz bei uns, um geschult zu werden, wie man mit solchen Mitteln umgeht – da kann man eine Menge lernen.

Die drei Tipps: Wir kriegen fast jeden Monat eine Anfrage aus irgendeinem Teil der Welt, da wir internationale Messe und EXPO-Stadt sind, wo jemand mit uns eine Partnerschaft machen will. Wir sagen, wir machen keine neuen Partnerschaften mehr, wir haben sieben an der Zahl. Wir sind aber bereit, wenn es ein konkretes Projekt gibt, zu helfen oder wo auch wir Hilfe erfahren, wo wir gemeinsam etwas machen können, dann sind wir dazu bereit. So muss man das heute organisieren. Man muss sich konzentrieren auf konkrete Projekte, dann kann man mehr erreichen, als eine Fülle von Städtepartnerschaften zu haben.

Christine Contreras:

Unsere Zielgruppen sind im Wesentlichen Schüler und Studenten, und wir stellen immer wieder fest, dass das Lernen nicht nur auf Schulen und Universitäten beschränkt ist, sondern in Kindergärten anfängt und im öffentlichen Raum weitergeht. Sie als Bür-

germeister der EXPO-Stadt Hannover wissen das sicherlich besonders. Ich selber bin aus Hannover und kann mich an sehr lebhaftes Diskussionen erinnern, und für mich ist das Bildung für nachhaltige Entwicklung par excellence.

Meine Frage ist, welche Chancen sehen Sie für das globale Lernen in Kommunen und Städten, welche konkreten Möglichkeiten gibt es da und wie sieht es in der Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen aus, arbeitet man da zusammen? Kommen außerschulische Experten in die Schulen? Gibt es Verknüpfungspunkte in den kommunalen Partnerschaften und den Schulpartnerschaften?

Herr Schmalstieg:

Natürlich gibt es eine Vielzahl von Schulpartnerschaften. Wenn wir das auf das Thema der Globalisierung fokussieren wollen, gibt es natürlich von Seiten der Kommunen nur die Möglichkeit Anregungen zu geben, weil über die Gestaltung der Lehrpläne und der Unterrichtspläne die jeweiligen Länder zuständig sind. Wir machen viele vergleichbare Anregungen. Unser Agenda-Büro arbeitet ganz intensiv mit Schulen zusammen. Wir haben eine Organisation, die sich Kinderwelt nennt, die mit unterstützt wird, wo Kinder einen Wald angepflanzt haben, um deutlich zu machen, dass wir für nachfolgende Generationen heute Voraussetzungen bringen müssen. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Was mir Sorge macht ist im Hinblick auf Zusammenarbeit, dass es immer weniger Schülerinnen und Schüler gibt die erkennen, dass es heute notwendig ist, mindestens zwei oder drei Sprachen sprechen zu müssen. Das ist ein Riesensprung, den wir aufgreifen müssen. Bereits wenn es darum geht, schon in den Kindertagesstätten sollte man eine Mehrsprachigkeit versuchen einzuführen. Aber die Vernetzung mit Bildungseinrichtungen ist sehr wichtig. Wir haben das zum Teil an unseren Volkshochschulen, aber mit Nachholbedarf. Wir müssen dafür Sorge tragen, diejenigen zu erreichen, die dieses leider immer noch abtun und sagen, das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe. Wie wichtig das ist, auch im Zusammenhang des Zusammenlebens

bei uns, das zeigen ja gerade die Entwicklungen in Holland. Wenn man sieht wer da als der bedeutendste Holländer des Jahrhunderts gewählt worden ist, muss einem wirklich Angst und Bange werden.

Erich Stather

„Die Bedeutung der Kommunen in der Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele des BMZ“

Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute mit Ihnen hier in Magdeburg eine kleine, aber feine Premiere feiern zu können: Zwar ist dies schon die neunte Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen – aber die erste, die in den neuen Bundesländern stattfindet! Mit diesem Tagungsort haben Sie sich für eine sehr geschichtsträchtige und zugleich moderne, innovative Stadt entschieden, die dem Bundeskongress 2004 hoffentlich viele neue, interessante Impulse und Ideen verleiht.

Auch wenn einer der berühmten Söhne der Stadt und Namensgeber der hiesigen Universität, Otto von Guericke, im Jahr 1650 durch seine Erfindung der Luftpumpe bekannt wurde, bin ich überzeugt davon, dass hier in den kommenden zwei Tagen alles andere als (heiße) Luft produziert werden wird!

Der Titel Ihres diesjährigen Bundeskongresses lautet: „Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung“. Und tatsächlich ist die soziale Gestaltung der Globalisierung ein Ziel, dem sich auch die Bundesregierung besonders verpflichtet hat. Als Vertreter des Bundesministeriums, das für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig ist, habe ich dabei besonders unsere Partner in den Entwicklungsländern im Blick. Und dieser Blick zeigt: Zahlreiche Menschen dort können kaum von den Möglichkeiten der Globalisierung und der immer stärkeren Vernetzung unserer Gesellschaften profitieren.

Das fängt bereits bei der digitalen Kluft zwischen Nord und Süd an: Viele Entwicklungsländer haben nur marginalen Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, die für uns selbstverständlich sind. Das gilt für die allgemeine Bevölkerung. Aber das gilt auch für die Frage der Wissenschafts- und Bildungsvernetzung.

Was aber noch viel gravierender ist: Die Menschen in Entwicklungsländern erfahren Globalisierung häufig als einen Prozess, der ihnen weder Chancen noch Perspektiven gibt, sondern im Gegenteil sogar nimmt. Von einer gleichberechtigten Integration in den Weltmarkt sind die Entwicklungsländer beispielweise noch weit entfernt: Der Anteil Afrikas am Welthandel liegt unter 2%!

Hierfür ist auch die Subventionspolitik der Industriestaaten verantwortlich. Ein einprägsames Beispiel ist der Baumwollsektor, den z.B. die USA mit über 3,7 Mrd. Dollar jährlich subventionieren. Leidtragende sind Länder wie das westafrikanische Benin: Dort lebt fast ein Drittel der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Baumwolle. Und obwohl die Bauern dort eigentlich konkurrenzfähig produzieren könnten, machen ihnen die Subventionen in den USA und auch bei uns in Europa einen Strich durch die Rechnung. Dabei würde es den Industrieländern sicherlich nicht an Produktionsalternativen fehlen. Den Baumwollbauern in Westafrika wird dagegen alternativlos die Lebensgrundlage genommen.

Globalisierung sozial und gerecht zu gestalten, bedeutet also vor allem, den Welthandel zu reformieren. Und auf diesem Weg zu einem weltweit fairen Handel können wir erste ermutigende Erfolge verzeichnen:

Dazu gehört zum einen die Entscheidung der Europäischen Union, die Subventionen für den Baumwollsektor grundlegend neu zu gestalten.

Wir sind dieses Jahr in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation ein großes Stück vorangekommen, vor allem beim Thema Exportsubventionen. Für viele Fragen, wie zum Beispiel der Liberalisierung von Dienstleistungen oder der Regelung des Marktzugangs, müssen detaillierte, konsens-



fähige Lösungen aber erst noch gefunden werden. Nur wenn am Ende auch die Entwicklungsländer angemessen von Welthandel profitieren können, wird die WTO ihrem Anspruch einer „Entwicklungsrunde“ tatsächlich gerecht.

Meine Damen und Herren,

schon beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio war es eine zentrale Erkenntnis, dass die globalen Probleme nicht von den Regierungen oder gar einzelnen Ministerien allein, sondern nur gemeinsam gelöst werden können. Das heißt konkret: mit einer breiten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen und der Privatwirtschaft. Ohne ihre aktive Mitgestaltung ist eine nachhaltige Entwicklung und die langfristige Sicherung unserer aller Lebensgrundlagen nicht denkbar.

Die Chancen für eine solche aktive Beteiligung stehen besser denn je: Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit gibt es ein globales Entwicklungsprogramm mit klaren Zielen und Zeitvorgaben. Die auf der Millenniumserklärung im Jahr 2000 basierenden

Entwicklungsziele lesen sich wie die 8 Gebote der gerechten Globalisierung.

Bis zum Jahr 2015 soll:

- der Anteil der Menschen halbiert werden, deren Einkommen weniger als ein US – Dollar pro Tag beträgt;
- der Anteil der Menschen halbiert werden, die Hunger leiden;
- sichergestellt werden, dass Kinder in der ganzen Welt – Jungen wie Mädchen – eine Primarschulausbildung bis zum 14. Lebensjahr erhalten;
- die Sterblichkeitsrate von Kindern und Müttern drastisch gesenkt werden;
- der Trend zur Ausbreitung von HIV/ Aids, Malaria und anderen Krankheiten umgekehrt werden;
- der Anteil der Menschen, der keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat, um die Hälfte gesenkt und
- eine gerechte Entwicklungspartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen werden.

Im Aktionsprogramm 2015 hat die Bundesregierung den deutschen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele formuliert – jetzt geht es an die praktische Umsetzung! Hierfür ist nicht nur ein gemeinsames Vorgehen auf internationaler Ebene oder auf Bundesebene erforderlich. Wir benötigen auch die Länder und Kommunen, die Wirtschaft, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Sie alle sind gleichermaßen gefordert, ihr Engagement, ihre spezifischen Vorteile und Erfahrungen, ihre Kreativität einzubringen.

Und wo erfahren die Bürgerinnen und Bürger am unmittelbarsten, wie praktische Politik gemacht wird und Planungsprozesse ablaufen, wenn nicht in der Kommune? Sie ist die politische Ebene, die ihnen am nächsten steht. Für die Kommunen bedeutet das: Besondere Nähe birgt besondere Möglichkeiten! Sie haben die besten Voraussetzungen und Potenziale, um ihre Bürgerinnen und Bürger zum aktiven Mitmachen zu bewegen. Und die Erfahrung lehrt, dass viele Bürge-

rinnen und Bürger vor allem dann besonders motiviert werden können, wenn ihnen konkrete Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das können Städtepartnerschaften, Projekte von Kirchengemeinden oder Schulen, aber auch kleine lokale Initiativen sein.

Wie tatkräftig und ideenreich viele Städte und Gemeinden über ihre jeweiligen Stadt- und Landesgrenzen hinweg ganz praktisch umgesetzte Entwicklungspolitik betreiben, hat uns zuletzt der Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv“ gezeigt. Die über 170 eingereichten Projekte zur Entwicklungspartnerschaft in der Agenda 21 gaben ein wirklich beeindruckendes Bild ab!

Ich habe auf der Tagesordnung für morgen gesehen, dass auch einer der Preisträger dieses Wettbewerbs, die Stadt Schelklingen, durch ihren Bürgermeister hier auf dem Bundeskongress vertreten sein wird. Er kann aus eigener Erfahrung sicherlich viele interessante und hilfreiche Hinweise und spannende Erfahrungswerte weitergeben, wie auch eine kleine Stadt wie Schelklingen (mit 7.200 Einwohnern) eine überaus erfolgreiche Projektidee auf die Beine gestellt hat. Es ist ein Projekt, das sich zu einer Art Modell – Projekt für die Städte Südostasiens entwickelt hat. Vielleicht macht das Beispiel vielen anderen Kommunen Mut und Lust, sich ebenfalls verstärkt in der lokalen Agenda 21 zu engagieren!?

Welches Potenzial auch in den Schulen vorhanden ist, hat der Wettbewerb „Alle für Eine Welt – Eine Welt für alle“ eindrucksvoll bewiesen, den wir im Frühjahr unter Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau durchgeführt haben. Über 700 Einsendungen und Anfragen von zahlreichen Grundschulen haben uns davon überzeugt, im kommenden Jahr eine zweite Runde dieses Wettbewerbs aufzulegen – und der neue Bundespräsident, Horst Köhler, hat bereits seine Schirmherrschaft zugesagt.

Meine Damen und Herren,

mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir unsere Lebensweise umsteuern, global und lokal umdenken und

auch entsprechend handeln müssen. Denn:
Eine Welt beginnt vor Ort!

Auch das Thema dieses Bundeskongresses benennt es sehr deutlich: Kommunen gestalten Globalisierung. Wir brauchen eine Bündelung von Ideen und Kräften auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, um das politische und öffentliche Interesse an Entwicklungspolitik zu erhöhen, den Bürgerinnen und Bürgern ihre eigenen, ganz individuellen Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen und um breite Unterstützung für die Mitgestaltung der Globalisierung zu werben.

Und hier zeigt sich der unschätzbare Vorteil der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit: Sie ist unmittelbar an den Bürgerinnen und Bürgern „dran“. Sie kann ihnen im bekannten, täglich erfahrbaren Umfeld, zu Hause oder im Berufsleben, in ihrer Stadt und in ihrer Gemeinde ganz konkrete Anstöße geben, wie, wo und mit welchen praktischen Möglichkeiten jede und jeder Einzelne sich aktiv an der Gestaltung der Globalisierung und für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele einbringen kann.

Das betrifft die Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung in Projekten – sei es in der Schule, in Gemeinde- oder Kirchenprojekten, in Städtepartnerschaften oder vielleicht auch im Eine-Welt-Laden „um die Ecke“.

Und es betrifft das persönliche Konsum- und Einkaufsverhalten.

Es gibt ein hervorragendes Beispiel aus der jüngeren Geschichte, was bewusstes und konsequentes Konsumverhalten vieler „kleiner“ Verbraucherinnen und Verbraucher bewirken kann. Ich denke an die sogenannten „Südafrika-Frauen“ der evangelischen Frauenarbeit, stellvertretend für viele ähnliche Initiativen. Jahrelang haben sie in konsequentem Produkt – Boykott ihren Beitrag zur Ächtung der Apartheid geleistet, freundlich und eindringlich mit Händlern, Kundinnen und Kunden diskutiert. Nichts an ihrem Verhalten war spektakulär oder medienwirksam, oft ernteten sie sogar Spott. Und doch haben sie gemeinsam mit Millionen Menschen in der ganzen Welt einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, das Regime der

Apartheid unerträglich zu machen. Das scheint heute ferne Vergangenheit zu sein und ist doch erst 10 Jahre her!

Heute ist die Unterstützung des Fairen Handels ein Thema, das uns besonders am Herzen liegt.

Durch den Kauf von fair gehandelten Produkten in den Industrieländern sichern wir den Produzenten aus Entwicklungsländern einen gerechten Verdienst. Womit wiederum den Kindern der Schulbesuch und eine Ausbildung ermöglicht werden. Und die Bauern können Investitionen in die Zukunft tätigen, z.B. in die Umstellung ihrer Produktion auf ökologischen Anbau. Und von hochwertigen, ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln profitieren wiederum wir. Auch das gehört zu einer sozial gerecht gestalteten Globalisierung: Wenn beide Seiten gleichermaßen vom wirtschaftlichen Austausch profitieren.

Wir fördern in einem umfassenden Ansatz das Angebot und die Nachfrage nach fairen Produkten und stellen im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 rund 6,5 Mio. Euro zur Verfügung. Kernstück unserer Maßnahmen ist die bundesweite Aktionskampagne „Fair feels good“, über die wir möglichst viele Bürgerinnen und Bürger über Prinzip, Produkte und Hintergründe des fairen Handels aufklären wollen.

Unsere Nachbarn sind uns hier schon einen Schritt voraus: In der Schweiz z.B. liegt der Marktanteil bei fair gehandeltem Kaffee bei 5 % – in Deutschland nur bei 0,7 %. Das lässt darauf schließen, dass das Marktpotenzial auch hier bei uns in Deutschland viel höher als bisher realisiert ist. Erfreulicherweise haben gerade zwei große Supermarktketten fair gehandelte Bio – Bananen in ihr Sortiment aufgenommen – gerade die Bananen waren in unseren Nachbarländern für die großen Zuwächse im Marktanteil des fairen Handels verantwortlich.

Wir verknüpfen mit dem fairen Handel vor allem zwei Ziele:

Erstens: Die Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern und ihre Familien aus extremer Armut zu befreien. Und zweitens: Die Bürgerinnen und Bürger hier bei uns, in Deutschland, für die Frage der globalen Armutsbekämpfung zu sensibilisieren.

Wie gut das gelingt, wenn man nur besonders anschauliche und „griffige“ Beispiele anbietet, die das Interesse und die Neugier wecken, hat uns vor gerade drei Wochen (23.10.) das Bonner UN-Fest gezeigt: Über



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

20.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich rund um die Themen Konsum und Nachhaltigkeit über die Bedingungen und Produkte des fairen Handels, über das eigene Konsumverhalten, ökologischen Landbau und sanften Tourismus. Und das nicht nur anhand der zahlreichen Info-Stände, sondern vor allem durch eigenes, praktisches Ausprobieren: indem sie selbst testeten, wie lange das Rösten einer Kaffeebohne dauert oder sich an die Rezeptur selbstgemachter ökologischer Kräutersalsa wagten.

Fairer Handel fördert alternative Handlungs- und Konsummuster. Er macht begreifbar, dass Armutsbekämpfung bei jedem oder jeder selbst anfängt. Wichtig ist dabei auch ein Umdenken bei kommerziellen Unternehmen: Sie müssen die Verantwortung für den gesamten Produktions- und Handelsprozess übernehmen und beispielsweise dafür sorgen, dass in ihren Zulieferketten die

grundlegenden sozialen und ökologischen Standards eingehalten werden. Auch deshalb sehen wir in der Wirtschaft einen strategisch wichtigen Allianzpartner, mit dem wir in praktischen Projekten zusammenarbeiten. Mit der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels unterstützen wir beispielsweise die Einführung eines branchenweiten Verhaltenskodex für die Bekleidungs- und Textilindustrie.

Meine Damen und Herren,

Kommunen gestalten Globalisierung – das gilt für die Umsetzung der lokalen Agenda 21, aber auch bei der Förderung des fairen Handels.

Ich habe im Programm gelesen, dass morgen auch ein Vertreter der „Hauptstadt des fairen Handels 2003“, nämlich Dortmund, hier ist, um über die überaus erfolgreiche Agenda-Arbeit dort zu berichten.

Sicherlich liefert sein Vortrag die eine oder andere Anregung, wie man Idee und Produkte des fairen Handels auch in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit noch bekannter machen und umsetzen kann!? Die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts als Gastgeberin des diesjährigen Bundeskongresses könnte ja eine Vorreiterrolle übernehmen. So könnten sich auch die Magdeburger Bürgerinnen und Bürger in großer Zahl davon überzeugen, dass der Konsum fair gehandelter Produkte längst nicht mehr nur „gut fürs Gewissen“, sondern vor allem auch ein Genuss ist.

Meine Damen und Herren,

Entwicklungspolitik lebt davon, dass sich diese vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam an unserer großen, aber keineswegs unlösbaren Aufgabe beteiligen!

Und dabei sind alle Menschen gefragt. Dafür, dass die Vielfalt der Erfolge, Erfahrungen, aber sicher manches mal auch Schwierigkeiten in den einzelnen Kommunen ausgetauscht und in konkreten Fällen eine gezielte Beratung angeboten werden kann, verdanken wir nicht zuletzt Ihnen, der nunmehr fast dreijährigen Arbeit der Bonner

„Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“
/InWEnt.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für Ihre engagierte und wichtige Arbeit danken! Auch die Organisation eines Bundeskongresses wie des diesjährigen hier in Magdeburg ist nicht nur eine große logistische Leistung, sondern für die Kontakte untereinander, den Austausch und die Vernetzung der vielen verschiedenen Akteure unentbehrlich: Hier kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Bund und Ländern, verschiedenen Städten und Gemeinden zu Wort, aus den Universitäten, der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

Im Herbst des kommenden Jahres haben wir die Gelegenheit, unser gemeinsames Engagement unter Beweis zu stellen und eine erste Zwischenbilanz zu ziehen: Dann nämlich werden die Vereinten Nationen den Stand der Umsetzung der Millenniumsziele überprüfen. Der Nachweis, dass Deutschland auch weiterhin entwicklungspolitisch besonders engagiert ist und wir unsere Zusagen einhalten, ist wichtig für unsere Glaubwürdigkeit im Rahmen der internationalen Gemeinschaft. Und der Grad unserer Glaubwürdigkeit hängt von der Mitwirkung möglichst vieler engagierter Menschen ab.

Daher wünsche ich Ihnen – und uns! – für den diesjährigen Bundeskongress viele anregende und angeregte Diskussionen in den Arbeitsgruppen, interessante Impulsreferate und Gespräche, neue Kontakte und starke Allianzen sowie viele neue spannende Impulse für die unentbehrliche Mitarbeit der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit!



Fragen

Frau Huber:

Das was Sie gesagt haben, war großartig. Mir ist es noch nie bei einer BMZ-Veranstaltung so gut gegangen. Von dem was Sie schon geleistet haben, Faire Woche und al-

les – man hat das Gefühl man steht nicht mehr in der Ecke, sondern wird ernst genommen. Unsere Stadt hat auch schon eine „faire“ Dienstanweisung, viele andere auch. Was uns jetzt noch Probleme macht: Es gibt schlimme Vorschriften, EU-Vergaberecht und WTO-Vergaberecht, und dauernd geht das Telefon, weil es Beschränkungen gibt beim Wettbewerb, d.h. nur damit Kinder ausgebeutet werden oder der Bauer nichts bekommt, das ist kein Kriterium um jemanden auszuschließen von einer Vergabe. Gibt es ein verbindliches Recht, das Kommunen ein Recht haben zu entscheiden, faire Produkte zu beschaffen?

Herr Stather:

Ich kenne das Problem. Das schlimme daran ist, dass man für solche Fragen Juristen braucht. Wir leiden ja selber unter dem Problem. Es gibt den einen oder anderen Schleichweg – das sollte man nicht in dieser Runde und nicht in dieser Form diskutieren.

Martin Krämer:

An meine Vorrednerin: Nutzen Sie Morgen die Gelegenheit, zu mir in die Arbeitsgruppe zu kommen. Ich bin der Leiter der zentralen Vergabedienststelle der Stadt Bonn und wir haben es trotz den EU-Beschränkungen und der Vergaberegelungen geschafft, auch etwas zum Verbot der Beschaffung von Produkten mit ausbeuterischer Kinderarbeit zu machen. Es gibt durchaus diesen Weg.

Frau Contreras:

Wir haben viele phantastische Beispiele für Entwicklungszusammenarbeit, für Projekte gehört und ich bin der Meinung, dass man viel mehr darüber reden müsste, viel mehr Öffentlichkeitsarbeit dafür was gemacht wird. Wenn man sich anschaut, was wir so im Jahr pro Kopf ausgeben für die Informationsarbeit, dann könnte das ein bisschen mehr sein, es sind 19 Cent pro Kopf pro Jahr. Meine Frage ist, wie können wir die Akzeptanz für den gesellschaftlichen Wandel durchsetzen mit 19 Cent pro Kopf pro Jahr?

Herr Stather:

Ich würde das ungern über die Frage der finanziellen Ausstattung diskutieren, weil ich nicht weiß, ob es die Menge bringt. Zunächst einmal haben wir den Bereich der

entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in unserer Regierung deutlich ausgeweitet. Da kann man immer noch sagen, das ist nicht genug, aber wir haben es wirklich deutlich ausgeweitet – sogar fast verdoppelt. Wir sind dabei unsere Öffentlichkeitsarbeit neu auszurichten, weil ich glaube und so auch unser neuer Referatsleiter, Herr Hammann: wir konzentrieren uns zu sehr auf die „katholische Gemeinde“, also auf uns selbst. Wir müssen an die normalen Leute und insbesondere die jungen Leute sind unsere Potenziale und ich bin dieser festen Überzeugung. Das sage ich auch, weil ich mit einer Lehrerin verheiratet bin und ich im Bekanntenkreis mehrfach mit Lehrern zusammen treffe. Ich glaube, dass der Weg über die Lehrer der falsche ist. Ich glaube, dass wir versuchen müssen, direkt an die Schüler heran zu kommen. Lehrer sind Jäger und Sammler, alle unsere Materialien stellen sie in die Regale, wo es auch wunderbar steht, aber es führt nicht automatisch zum entwicklungspolitischen Engagement im Unterricht. Das Problem ist auch: „bad news are good news“. Wenn irgendwo in einem Entwicklungsland eine Katastrophe passiert oder ein zerfallender Staat, eine Hungersnot, Flüchtlingsprobleme, dann wird es runter gefeiert. Ganze Heerscharen von Journalisten ziehen dahin, gucken sich das an. Manchmal habe ich das Gefühl, es ist eine richtige Wandergesellschaft. Die begegnen einem in Darfur und ein halbes Jahr später begegnet man sich wieder woanders. Aber über gute Projekte die wir machen, die auch Kommunen machen, gibt es keine Nachrichten. Wir müssen das Zielpublikum anders definieren. Und zweitens müssen wir uns überlegen, wie wir unsere Projekte und unsere Erfolge so darstellen können, dass sie auch als Nachrichten wert sind. Das ist das Allerschwierigste.

Ein weiteres Thema, welches mich sehr beschäftigt – ich bin ein großer Freund der Eine-Welt-Läden. Ich mache alles mit und helfe denen wo ich kann. Aber wie lange haben die gebraucht, um aus ihren Schmutzdeckeln zu kommen. Wenn Sie sich die Lagen anschauen, langsam kommen sie in die Ib-Lagen. Aber unsere Läden, die unsere Produkte verkaufen, brauchen Lauf-

publikum. Das Stammublikum sind die „katholischen“, die muss man nicht noch mal anwerben. Man muss mehr Geld investieren und in eine Lage gehen, wo Leute vorbei kommen, sich dafür interessieren und plötzlich etwas kaufen. Das funktioniert dann ja über Mund-zu-Mund-Propaganda. Glücklicherweise ist da eine Bewegung gestartet, die durchaus noch stärker werden kann.

Frau Bendisch:

Vielleicht hier auch schon der Hinweis, am Samstag haben wir das Thema „Marketing“ – kann man Eine-Welt vermarkten. Vielleicht bekommen wir da einige Impulse.

Michael Knapp:

Ich habe den Eindruck, dass viele Kommunen, insbesondere kleine Kommunen, sich schwer tun, hier in diesem Bereich Zusammenarbeit mit der Dritten Welt etwas zu beginnen. Einfach deswegen, weil zum einen das notwendige Know-how nicht vorhanden ist, und zum anderen, wenn sie mit der EU-Kommission derartige Projekte durchführen, dann haben sie oftmals als Kommune die Schwierigkeit, dass sie a) nicht wissen, wie lange ist ihr Ansprechpartner in der EU-Kommission für diesen Bereich zuständig, und b) vermissen wir einfach als kleinere Kommunen hier intensiv die Information unserer Regierungen. Was kann man machen? Was für Möglichkeiten sind da? Wie erleichtern wir den Dialog mit der Europäischen Kommission. Hier müsste man meines Erachtens ein neues Augenmerk drauf richten, wie insbesondere mit einer solchen Unterstützung kleinere Kommunen ermutigt werden könnten, Projekte zu beginnen mit der Dritten Welt.

Verzeihen Sie, Herr Stather, wir haben natürlich auch unsere Erfahrungen gemacht, wie schwierig es ist oftmals, wie es auch schwierig ist im Landkreis entsprechendes Interesse zu wecken. Wissen Sie, wenn eine Kommune in einer relativ kleinen Größenordnung sich um solche Projekte kümmert, sich interessiert und aufgeschlossen zeigt, dann haben die Schwierigkeit, dass die Kommunalaufsicht uns dann mit dem Knüppel droht: Halt! ihr habt noch andere Aufgaben zu erledigen. Und hier müsste ein gewisser Umdenkungsprozess bei unseren

Landesregierungen, aber auch seitens der Bundesregierung einsetzen, wie solche Projekte, die kleinere Gemeinden in Angriff nehmen möchten, einfach besser auch administrativ unterstützen können.

Herr Stather:

Ich habe großes Verständnis für Ihre Äußerung. Ich glaube, dass unsere Servicestelle ein Schritt in die Richtung ist. Man muss die Probleme kennen und ich glaube über unsere Verbindung Servicestelle, über unsere Durchführungsorganisation, über unser Ministerium oder die Bundesregierung insgesamt kann man schon die ein oder andere Schranke auf europäischer Ebene einreißen oder eine Verbindung herstellen. Aber glauben Sie mir, wir haben auch unsere Probleme mit der Europäischen Union, fragen Sie mal die GTZ oder die KfW, fragen Sie mal InWEnt, was die für Probleme mit Projekten mit der EU, die Gelder zu bekommen bzw. für Projekte anerkannt zu werden und so weiter. Es ist kein schönes Thema, aber ich biete ausdrücklich an, wenn es konkrete Projekte gibt, Ihnen soweit wie möglich helfen zu können. Was die Landesregierungen betrifft das ist auch ein Problem. Wenn Sie sehen, wie dramatisch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zusammengestrichen haben, und wenn dann – natürlich im Wirtschaftsministerium – oder eine halbe Stelle sich damit beschäftigt, dann ist das administrativ keine Macht. Also ich teile Ihre Auffassung, dass man das Bewusstsein wieder wecken muss. Wir haben auf der letzten Runde des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten im September das Thema Entwicklungspolitik auf der Tagesordnung gehabt und haben zumindest, wie es dann so ist, wenn so viele zusammen sitzen, einen Beschluss erreicht, dass die Mittel nicht weiter zurück gefahren werden. Unser Ziel war eigentlich, dass die Mittel wieder ausgebaut werden sollen. Die Länder sind da ebenfalls sehr restriktiv in der Auseinandersetzung. Wie es da kommunal aussieht, kann ich nicht sagen.

Bernhard Dohle:

Herr Staatssekretär, kann sich das BMZ mit der Idee anfreunden, eine internationale Tendenz zu unterstützen, die darin besteht,

die kommunale Ebene stärker für die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür spricht die Bildung des Weltverbandes der Kommunen, der sich im Mai dieses Jahres gebildet hat; inzwischen auch anerkannt von Weltbank und anderen internationalen Organisationen. Dafür spricht auch, dass nicht alle developmentpolitischen Ansätze über die Zentralregierung gute Erfolge bringen. Und dass wir als Alternative dazu noch viele kommunale, positive Fälle haben, kommunale Entwicklungspartnerschaften, die die traditionelle und offizielle Entwicklungszusammenarbeit erweitern und ergänzen.

Herr Stather:

Ich bin da immer ganz offen mit meiner Meinung. Ich habe da eine gewisse Skepsis. Ich sage Ihnen das mal aus Sicht unseres Ministeriums. Es gibt einfach zu viele internationale Organisationen, die alle irgendwo das gleiche machen. Wir kommen ja kaum noch nach, diese ganzen Treffen überall wahrzunehmen und zu koordinieren. Wir haben eigentlich eine andere Aufgabe als all diese Organisationen zu betreuen, wir sollen die Politik formulieren und die Politik gestalten.

Herr Dohle:

Dieser neue Weltverband hat sich aus existierenden Verbänden gegründet und zwar auf Initiative der Vereinten Nationen hin, die seit langem schon *eine* Stimme auf kommunaler Ebene gefordert haben. Ein Thema z.B. bei diesem neuen Weltverband ist „Localizing MDGs“, die internationalen Entwicklungsziele auf die lokale Ebene zu holen, und auch die Armutsbekämpfungsprogramme lokal umsetzbar zu machen. Da ergeben sich sehr konkrete Ansatzpunkte für die Aktionsprogramme innerhalb der internationalen Zusammenarbeit.

Herr Stather:

Ich habe es verstanden, aber meine Skepsis ist damit noch nicht ganz weg.

Noch mal zum Bürgermeister von Schelklingen: ich glaube, dass wir eine Chance haben, dass die Zusammenarbeit zwischen Europa und anderen Ebenen als der rein staatlichen Ebene, das gilt genauso für

Kommunen wie für Nichtregierungsorganisationen, besser wird mit dem neuen Kommissar. Der alte Kommissar für Entwicklungspolitik war distanziert, was die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen betraf. Es war fast unmöglich, eine NGO-Arbeit in Brüssel zu machen. Ich glaube, dass das mit dem früheren belgischen Außenminister besser wird – diese Chance sollten wir auf jeden Fall nutzen.

Frau Bendisch:

Noch eine abschließende Frage, Sie haben vorhin von den wohlschmeckenden fairen Produkten gesprochen – was ist denn Ihr Lieblingsprodukt?

Herr Stather:

Wir holen fair gehandelte Bananen, aber die essen mehr meine Kinder als ich. Ich trinke gerne Wein, bin aber da noch auf keinen gestoßen, der mich überzeugt hat.

Zweiter Tag



I m p r e s s i o n e n



Udo Schlüter

Kommunen brauchen Eine-Welt-Engagement – Engagement braucht Rückenwind

Geschäftsführer des Eine Welt Netz NRW e.V. / Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)

Einen wunderschönen guten Morgen. Ich habe den Eindruck, mit dem Klimawandel und der Globalisierung, das klappt noch nicht so ganz richtig, wenn man sich hier das Wetter anguckt, ist das eigentlich wie eh und je um diese Jahreszeit – schade.

Die neoliberale Globalisierung hat zu mehr Reichtum geführt, aber nicht zu mehr Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung für alle. Uns als Eine-Welt-Engagierte interessiert besonders die Kluft zwischen Nord und Süd. Sie ist weiter gewachsen, der Abstand zwischen dem ärmsten Fünftel der Nation und dem reichsten Fünftel der Nation ist von eins zu dreißig im Jahre 1960 auf eins zu vierundsiebzig im Jahre 1998 angestiegen. Das ist Statistik, aber hinter dieser Statistik verbergen sich z.B. 20.000 Menschen, überwiegend Kinder, die jährlich verhungern. Deutlich ist geworden, dass der Markt alleine keine sozialen und ökologischen Mindeststandards kennt, dass die Aktienmärkte boomen, wenn Firmen Arbeitsplätze abbauen und Leute entlassen. Dass Quellen versiegen, wenn der Zugang zu sauberem Trinkwasser alleine nach profitorientierten Gesichtspunkten geregelt wird, und dass Kriege auch gigantische Konjunkturprogramme sind für führende Industrieländer. Deutlich ist auch – und das ist vielleicht für die Kommunen ganz besonders dramatisch: die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt, auch bei uns nehmen

Armut und soziale Unsicherheit zu. Die sozialen Sicherheitssysteme werden abgebaut, öffentliche Güter werden privatisiert, das wissen Sie, die Sie in Kommunen arbeiten nur zu genau. Kommunen sind von diesen Prozessen ganz direkt betroffen, mehr denn je stehen sie nicht nur in einem regionalen, sondern auch mehr und mehr in einem globalen Standortwettbewerb. Sie sind dem



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

Druck ausgesetzt, sozial polarisierende Politik vor Ort umzusetzen und sie tragen deren Hauptlast. Sie stehen oft vor der Herausforderung, das direkte Lebensumfeld ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, während gleichzeitig die finanziellen Spielräume durch die Globalisierung immer enger werden.

Gleichzeitig ist aber die Kommune auch die politische Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht und deshalb die Chance hat, gemeinsam mit diesen die Herausforderung einer zukunftsfähigen Entwicklung anzunehmen und zu gestalten. In einer Studie zu NGO und Globalisierung habe ich gelesen, dass es alleine im Eine-Welt-Bereich in Deutschland rund 16.000 NGOs gibt, dass die meisten dieser Gruppen und Initiativen vor Ort und lokal aktiv sind. Rund 2.000 dieser Gruppen sind in den Eine-Welt-Landesnetzwerken – für die ich hier spreche – organisiert und wir denken, dass hier ein riesiges Potenzial ist von Menschen, von Organisationen, die in ihrem Umfeld oder in

ihrer direkten Nachbarschaft aktiv sind für Weltoffenheit, für Übernahme von globaler Verantwortung, für Partnerschaft und die ihre Erfahrung aus der Eine-Welt-Arbeit weltweit einbringen können in Lokale Agenda Prozesse oder auch direkte politische Arbeit vor Ort. Es vergeht ja kein Tag in Deutschland, wo nicht in vielen Städten und Gemeinden entwicklungspolitische, Eine-Welt-politische Informationsveranstaltungen, Kulturveranstaltungen von Bürgern organisiert werden, und zwar jenseits von spektakulären katastrophen- und krisenorientierten Berichterstattungen, die wir ansonsten aus den Medien kennen, versuchen Bürger zu sensibilisieren für Fragen der globalen Gerechtigkeit, und versuchen zu informieren über Möglichkeiten, sich auch solidarisch aktiv vor Ort einzubringen. Gerade diese Möglichkeit ganz konkret etwas zu tun ist für viele Menschen wichtig und davon hängt ja auch oftmals ab, ob Menschen Globalisierung als Bedrohung erleben, ob sie davon einfach überrollt werden, oder ob sie diesen neuen Entwicklungen offener gegenüber treten.

Ich will im Folgenden einige kleine Bereiche skizzieren, in denen sich lokales Eine-Welt-Engagement ganz typisch abspielt. Das erste Thema ist natürlich der Faire Handel, das Thema der ungerechten Handels-, Weltwirtschaftsbeziehungen lässt sich im Kontext des Fairen Handels ganz einleuchtend problematisieren. Die Aktivitäten in diesem Bereich reichen von der Jugendgruppe, die auf dem Basar fairen Kaffee ausschenkt, bis hin zum professionell organisierten Weltladen. Ganz großen Zuspruch finden auch die Städtekaffees, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Einige von Ihnen kennt vielleicht die Namen „Der Pott kocht Fair“, „Die rheinische Affaire“. Jetzt ganz jüngst in Hessen entsteht der Kaffee „Nassau Affairs“. Ganz witzige Namen, oft verbunden mit einem Lokalkolorit. Wir können sagen, dass gerade durch Städtekaffees der Absatz von fair gehandeltem Kaffee in Deutschland angestiegen ist.

Das sind oft Prozesse, die eben auch auf dem Humus von lokalen Agenda-Prozessen entstanden sind. In diesem Kontext ganz

kurz: „Faires Beschaffungswesen“ spielt mehr und mehr eine Rolle in diesen lokalen Prozessen. Aber da verweise ich auf die Arbeitsgruppe, wo die Kollegen Jürgen Anton und Thomas Klein berichten werden.

Anknüpfungspunkte für solidarisches Handeln vor Ort bieten zunehmend auch Kampagnen, die sich für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei den Auslandsaktivitäten unserer Global Players einsetzen. Wenn z.B. Bayer in Indien Kinder zu den schändlichsten Bedingungen ausbeutet, und das ist jetzt wirklich ein ganz aktuelles Beispiel, dann ist das ein Thema, das auch hier viele Menschen aufregt. Wir glauben, dass diese Kampagnen, diese Aktivitäten auch diese Emotionalisierung ganz gut einbinden lassen kann in lokale Agenda Prozesse, in lokale und regionale Kampagnen, und versucht, unsere Global Player auch ethisch zu erziehen. Das heißt, dass sie diese Maßstäbe, die sie hier anlegen, eben auch weltweit anlegen. Nicht zuletzt durch die Fairhandels-Kampagnen, die mittlerweile von vielen Landesnetzwerken Deutschlands durchgeführt werden, gibt es natürlich in vielen Städten und Gemeinden gute Angebote für Engagierte, die im Bereich des Fairen Handels etwas machen wollen.

Zweiter Handlungsbereich: Klima und Energie. Nur ganz kurz die Stichworte: Regenwaldzerstörung, Klimawandel, Industrieemission, Konsum- und Verkehrsverhalten. Eine ganze Bandbreite von Themen lässt sich hier andocken. Bündnismöglichkeiten für Eine-Welt und Umweltaktivitäten gerade auch in Agenda-Prozessen liegen hier auf der Hand. Lokale und regionale Kristallisationspunkte finden sich hier zuhauf. In Nordrhein-Westfalen war es z.B. die Finanzierung einer Erdöl-Pipeline in Ecuador durch die Westdeutsche Landesbank, an dem sich dann eine Kampagne rund um lokale Aktivitäten entwickelt hat, die so halb erfolgreich letztendlich gewesen ist. Zwar konnte die Erdöl-Pipeline nicht verhindert werden, aber die West-LB kann sich so eine Politik auch nicht mehr leisten und hat jetzt eigene Standards aufgestellt.

Drittes Thema: Gerechtigkeit und Frieden. Mit dem 11. September 2001 hat dieses

Thema große öffentliche Brisanz erhalten. Auch wenn die Einschätzung von Eine-Welt-Aktiven zu einzelnen Ereignissen von Krieg und internationaler Gewalt mitunter differieren, unstrittig ist der generelle Zusammenhang von ungerechter Weltordnung und Kriegsgefahr – ohne Gerechtigkeit hat friedliche Entwicklung keine Chance. An diesem Punkt treffen sich auch vor Ort die Aktivitäten von Gruppen, die sich gegen bestimmte kriegerische Konflikte engagieren, mit dem Anliegen des Rio-Nachfolgeprozesses, der auf friedlichen und gerechten Ausgleich setzt, aber auch mit den Aktivitäten, die durch vielfältige Partnerschaften die Barrieren zwischen Nord und Süd zu überwinden suchen. Gerade diese Nord-Süd-Partnerschaften haben in diesem ganzen Kontext eine riesige Bedeutung, und von den 16.000 Initiativen sind wahrscheinlich die größte Anzahl solche, die sich in diesem Bereich der Nord-Süd-Verbindungen bewegen.

Letztes Thema: Globales Lernen, kultureller Dialog. Sicherlich der am weitesten gespannte Bogen innerhalb der Eine-Welt-Arbeit. Hier lassen sich alle Aktivitäten einbinden, die auf nachhaltige Veränderung in den Köpfen und den Herzen setzen. Von der Website über Broschüre, Ausstellungen bis zum Schulprojekt – dem Fair-Mobil, was auf die Schulehöfe fährt, bis hin zu Wandmalaktionen. Verbindendes Element: es ist ganz geduldige Überzeugungsarbeit gegen Gedankenlosigkeit, Klischees und Rassismus, für Anteilnahme, Neugier, Weltoffenheit; Eigenschaften, die für die Zukunft wirklich wichtig sind.

Ich denke mit diesen Beispielen ist deutlich geworden, dass es in zentralen Handlungsfeldern der Eine-Welt-Arbeit ein ganz großes Potenzial gibt, das auch bereit ist, sich vor Ort und in Kommunalpolitik, in Lokale Agenda-Prozesse einzubringen. Wenn es darum geht, über den eigenen Kirchturm hinaus zu schauen, dann sind Eine-Welt-Initiativen die geborenen Partner der Kommunalpolitik.

Der zweite Teil meines Beitrages beschäftigt sich nun mit der Frage: Wie sind die Rahmenbedingungen für Eine-Welt-Engagement vor Ort? Wir alle wissen, dass die finanzielle Situation der Kommunen in den letzten Jah-

ren desaströs entwickelt hat, so dass monetäre Unterstützung auf kommunaler Ebene für Eine-Welt-Arbeit eher die Ausnahme als die Regel ist. Aber auch was andere Formen der Unterstützung angeht, sind die Unterschiede groß und Kommunen sind noch entwicklungsfähig. Die Idee der Bürgerkommune, die die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ favorisiert, ist noch längst nicht in allen Kommunen angekommen. Hieraus ergeben sich natürlich unterschiedliche Verhältnisse was Partizipationsmöglichkeiten angeht für NGO, aber auch was das dezentralisieren von Entscheidungsbefugnissen angeht, Abbau von bürokratischen Hemmnissen, Ausbau einer Anerkennungs- und Wertschätzungskultur, die ja gerade dann wenn man finanziell nicht fördern kann und vielleicht bei ehrenamtlichem Engagement auch nicht muss, ja dann ganz besonders wichtig ist, und wo einfach vor Ort eine Kultur, eine Atmosphäre geschaffen werden kann, wo Leute sich wirklich gerne einbringen, in lokale Arbeit, in Arbeit für die Gemeinschaft.

Ganz große Sorgen bereitet die Entwicklungspolitik der Bundesländer, die ja für die lokale Eine-Welt-Arbeit enorm wichtig ist. Sie hatte ja in den 1990er Jahren einen Aufschwung erlebt. 1994 haben die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, den Rio-Folgeprozess in der Entwicklungspolitik mit zu tragen, zu unterstützen und die eigene Bevölkerung verstärkt an diesen Prozessen zu beteiligen. In diesem Zeitraum sind in den meisten Bundesländern Förderprogramme entstanden, die den Eine-Welt-Engagierten vor Ort wirklich Rückenwind gegeben haben.

Zum eine-Welt-politischen Vorreiter hat sich Nordrhein-Westfalen entwickelt. Deshalb möchte ich mit einigen wenigen Stichwörtern skizzieren, wie dessen Programme im Inlandsbereich aussehen. Erstens: Nordrhein-Westfalen fördert rund 40 Eine-Welt-Promotoren, die flächendeckend vor Ort Eine-Welt-Engagement initiieren, unterstützen, qualifizieren, sowie inhaltliche und organisatorische Vernetzung für die vielen ehrenamtlichen Initiativen im Land bieten.

Punkt 2: Nordrhein-Westfalen fördert die Eine-Welt-Politik der Kommunen ganz direkt mit immerhin noch 10 Cent pro Einwohnerin und Einwohner.

Drittens: Mit dem konkreten Friedensdienst ermöglicht das Land jungen Menschen aus Nordrhein-Westfalen die praktische Mitarbeit in Projekten des Südens. Viele dieser jungen Leute engagieren sich nach ihrer Rückkehr als Multiplikatoren in der Eine-Welt-Arbeit vor Ort. Einen eigenen Topf gibt es dann noch für die Unterstützung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und das Land beteiligt sich auch ganz direkt finanziell an Öffentlichkeitskampagnen, wie z.B. der Kampagne *wirhandelnfair.nrw*. Mit der Gründung der nordrhein-westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung ist ein neues, starkes Instrument geschaffen worden, mit dem Projekte der Eine-Welt-Inlandsarbeit in Land gefördert werden können.

Im Ergebnis ist die Eine-Welt-Politik in NRW in den letzten Jahren in vielen Städten und Gemeinden zu einem eigenen kommunalpolitischen Handlungsfeld geworden. Es gibt viele und vielfältigste Aktivitäten vor Ort und das hat ganz viel mit diesen Programmen zu tun, die überwiegend auf die Unterstützung des Engagements vor Ort abzielen, und wirklich beflügelt haben. Bundesweit allerdings wird NRW mehr und mehr zur Ausnahme. Die Entwicklung der Eine-Welt-Haushalte in den Bundesländern signalisiert nichts Gutes. Ich habe hier einen Vergleich der Haushalte von 1998 bis 2002; in dem Zeitraum sind die Haushaltsansätze für Eine-Welt-Politik in Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein noch leicht angestiegen bzw. auf dem Stand geblieben. In Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden diese Ausgaben aber drastisch gekürzt, oft sogar mehr als halbiert. Dieser Abwärtstrend hat sich 2003 und 2004 in allen Bundesländern fortgesetzt, so dass man in vielen Ländern von einem entwicklungspolitischen Kahlschlag sprechen kann, bis hin dazu, dass sogar die Haushaltstitel komplett gestrichen

worden sind. Bei allem Verständnis für die finanzielle Situation der Bundesländer, denen es ja nach der Steuerreform wirklich schlecht geht: es ist möglich zu sparen, ohne dass das bürgerschaftliches Engagement völlig austrocknet. Bei Förderprogrammen der Bundesländer ging es oft nicht um große Beträge. Mit diesen oft geringen Mitteln konnten sich Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten für nachhaltige Entwicklung engagieren, und das fällt weg. Auch NRW ist kein durchgängig reiches Land, ein kleines Beispiel: unser Städtebauminister Michael Vesper hat im letzten Jahr den Bundesminister Stolpe mal nach Gelsenkirchen-Gladbeck und Duisburg eingeladen und mit ihm dort vor Ort über Städtebauförderung-West und Städtebauförderung-Ost diskutiert. Diese Seite des Ruhrgebiets kannte Herr Stolpe offensichtlich noch nicht. Jedenfalls war er von den teilweise dramatischen Zuständen dort so beeindruckt, dass er Hilfe aus Berlin zugesagt hat. Was ich mit diesem einen Beispiel sagen will ist, dass es bei allen Sparzwängen immer noch Raum für Prioritätensetzung gibt, und dass wir in den Bundesländern dafür kämpfen müssen, dass die Eine-Welt-Politik nicht völlig über den Rand kippt. Zwar bekennen sich die Länder noch zu den Ministerpräsidenten-Beschlüssen, doch sind das oft nur noch Lippenbekenntnisse.

Ich denke, bürgerschaftliches Engagement braucht Rückenwind, um sich richtig entfalten zu können. Deshalb möchte ich zum Schluss noch kleine Ansätze skizzieren, für die unterschiedlichen politischen Ebenen in Deutschland, wie dieses Engagement vielleicht wieder ein bisschen mehr unterstützt werden kann.

Was wünschen wir uns von den Kommunen? Wir wünschen uns eine weitere Entwicklung in Richtung Bürgerkommune, in der die Arbeit der Engagierten akzeptiert und wertgeschätzt wird. Mit mehr Partizipation und dezentralen Entscheidungsmöglichkeiten und auch mit besseren materiellen Rahmenbedingungen dort wo es möglich ist.

Die Bundesländer müssen mehr gefordert werden und zwar auch von der Bundesre-

gierung und von den Kommunen. Sie müssen mehr gefordert werden, globale Verantwortung zu übernehmen und der Eine-Welt-Politik wieder eine größere Bedeutung zuzumessen. Wir erwarten ganz klar die Umsetzung der Ministerpräsidenten-Beschlüsse, auch der letzte Beschluss, den Herr Stather gestern kurz skizziert hat, fällt eigentlich hinter das, was vorher war zurück; das war ein lauer Beschluss.

Wir erwarten eine deutliche Trendumkehr hin zu einer Eine-Welt-Politik, die diesen Namen auch wirklich verdient. Insbesondere der Bereich des globalen Lernens, da können sich die Bundesländer auch nicht aus der Verantwortung ziehen, da dies zu ihren Kernaufgaben gehört, wenn man weiß, dass die Bildung hoheitliche Aufgabe der Länder ist. In fast allen Bundesländern gibt es Diskussionen über die Öffnung von Lotterien für den Bereich Entwicklungspolitik oder aber die Zulassung von neuen Lotterien mit diesem Förderschwerpunkt.

Wir denken, dass das ein sehr wichtiger Bereich ist, wir hätten gerne, dass sich da die Bundesministerin auch wirklich in den Ländern einsetzt. Viele Länder sperren sich noch dagegen diese Öffnung zu vollziehen, dass die Landesregierungen zur Unterstützung dieses Bereichs mit Hilfe der Lotterien gewonnen werden, weil sie uns da unterstützen können, ohne wirklich eigene Haushaltsmittel in die Hand zu nehmen.

Von der Bundesregierung und konkret von der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhoffen wir uns den weiteren Ausbau der Unterstützung durch Capacity Building Programme. Dieses Programm ist in diesem Jahr gestartet und hat schon hervorragende Resultate in der Eine-Welt-Arbeit vor Ort gebracht. Wir können uns gut vorstellen, dass dieses Programm mittelfristig auch an eigene Leistungen der Bundesländer gekoppelt wird und so zu deren Motivation im Eine-Welt-Bereich beiträgt.

Als letzten Punkt noch eine kleine Idee: sie besteht darin, dass Bund und Länder ein gemeinsames Förderprogramm für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Höhe

von 20 Cent pro Einwohnerin und Einwohner auflegen. Bei der Trägerstruktur für die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat diese Co-Produktion zwischen Bund und Ländern, zumindest einigen Ländern, ja geklappt. Wir versprechen mit so einem Programm wirklich für alle Kommunen in Deutschland 20 Cent pro Einwohnerin und Einwohner für kommunale Eine-Welt-Arbeit. Damit wie in NRW die kommunale Entwicklungszusammenarbeit Einzug hält in jedes Rathaus in Deutschland und die Eine-Welt-Arbeit damit einen enormen Aufschwung erfährt. Ich bin mir natürlich bewusst, dass damals der Aufbau der Servicestelle, von der ersten Idee bis zur wirklichen Realisierung, Jahre gebraucht hat. Aber ich denke, wir brauchen Ziele und vielleicht geht es ja diesmal schneller. Für mich wäre dies jedenfalls eine Möglichkeit, die Eine-Welt-Arbeit in Deutschland relativ schnell mit einfachen Mitteln ohne überdimensioniertes Finanzfördervolumen auf ein ganz neues Niveau stellen zu können und die kommunale Eine-Welt-Arbeit in Deutschland wirklich Realität werden zu lassen –

Dankeschön.

Hans-Joachim Döring

PartnerInnen in der Partnerschaftsarbeit? Kirchengemeinden und Kommunen in der Eine-Welt-Arbeit – Ein ostdeutsches Weltbild

Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe TeilnehmerInnen, für die Anregung zu diesem Beitrag und ihre freundlichen Einladung bedanke ich mich bei den Organisatoren herzlich. Der Titel "Partner in der Partnerschaftsarbeit?" – mit Fragezeichen – klingt ein wenig nach Therapie. So nach dem Motto: Wer kann mit wem und wer kann mit wem nicht?

I.

Mit „Partnern“ meine ich in diesem Beitrag die verschiedenen Akteure in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit an einem konkreten Ort oder in einer bestimmten Region, also die Akteure im Norden.

Mit dem Begriff "Partnerschaftsarbeit", der fast so gewichtig und krisengeschüttelt daher kommt wie das wunderbare deutsche Wort: "Beziehungsarbeit" ist hier schlicht die Nord-Süd-Arbeit gemeint, wie es die Unterzeile aufnimmt.

Der Begriff "Partnerschaft" scheint auch für diesen Kongress geeignet, wird er doch in den Kommunen wie in den Kirchengemeinden gleichermaßen verwandt. Städte pflegen Partnerschaften zu Städten, zumeist im Ausland. So Magdeburg zu Braunschweig; Braunschweig liegt nicht direkt im Ausland. Partnerschaften unterhält Magdeburg auch zu Nashville/Tennessee und Sarajevo.

In den kirchlichen Ökumene- und Eine-Welt-Ämtern, die ja für die internationalen Beziehungen zuständig sind, arbeiten oft Refe-

renten oder Referentinnen für Partnerschaftsarbeit. Denn viele Kirchengemeinden kümmern sich um internationale Partnerschaften der verschiedensten Art.

Beim Blick in Dokumente zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit fiel mir überraschend auf, dass Kirchen und Kirchengemeinden darin fast nicht vorkommen. Das



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

hätte ich so nicht erwartet. Auch weil wenigstens die protestantischen Kirchen mit dem ABP (Referat Aktion, Bildung, Publizistik) des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) in vielen Städten und Gemeinden entwicklungspolitische Bildungsinitiativen aktiv mit fördern.

Ich nehme da, wo es in unserer Region um Entwicklungszusammenarbeit geht, als Akteure vor allem die freien Träger, NGOs sowie Vereine und auch die Kirche mit ihren Gemeinden war. Die Gemeinden, Städte und Gebietskörperschaften treten in der Entwicklungszusammenarbeit unserer Region praktisch nicht auf. Das ist im Bundesland Sachsen-Anhalt kaum anders als in Sachsen, Thüringen oder Brandenburg.

II.

Nicht nur zum Klischee, sondern zu den blanken Tatsachen gehört, dass dieser Gegend – Sachsen-Anhalt, bisweilen ganz Ostdeutschland – der Makel des beständig Letzten und der roten Laterne anhängt. In unserer Region:

- gibt es die höchsten Arbeitslosenzahlen inmitten sehr geringen Wirtschaftswachstums.
- gibt es die meiste Abwanderung der Wohnbevölkerung in den Westen. Ein Kennzeichen des Ostens ist ein „Ausdünnen“ und das Fehlen einer bürgerlichen Schicht;
- werden die Menschen weniger alt als im Westen der Republik. Das liegt inzwischen nicht mehr an der Chlorchemie! Es gibt verbreitet sozialen Stress, der ungesund macht und früher sterben lässt.
- Im Bundesland Sachsen-Anhalt leben im Verhältnis zur Einwohnerzahl wohl die wenigsten Migrantinnen und Migranten in Deutschland, 1,9 %. Deutlich unter 20.000 Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, einschließlich Studenten. Die meisten wollen von hier möglichst schnell weg.
- Dies bedeutet, es gibt weite Landstriche, da treffen sie keinen Ausländer, keine BotschafterInnen anderer Welten und Werte, südlicher Kontinente oder durch Globalisierungen Vertriebene.
- Uns fehlen die Lebensgeschichten und vielfältigen Gesichter der Ausländer mehr als Fördermittel. Wir sind arm an Fremden, die mit uns Vertraut werden wollen. Damit sind wir auf eine besondere Weise bettelarm.
- Hinzu kommt der Fakt: Wo weniger Ausländer sind, wird auch weniger investiert.
- Teile der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt stehen im Ruf anfällig für rechte und sehr rechte Anschauungen zu sein. Das gesellschaftliche Klima – verschieden nach den Landstrichen – kann mit unter als „ausländerunfreundlich“ beschrieben werden.
- In Sachsen-Anhalt arbeiten nur wenige entwicklungspolitisch engagierte NGOs und es herrscht die geringste Abfrage an Fördermitteln bei Stiftungen und Fördertöpfen bundesweit.

Internationalistisch, solidarisch und entwicklungspolitisch Interessierte haben hier kein leichtes Pflaster. Platte Aussagen wie z.B., dass Ausländer, wenn sie nennenswert ü-

berhaupt vorhanden wären, die Arbeitsplätze, wenn diese denn ebenfalls überhaupt da wären – wegnehmen würden, sind so spekulativ wie plausibel, so verbreitet wie falsch. Diese Aussagen haben keine Mehrheit in der Bevölkerung aber sie färben die Grundstimmung ein.

Soziale Unsicherheiten vertiefen das Misstrauen, die Entwicklungszusammenarbeit bis in die politischen Kreise der Kommunen und Bundesländer hinein.

Wir sind in Sachsen-Anhalt schlicht ein „Zuwenig-Land“ bei positiven Dingen und ein „Zuviel-Land“ in negativen Dingen.

Vieles wäre noch auf zuzählen, bemerkenswertes und Schönes auch. Nicht nur der letzte freifließende Strom in Mitteleuropa, die Elbe oder der erste gotische Dom nördlich der Alpen auf deutschen Boden ist hier nur 500 Meter entfernt zu finden. Sondern von Magdeburg gingen im August 2004 die Montagsdemonstrationen eines neuen Typus aus. Diese oft geschmähten und wenig verstandenen Bekundungen der Betroffenheit und Ohnmacht vermochten nicht „Hartz IV“ – zu verhindern. Aber sie haben immerhin die Menschen, die von Hartz IV besonders betroffen sind, zeitweise ins Bild gesetzt und ihnen ein Gesicht gegeben.

Zu Sachsen-Anhalt gehört auch, dass 1998 die rechte Partei DVU mit über 12 % in den Landtag gewählt wurde; übrigens mit viel Geld aus dem Westen, was nur ein Teil der Erklärung aber keine Entschuldigung ist, zu Sachsen-Anhalt gehört aber auch, das 2002 die DVU eindeutig mit Pauken und Trompeten aus dem Landtag abgewählt wurde.

Soviel zu einigen Beobachtungen aus der Region.

III.

Sind wir – Kommunen wie Kirchgemeinden – nun Partner in der Partnerschaftsarbeit?

Ja, wir sind natürliche und strategische Bündnispartner, weit mehr als nur taktische Partner. Wir suchen jeder für sich und manchmal gemeinsam der Stadt Bestes und damit ihrer verschiedenen Bewohner Bestes um ein biblisches Kürzel aufzugreifen. Das gelingt am besten, wenn wir gute Gastgeber

für Fremde sind und unsere lokalen Zusammenhänge in die globalen Bezüge stellen. Wir versuchen zusammen und nicht alleine zu arbeiten, denn die Bedingungen für lokale Entwicklungspartnerschaften sind durchaus rau.

Das diese Zusammenarbeit nicht nur theoretisch sinnvoll ist, sondern auch praktisch gut funktionieren kann, möchte ich an drei Beispielen aus Sachsen-Anhalt darstellen.

Etliche hier im Saal könnten bestimmt weitere Beispiele geben und von Gelingendem berichten.

Beispiel I: 2004 „Weltbilder-Bilderwelten“

Die evangelische Kirchengemeinde der Vorharzstadt Quedlinburg führt in diesen Tagen unter der Bezeichnung „Weltbilder – Bilderwelten“ vier Wochen umfangreiche entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit vielen Partnern ihrer Stadt durch. In gut dreißig Tagen werden über 40 Veranstaltungen zum globalen Lernen in Kirchen und Gemeindehäusern, Jugendklubs, Schulen und im Rathaus geboten. Zwei Ausstellungen werden gezeigt und mehrere Referententeams durchstreifen die Stadt. Die Kirchengemeinde hat ihre regelmäßigen Kreise und Veranstaltungen, wie Junge Gemeinden, Senioren, Ehepaare oder den Kirchenvorstand im November auf Themen zum Süden und zu Globalisierung eingestellt. Den Start bildet eine Großveranstaltung in der Hauptkirche mit den Oberhäuptern der Stadt. Die Medien wurde gemeinsam und umfassend informiert. Die Weltbilder-Bilderwelten sind auf dem Weg zum Stadtthema. Eine attraktive Abschlussveranstaltung lädt alle ein und bündelt die Aktivitäten. Gäste aus dem Rheinland oder Berlin konnten eingeladen und gleich mehrfach zum Einsatz gebracht werden. Wege lohnen sich für beide, Experten und Veranstalter. Finanzmittel konnten getrennt und zusammen beantragt werden. Für vier Wochen kommt die „globale Welt“ mit ihren Fragen und Festen als Gast in eine kleine Stadt. Der Jugendclub bekommt einen seltenen und plötzlich finanzierbaren Referenten, der gestern noch in der Kirche aus seinem Buch gelesen hat. In der Jungen Gemeinde läuft mal ein provokanter Film,

der da nicht zum Standardprogramm gehört. Die Fördermittelgeber waren beeindruckt und förderten fröhlich. Auch für den externen Projektleiter war es lohnend. ‚Suchet der Stadt Bestes, schließt euch zusammen und andere nicht aus, denn unsere Kräfte sind nicht endlos und die Gegenkräfte nicht müde‘. Kirchengemeinde wie Stadtgemeinde, beide brauchen dieses über den Tellerrand wie über die Stadt- und Kirchenmauern hinweg gucken.

Zehn Jahre zurück: Beispiel II: Himmelfahrtstag 1994.

Zum sogenannten Herrentag im Mai 1994 trieben nach einem Streit zwischen Magdeburgern und Ausländern einige einheimische Männer Afrikaner am helllichten Tag brutal durch die Stadt, prügeln, schlugen und verletzten ausländische Bürger. Passanten wie Polizei blieben passiv. Sie schritten nicht ein. Es kam zu lebensgefährlichen Verletzungen. Zufällig anwesende Fernsehteams filmten die Ausländerjagd durch die mitteldeutsche Großstadt. Die Bilder nahmen ihren Lauf und gingen um die Welt. Der gute Ruf Magdeburgs sackte ins nicht mehr Messbare und ward verdorben. Amerikas überregionale Tageszeitungen warnten vor einem Besuch der Elbestadt. Magdeburg wurde mit Warnhinweisen in den internationalen Reiseführern versehen: Meidet diese Stadt!

Stadtväter wie Ausländer der Stadt waren verstört, Vertrauen brach zusammen, Misstrauen brach auf. Da setzten sich die damaligen Ausländerbeauftragten der Evangelischen Kirche und das Präsidium der Polizei zusammen. Sie analysierten und suchten nach Auswegen. Mit dem Erschrecken bei der Polizei – wir haben Menschen wie Menschenrechte nicht geschützt – kamen auch Ideen auf. Kirche und Stadtpolizei entwarfen ein Konzept : „Grüne gehen Fremd – Fremde sehen Grün“. Denn grüne Polizisten hatten keine Ahnung von den eigentlichen Problem der Migrantinnen und Migranten, ihren besonderen Erfahrungen unter dem Globalisierungsdruck und ihrem ‚real existierenden‘ Alltag hier in Deutschland. Viele Polizisten hatten auch keine Ahnung von ihren eigenen Vorbehalten gegen Menschen die

anders aussehen, als sie selbst. Darum sollten ‚Grüne‘ fremd gehen. Fremdgehen meint hier: Hingehen zu den Fremden der Stadt. Kennenlernen war der erste Schritt. Grün Uniformierte besuchten Ausländer in ihren Wohnungen. Bei der Überwindung der Hemmschwellen auf beiden Seiten half die Kirche. Und: die Polizisten luden zu einem großen Stadtfest ein, am Himmelfahrtstag – genau ein Jahr später – und am besten Platz der Landeshauptstadt. Mit Blasmusik, im Schutz der Polizei und gemeinsam mit vielen entwicklungspolitischen Gruppen der Kommune wie der Kirchen wurden die Ausländer empfangen. Einen Gottesdienst gab es auch am Schluss und Stände zum Gucken und Kaufen, mit Kuchen und Bier. Die Kirche mit ihren Kontakten und ihrem Bonus warb zuvor bei den Ausländern: Traut den ‚Grünen‘, lasst sie zu euch in die Wohnung. – Was alles andere als selbstverständlich war, gelang.

Aber auch Fremde sollten die Polizei neu sehen. Das meint: Ausländer sind bereit zu lernen, die Polizei anders als als feindlich zu betrachten. Sie sind bereit, sie in ihre Stuben zu lassen, sich mit ihnen über die Gründe ihres Hierseins zu unterhalten, anders als in einem Verhör. Das klappte nicht auf Anhieb, aber mit der Zeit immer besser. So entwickelte sich aus einem schlimmen Vorfall und dem schweren Versagen eine gute Tradition in Magdeburg, und eine Partnerschaft: Ein Stadtfest für ausländische Familien organisiert von Polizei und Kirche. So entstand ein jährlicher Höhepunkt des entwicklungspolitischen Lernens und Gestaltens in aller Öffentlichkeit, mitten in der Stadt. Mit und für Ausländer. An einem Tiefpunkt des Ansehens fanden sich auf der Suche nach dem Besten der Stadt Partner. So kommen nun Jahr für Jahr meist 5.000 Leute zusammen. Immer zu Himmelfahrt. Inzwischen läuft’s gut, fast ist die Kirche nicht mehr nötig.

Noch ein Mal 10 Jahre zurück:

Beispiel III: 1984 2-%-Appell

1984 – in tiefer DDR – beschloss die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, also das Kirchenparlament von

Sachsen-Anhalt, die Schaffung eines „Fonds für ökumenische Solidarität“ in Haushaltsrecht der Landeskirche. Auch bekannt unter dem Begriff „2-%-Appell“: Die Begründung lautete: „Die Notwendigkeit, dass auch wir verstärkt nach Möglichkeiten suchen sollten, mit den Menschen und Kirchen der Dritten Welt das zu teilen, was uns von Gott geschenkt ist, wird von vielen empfunden. Dennoch müssen wir bekennen, dass die Betroffenheit über Armut und Ungerechtigkeit weithin noch nicht so tief ist, dass sie zum Handeln treibt.“ Und weiter „Viele Gemeinden sehen in der nun möglichen gezielten Zuweisung zu bestimmten Projekten in Übersee und zu konkreten Aktionen im Inland eine Chance zur Vertiefung der Partnerschaft mit Menschen und Kirchen in der Dritten Welt und zur eigenen Bewusstseinsbildung.“

Dies bedeutete: 2 % aus dem regulären Kirchensteueraufkommen sollen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland wie für die Südpartnerschaften im Ausland aufgewendet oder in einen zentralen Fonds eingezahlt werden.

Dabei wartete die Landeskirchenverwaltung – vergleichbar einer Landesregierung – nicht bis die Gemeinden sich durchgerungen oder bequemt hatten. Nein, sie gab als erste die 1 % ihrer steuergestützten Haushaltsmittel für internationale Arbeit, Entwicklung und Bildung. Die zweiten 1 % sollten die Gemeinden und Kirchenkreise dazu geben. Damit begründete sich eine gute Eine-Welt-Tradition vor 20 Jahren. Wir zehren noch heute von dieser Entscheidung. Jährlich muss – wenigstens theoretisch – in jeder der fast 1000 Kirchengemeinden mit der Haushaltsdebatte über Projekte im Süden und entwicklungsbezogene Bildungsschritte in Norden debattiert und entschieden werden.

Die Kirchen in der DDR waren nicht reich. Man brauchte jeden Ostpfennig. Zudem: Der Staat sah derart selbständige Arbeit nach Außen wie nach Innen nicht gern. Manchmal kam Solidarität als Staatssache mit der Solidarität als Herzenssache in Kollision. Nichts desto trotz gab es ein recht großes Engagement bei den Kirchen. Es

wurde mit dem 2%-Appell für aktive ökumenische Solidarität begonnen.

Der 2%-Appell wurde unter sich ändernden ökonomischen wie politischen Bedingungen über die Wende hin durchgehalten und wird soeben in unserer Landeskirche erneuert. In den Kirchengemeinden scharrt man nicht mit den Hufen, aber das Herz schlägt noch, wenn es um Entwicklungszusammenarbeit und Ökumene geht. Das ist nicht selbstverständlich, sind doch in den östlichen Gegenden die Kirchenmäuse – trotz BRD und alledem – weiterhin nicht fett und müssen massiv und substantiell sparen. So hat diese Landeskirche, die in den letzten sieben Jahren fast ein Viertel der Pfarrstellen abbauen musste, den 2%-Appell – mit einem Finanzvolumen bei dem das Sparen noch Spaß machen würde (bisher) aber nicht angegriffen.

Ich möchte sie nicht mit der Kirche und ihren Zahlen langweilen, noch will ich die Kirche über den grüne Klee loben. Aber das Kirchenbeispiel kann auf diesem Kongress ein wenig Material anbieten und ein Muster geben. Ein Beispiel zum Thema: Entwicklungspolitische Verantwortung in der Bürgergesellschaft auch in Zeiten knapper Kassen. Dazu einige Zahlen von den Kirche und den Ländern.

Zuerst die Kirche:

Die Landeskirche in Sachsen-Anhalt hatte im Jahr 2003 noch 523.000 Mitglieder, nicht viele. Nicht mehr als eine Großstadt. Kommunale Verhältnisse, wenn man so will, nur etwas mehr auf der Fläche verteilt. Diese halbe Million evangelischer Christinnen und Christen haben an der Gesamtbevölkerung von Sachsen-Anhalt einen Anteil von exakt 16,9%. In einer proletarisch geprägten Großstadt wie hier in Magdeburg (Einwoh-

nerzahl 2003: 226.000 + 15.000 Studenten) sind es nur 8% Protestanten und rund 2% Katholiken, mithin eine relevante Minderheit. Eine Größenordnung, die in vielen westdeutschen Städten für den Anteil an ausländischen Bürgerinnen und Bürgern steht. Nicht viel los im Lutherland, muss man meinen.

Diese halbe Million Kirchenmitglieder bringt jährlich für die übergemeindliche Ökumene- und Ein-Welt-Arbeit durch den 2%-Appell aus Kirchensteuermitteln ca. 560.000 € auf. Hinzu kommen noch jährlich ca. 100.000 € aus dem freiwilligen Soli-Fonds der kirchlichen Mitarbeiter, der zu

70% für Tansania, und zu ca. 30% für Osteuropa aufgewendet wird. Hinzu kommen noch ca. 60.000-80.000 € aus gelegentlichen sonntäglichen Kollektensammlungen für die konkrete Projektarbeit im Süden wie für Bildungs- und Beratungsarbeit. Weiterhin werden Gehälter und Sachmittel für sechs Mitarbeiter bereitgestellt.

Man kann leicht eine Summe ca. 840.000 € pro Jahr oder mehr für die unmittelbare internationale bzw. ökumenische Arbeit der Landeskirche errechnen. Dabei sind die Mittel für „Brot für die

Welt“ und für „Hoffnung für Osteuropa“ oder Mittel aus dem 2%-Appell-Anteilen der einzelnen Gemeinden und Kirchenkreise nicht berücksichtigt. Auch wenn diese Kirche ökumenisch aufgeschlossen ist – und dies steht in einer langen Tradition – so ist Weltaufgeschlossenheit und Solidarität in den Kirchen kein Selbstläufer. Unlängst schrieb mir ein Vorsitzender eines Gemeindegemeinderates: „Herr Döring, ich weiß sie werden schon wegen ihrer Anstellung eine andere Meinung haben, aber falls unsere Gemeinde Geld über haben sollte, kenn ich schon ein Kinderheim in unserer Nähe, ein



deutsches Kinderheim. Bitte schicken sie mir keines ihrer Materialien mehr zu". Solche Meinungen gibt es auch in Kirchengemeinden. Sie soll hier nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Spannender wird nun der Vergleich der bereitgestellten Mittel einer Landeskirche mit den bereitgestellten Fördermitteln für die entwicklungspolitische Arbeit einzelner Bundesländer.²

Rechnet man die Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit der drei mitteldeutschen Bundesländer – aus Freundlichkeit – immerhin noch in dem „fetten“, finanziell noch besser gestellten Jahr 2002 zusammen, ergeben sich folgende Zahlen:

Sachsen-Anhalt: 186.000 €, Thüringen: 146.000 €, Sachsen: 352.000 €, Summe: 684.000 €.

Im Haushaltsjahr 2004 brachten diese drei Bundesländer zusammen kaum noch 150.000 € für einschlägige entwicklungspolitische Programme auf. Die Recherche war schwierig. Jedenfalls hat das Bundesland Sachsen-Anhalt 2004 und 2005 noch ganze 35.000 € für Entwicklungszusammenarbeit in den Landeshaushalt eingestellt. 2005 soll die entwicklungspolitische Inlandsarbeit gar mit Null Euro bedacht werden. Dabei betragen die Haushaltsvolumina der herangezogenen ostdeutschen Bundesländer zwischen 9 und 15 Milliarden €, zusammen immerhin ca. 35 Milliarden €.

Der Haushaltsanteil belief sich somit im „fetten“ Jahr 2002 im Mittel auf 0,0018 %. Diese Verdünnung ist inzwischen nicht mehr nachweisbar. Spurenelemente, jenseits vom Eisen im Spinat. Wir haben hier homöopathische Verhältnisse ohne homöopathische Wirkung.

Mit Zahlen kann man viel jonglieren und nicht alle können verglichen werden. Manch Unsachgemäßes kann scheinbar bewiesen werden. Mir ist dies bewusst.

² Die knapp gerechneten 840.000 € für internationale Arbeit der Landeskirche sind in der Größenordnung mit den Mittelvergleichbar, die das Land Bremen 2002 für Entwicklungszusammenarbeit ausgab.

Kirchenhaushalte und Haushalte von Bundesländern sind nicht ohne weiteres zu vergleichen. Jeder Haushalt bedient andere Pflichtaufgaben; Pflichtaufgaben haben beide. Die Kirchen sind nicht besser als die „Welt“, und wo dies als Anspruch erhoben wird, ist man falsch gewickelt.

Trotzdem sprechen die Zahlen, stellen Fragen und zeigen Varianten, gar Möglichkeiten auf. Was arme – zumal östliche – Kirchen können, sollte in Ansätzen auch armen Ländern oder Kommunen möglich sein. Von nicht ganz so armen Städten ganz zu schweigen.

Entwicklungszusammenarbeit in den Städten und Gemeinden, wie die Eine-Welt-Arbeit ihrer Initiativen und Kommunen kommen nicht ohne kommunale Landesunterstützung aus. Geld ist dabei nicht unwichtig, aber Offenheit, Engagement und Haltung in den Führungen und in den Parlamenten, eindeutige Positionen und verlässliche Partnerschaften sind wichtiger.

Die Beispiele aus der Kirche, die nicht sehr reich ist, personalintensiv arbeiten muss und z.B. Tausende alter und komplizierter Gebäude unterhält, können aber zeigen: auch in Zeiten knapper Kassen und großen Sparens, Streichens und Stechens können substantielle Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Das ist letztlich keine Frage des Geldes sondern eine Frage der Wichtig- und der Wertigkeit. Was mit wichtig ist und wertvoll ist auch ein Hinweis auf das Bild meiner Kirche, meiner Stadt und von sich selbst.

Will eine Kommune oder ein Land in Design und Spirit gastfreundlich und weltoffen sein, will sie die verschiedenen Impulse aus der Einen Welt wie einigen Teile der Globalisierung mit nutzen, dann kann sie dies und wird für sich sinnvolle und gangbare Wege finden.

Sie kann sich auch dafür entscheiden, eher geschlossen oder abgewandt zu agieren und mehr Befürchtungen und gar vordergründigen Instinkten Platz zu geben.

Ich bin davon überzeugt, dass dort wo die Kommunen und ihre politischen wie ideellen Häupter und Verwaltungen gastfreundliche

Werte, internationale Kontakte, globales Lernen und den Blick über den eigenen Teller- und Kassenrand hinaus verlieren, dass daran eine Stadt als Gemeinwesen nicht nur Schaden nimmt sondern leicht erlischt.

Kommunale Verantwortung (wie die der Bundesländer) und entwicklungspolitische Unterstützung sind keine Übungen mit Ressourcen in Zeiten, in denen man etwas übrig hat, sondern sie basieren auf Substanz und Haltung. Substanz kann sich am besten in schweren Zeiten beweisen. Wie Freundschaften und Partnerschaften auch. Und Partnerschaften gestalten zu können, auf eine gute Dauer hin gestalten zu können, ist eine schöne Aufgabe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Fragen

Gisela Wiegel:

Erste Anmerkung: Ich finde es sehr erfreulich, was Sie dargestellt haben. Meine Erfahrung vor Ort ist, dass sich die Kirchengemeinden in den letzten Jahren immer mehr aus dem Eine-Welt-Bereich heraus ziehen. Dass sie sich beschränkt auf Aktionen zu Weihnachten von Misereor und für Brot für die Welt, weil sie personell so ausgedünnt sind und das Problemgerüst nicht mehr da ist. Das würde ich für die Arbeitsgruppen auch ganz wichtig halten, wie erreicht man diesen wichtigen Bündnispartner? Auch die nachwachsende Generation der Pastoren für dieses Thema zu sensibilisieren. Zumindest im Westen, denke ich, ist das nötig.

Und die zweite Anmerkung zum ganz tollen Vortrag von Udo Schlüter wollte ich hier würdigen: wir haben im Moment in Bremerhaven eine Botschaft: eine menschliche Gesellschaft wird uns nicht geschenkt und ich denke die vielen Akteure, die Sie genannt haben und die vielen Arbeitsfelder finde ich auch alle bei uns und es gibt eine überschaubare Anzahl von Akteuren, die diese Arbeitsfelder bearbeiten. Es ist wichtig, das

zu verbinden und zu sagen, wir brauchen eine Ausweitung des Promotoren-Projektes von NRW auch in anderen Bundesländern. Das halte ich auch für eine Botschaft, die in den Arbeitsgruppen diskutiert werden sollte.

Dr. Klaus Wazlawik:

Ich möchte betonen, dass es auch an der fehlenden Informationen liegt, das die Kirchengemeinden zu wenig in das ganze Feld eingreifen. Ich habe in Treptow/Köpenick eine Ökumene mit aufgebaut, d.h. in einem Stadtbezirk gibt es 30 Gemeinden, evangelisch, katholisch, freikirchlich. Wir haben vor einem Jahr eine Erfassung aller Aktivitäten durchgeführt und von diesen 30 Gemeinden haben etwa 14 Gemeinden Partnerschaften mit Gemeinden irgendwo in der Welt oder sie haben eigene Hilfeläden oder andere Dinge. D.h. das Potenzial in einem Stadtbezirk ist eigentlich enorm – es ist aber überhaupt nicht bekannt. Das wäre eine der ganz wichtigen Aufgaben im Rahmen von Agenda-Prozessen diese ganzen Dinge zu erfassen und in den Prozess der Eine-Welt-Arbeit einzubringen.

Herbert Rehms:

Es ist sehr ernüchternd was Sie zur Situation im Osten gesagt haben, Herr Döring. Aber es zu beschönigen bringt nichts und wir brauchen auch hier noch ein anderes Verständnis und Herangehen insgesamt. Wer nichts hat kann auch wenig abgeben. Dieses Verständnis erzeugt Aggressionen, wenn man das nicht steuert. Ich möchte nicht nur klagen, sondern es fordert auch heraus, hier aktiv zu werden.

Sie haben es richtig gesagt: wo bleiben die Länder? Unsere Aufgaben als Kommune und als Kirchenvertreter ist es, jetzt die Landesebenen zu mobilisieren. Da steckt noch immer ein Handlungspotenzial drin. Wenn wir dieses nicht verknüpfen, dann bleibt alles was in diesem Aktionsplan beschlossen worden ist, wirkungslos. Wir brauchen diese Verzahnung auf die kommunale Ebene, auch jetzt zum Start der Bildungsdekade.

Herr Döring:

Ihre Frage, wie wir das aktivieren können: wir sind gerade dabei, wir haben alle Kir-

chengemeinden mit gutem Material angeschrieben, um diesen 2%-Appell zu aktivieren. Dadurch gibt es eine gute Diskussion. Wir merken, wie Sie in den Städten auch, dass diese internationalistische oder entwicklungspolitische Zeit vorbei ist. Die Menschen sind nicht mehr so sozialisiert wie 90 % derer, die in diesem Raum sind: Mit Revolutionen, mit Welthungerproblematik oder auch mit positiven Messages aus der Entwicklungszusammenarbeit. Da muss man sich den Gegebenheiten neu anpassen.

Michael Knapp

„Zusammenarbeit mit Kommunen in der Einen Welt am Beispiel der Stadt Schelklingen“

Bürgermeister der Stadt Schelklingen

Der Anteil der in Städten lebenden Weltbevölkerung wird nach Schätzungen der Vereinten Nationen von derzeit drei Milliarden auf 5,1 Milliarden im Jahr 2035 ansteigen, was gleichbedeutend mit 60 % der gesamten Weltbevölkerung sein wird. Mehr als die Hälfte davon wird in Städten Asiens leben. Das weltweite Phänomen der Verstädterung führt oftmals zu grundlegenden Veränderungen der sozioökonomischen, kulturellen und ökologischen Rahmenbedingungen der betroffenen Gesellschaften. Von diesen Veränderungen sind vor allem asiatische Städte betroffen, die in den nächsten 30 Jahren mit einem Zuwachs von etwa 1,4 Milliarden Menschen rechnen müssen. Dies ist gleichbedeutend mit einem durchschnittlichen Gesamtzuwachs der städtischen Bevölkerung von 137.000 Einwohnern pro Tag. Unter den zahlreichen Herausforderungen, die sich aus dieser Entwicklung für die betroffenen Stadtverwaltungen ergeben, sind vor allem ausreichend Wohnraum und Beschäftigung, angemessene Abfallbeseitigung sowie Ernährungssicherung zu nennen.

Die Versorgung der Stadtbevölkerung in Entwicklungsländern mit Nahrungsmitteln kann nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden. Zuverlässigen Schätzungen zufolge gibt z.B. eine philippinische Durchschnittsfamilie etwa 40 % ihres Einkommens für Lebensmittel aus – in Deutschland und anderen entwickelten Ländern sind es nur etwa 15 %. Familien, die unter der Armutsgrenze leben (auf den Philippinen sind das zur Zeit etwa 40 % der Gesamtbevölkerung), geben bis zu 60 % ihres verfügbaren Einkommens für Nahrung aus.

Die Europäische Union ist deshalb sehr daran interessiert, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden in Europa und Asien

angesichts der vorgenannten Problematik unterstützt und anhand praktischer Zusammenarbeit Wege aufgezeigt werden, wie spezifische Probleme in der jeweils gegebenen Situation gelöst werden können. Zu diesem Zweck ist vor Jahren von der EU das Programm „Asia Urbs“ initiiert worden, das am Beispiel der Stadt Schelklingen zu 60 %



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

aus Mitteln der Europäischen Union, zu 32 % von den Projektpartnern und durch Eigenleistungen unserer Stadt getragen wird.

Nach ausführlichen Vorgesprächen in Schelklingen mit dem Geographischen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dem Xavier University College of Agriculture in Cagayan de Oro hat der Gemeinderat der Stadt Schelklingen Ende des Jahres 2001 den einstimmigen Beschluss gefasst, für die Dauer von zwei Jahren (beginnend im März 2002) sich an dem Asia Urbs-Projekt insofern zu beteiligen, als der Stadt Cagayan de Oro (Mindanao) ermöglicht werden soll, durch die Schaffung von Kleingartenanlagen – ähnlich wie in Deutschlands Großstädten im vorletzten Jahrhundert die ersten sogenannten „Armengärten“ – die Ernährungssituation armer Familien durch Anbau von Gemüse und Obst zu verbessern.

Als zweites wichtiges Ziel sollte durch die Schaffung von Kleingartenanlagen am Beispiel von drei Stadtteilen von Cagayan de Oro – mit jeweils zwischen 12.000 und 20.000 EinwohnerInnen – aufgezeigt werden, dass dadurch auch das alarmierende

Anwachsen des Müllaufkommens besser in den Griff zu bekommen ist. Vor allem bei den Wertstoffsammlern auf den Mülldeponien sowie bei den städtischen Kleinbauern war ein Bewusstsein zu schaffen, dass durch effiziente Müllvermeidung, Müllabfuhr und Rückführung hoher Anteile organischem Materials in die Kleingärten eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität der dortigen Bevölkerung erreicht werden kann. Da die dortigen Modellprojekte allesamt in relativ kleinen Stadtvierteln durchgeführt werden sollten, hat sich die Zusammenarbeit mit unserer Kleinstadt – 7.200 EinwohnerInnen – angeboten.

Diese beiden hochgesetzten Projektziele – Schaffung von Kleingartenanlagen und Verminderung des Müllaufkommens – konnten aber nur erreicht werden, wenn sichergestellt war, dass durch ein Geographisches Informationssystem (GIS) die Planungen der Stadt Cagayan de Oro wirksam unterstützt werden können.

Nachdem die Europäische Kommission die Notwendigkeit dieser kommunalen Zusammenarbeit gesehen hatte, konnten wir im März 2002 mit unserer Arbeit gemeinsam beginnen. Wenn ich das Wort „gemeinsam“ besonders betone, dann meine ich damit die Zusammenarbeit der belgischen Stadt Dinant mit den Facultes Universitaires Notre Dame de la Paix (FUNDP) in Namur (Belgien) – zuständig für die Einführung eines Geographischen Informationssystems –, der Stadt Cagayan de Oro mit dem Xavier University College of Agriculture (XUCA) – zuständig für die Umsetzung des Geographischen Informationssystems, der Kleingärten und des Müllrecyclings- und die Stadt Schelklingen mit dem Geographischen Institut der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg/Breisgau – zuständig für die Administration des Projekts und Umsetzung kommunaler Erfahrungen in den Bereichen kommunaler Abfallwirtschaft und Kleingartenanlagen.

Was haben wir nach Abschluss des Projekts im Februar 2004 erreicht? Bereits vier Kleingartenanlagen.

In den drei Pilot-Stadtvierteln Bogo, Lapa-san und Gusa sind Kleingartenanlagen errichtet worden. Die gärtnernden Familien stammen aus armen Verhältnissen und sind Bürger der Pilot Stadtviertel. Die ersten Ernten wurden bereits eingefahren. Die neuen Kleingärtner schätzen besonders das gesunde Gemüse für den heimischen Esstisch und das zusätzliche Einkommen durch den Verkauf von überschüssigen Produkten. Wenige hundert Meter von der städtischen Mülldeponie wurde sogar ein vierter Kleingarten im Stadtteil Carmen angelegt, denn die große Motivation und die ausdrückliche Bereitschaft der hauptberuflichen Wertstoffsammler, den Garten als alternative Nahrungs- und Einkommensquelle zu nutzen, stand bei dieser „außerplanmäßigen“ Gartenanlage im Vordergrund. Die gartenbaulichen Trainingsmaßnahmen durch die philippinischen Partner (hauptsächlich XUCA) haben dies maßgeblich erfolgreich unterstützt.

Mülltrennungssystem etabliert, Kompostierung erfolgreich.

Der von den Haushalten in den Pilot-Stadtvierteln getrennte Müll wird von den Mitgliedern der Wertstoffsammler-Kooperative eingesammelt. Ähnlich wie in Deutschland trennen dort nun Haushalte ihren Müll in drei Komponenten: Wertstoffe, Bio- und Restmüll. Mangels Alternative hängen die Haushaltungen ihren getrennten Abfall in Plastiktüten verpackt zweimal pro Woche zu festen Zeiten vor die Häuser.

Ein Unterschied zu europäischen Verhältnissen sind die anfallenden Müllmengen: Etwa die Hälfte des Gewichts sind Biomüll. Dieser wird direkt zur Kompostierung zum benachbarten Kleingarten gebracht, wo er später als Dünger eingesetzt wird. Die Wertstoffe werden in einem eigens dafür eingerichteten Schuppen („Materials Recovery Facility“) zwischengelagert und später von den Wertstoffsammlern vermarktet. Dies erhöht ihre Lebensqualität beträchtlich: Mussten die Wertstoffe vorher von ihnen noch unter menschenunwürdigen Bedingungen auf der

Mülldeponie gesammelt werden, sind sie jetzt angesehene, mit Dienstaussweis ausgestattete Mitarbeiter des Stadtviertels. Mittlerweile sind nicht nur die Bürger und die lokalen Behörden, sondern sogar das Fernsehen an der neuen Rolle der Wertstoffsammler der Mülldeponie interessiert. Die Menge des zur Deponie gebrachten Mülls hat sich in den Pilot-Stadtvierteln um mehr als die Hälfte verringert.

Ergebnis:

Kleingärten vergleichbar den deutschen Schrebergärten waren bislang auf den Philippinen unbekannt. Das Gleiche gilt für das Prinzip der Mülltrennung. Es bedurfte daher einer Änderung der gewohnten Verhaltensweisen, welche naturgemäß sehr schwierig zu erreichen ist – umso beeindruckender erscheinen die Erfolge im Projekt nach der vergleichsweise kurzen Zeit. All dies war nur aufgrund des unermüdlichen Einsatzes vor allem der philippinischen Projektpartner möglich. Noch wichtiger war aber deren Überzeugung, das Richtige zu tun. Weitere Gründe für den Erfolg liegen in der massiven Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, gutem Teamwork und der Miteinbeziehung aller Beteiligten (private Haushalte, Wertstoffsammler, Gärtner, Behörden und Stadtteilverwaltungen und Universitäten). Der belgische Beitrag ist nicht zu unterschätzen: Die Sicht und die Erwartungen der Bürger wurden mit Hilfe geographischer Computerprogramme in Karten übertragen, die nun von der Stadt Cagayan de Oro zu weiteren Planungszwecken verwendet werden können.

Das Projekt ist nachhaltig und zukunftsfähig und das ist vor allem wichtig:

Das Projekt könnte darüber hinaus auch als Modell für ähnliche Maßnahmen in anderen Weltregionen dienen. Nachahmer gibt es bereits: So ist z.B. ein Gartenprojekt für ehemalige Rebellen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) geplant. Diese haben sich aus dem Süden der Insel nach Cagayan de Oro zurückgezogen und ihre Waffen abgegeben, sind aber extrem von Armut betroffen. Der Gartenbau kann zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen. Hinsichtlich der andauernden Diskussion über die Aus-



wirkungen des Islamismus erscheint dies von ganz besonderer Bedeutung.

Durch bestehende Kontakte zum Südostasien-Netzwerk für peri-urbane Entwicklung wurden Besuche der philippinischen Partner in Indonesien und Partnern aus Indonesien und Thailand auf den Philippinen ermöglicht und ähnliche Projekte sind dort angedacht.

Vertreter der Europäischen Kommission haben die geschilderten Ergebnisse bereits begutachtet und haben im Januar dieses Jahres sich hocheifrig gezeigt, dass dieses befristete Projekt im internationalen Vergleich absolut herausragende Ergebnisse gebracht hat.

Dieses Entwicklungshilfeprojekt hat das Verständnis für die Lebenssituation vieler Bürger in Cagayan de Oro bei den beteiligten Projektpartnern, insbesondere bei den Kommunen, stark verbessert. Hierbei spielten vor allem die Projektbesuche vor Ort eine große Rolle. Nach der anfänglich eher kritischen Berichterstattung in der lokalen Schelklinger Presse hat sich nach den Erfolgsmeldungen im Laufe der letzten beiden Jahre die Haltung grundlegend geändert. Heute wird objektiv und freundschaftlich über das Projekt berichtet und kommentiert.

Wie wird es weitergehen? Und damit komme ich zum Abschluss meiner Ausführungen:

Ein Projekt ist nur dann wirklich gut und sinnvoll, wenn die begonnenen Aktivitäten auch nach dem Projektende ohne Unterstützung aus dem Ausland weitergeführt werden können. Diese Nachhaltigkeit muss sichergestellt sein, auch nachdem die Euro-

päische Kommission ihre finanzielle Unterstützung einstellt. Besonders ermutigend ist hierbei die Tatsache, dass die verantwortlichen Entscheidungsträger der Stadt Cagayan de Oro und der Stadtviertel mittlerweile die Auffassung vertreten, dass die Ansätze des Projekts die einzig sinnvolle Lösungsstrategie sind. Bereits jetzt existieren seitens der Stadt konkrete Pläne für die Ausweitung der Projektansätze auf weitere Stadtviertel Cagayan de Oros. Mehrere Besitzer unbebauter Freiflächen in der Stadt erklärten bereits, ihr Land für Kleingartenanlagen zur Verfügung stellen zu wollen – oft sogar umsonst!

Lassen Sie mich an dieser Stelle aus einem Brief eines Bürgers aus Cagayan zitieren, den ich Mitte August 2004 erhalten habe und der vieles aussagt:

„Sehr geehrter Herr Knapp,

Mein Name ist Jimboy Eugenio, ich komme aus Cagayan de Oro auf den Philippinen. Ich profitiere als Familienmitglied vom Asia Urbs Projekt, das vom Projektmanager, Herrn Dr. Holmer, geleitet wird.

Das Projekt hat unseren Alltag verändert. Wir profitieren von den Früchten unserer Arbeit. Wenn wir vorher aufgrund unserer Armut im Elend lebten, so können wir Ihnen, Herr Bürgermeister, jetzt mit Stolz berichten, dass wir vergnüglich leben, weil wir es uns nun leisten können, Dinge wie Nahrung und Kleidung zu kaufen, die Grundbedürfnisse des Alltags sind.

Wir sind auch dankbar für die große Mühe von Herrn Dr. Holmer, die er bei der Verwirklichung dieses Projektes eingebracht hat. Er hat oft den Kleingarten in Lapasan besucht. Herr Bürgermeister, er hat es verdient, Projektleiter dieses Projekts zu sein. Obwohl ich einmal Zweifel am Projekt hatte, da es Unregelmäßigkeiten in der Führungsebene gab. Später fand ich heraus, dass wir diesbezüglich im Irrtum waren und es tat mir leid. Dr. Holmer war ein so netter Leiter. Bei seinen Besuchen des Projektes vor Ort gab er sich bescheiden und sprach mit den Familienmitgliedern, als ob er uns schon vorher kannte. Er mischte sich unter uns

und sprach mit uns wie mit gewöhnlichen Menschen.

Herr Bürgermeister Knapp, wir danken Ihnen so sehr und wünschen Ihnen ein langes Leben! Im Namen aller, die von dem Projekt profitieren, ein Danke an Sie, Herr Bürgermeister Knapp!

Jimboy S. Eugenio

Es war schön, dass Sie mir so lange aufmerksam zugehört haben.



Fragen

Klaus Wazlawik:

Ich habe vom 12.-14. November an einem Seminar des Bundesverbandes der Kleingärtner in Deutschland teilgenommen, und dort einen Vortrag zu Agenda und Kleingärten gehalten. Ich habe festgestellt, dass in den Kleingartenvereinen in Deutschland unwahrscheinlich viel Integrationsarbeit geleistet wird und würde gerne Ihre Initiative mit dem Bundesverband der Kleingärtner in Deutschland in Verbindung bringen.

Frau Dahlberg:

Ich möchte mich erst mal ganz herzlich bei Ihnen bedanken für diesen sehr lebendigen, anschaulichen und uns Mut machenden Bericht. Es hat Spaß gemacht, Ihnen zuzuhören. Dass das Projekt, das Sie beschrieben haben für die Partnerstadt, für die Menschen dort ganz viel gebracht hat, das ist ganz selbstverständlich nach dem was Sie erzählt haben. Was hat das Projekt denn für Ihre Stadt gebracht? Für die Menschen in Schelklingen?

Herr Knapp:

Das ist eine ganz heiße Frage, die Sie gestellt haben. Ich versuche es knapp zu beantworten. Wir haben das Projekt unterzeichnet und zu einer Pressekonferenz eingeladen. Zur Pressekonferenz erschien niemand. Zwei Tage später lese ich in der Zeitung: „Bürgermeister von Schelklingen ahmt Joschka Fischer nach. Wir sind in der Zwi-

schenzeit so weit, dass auch ein Bürgermeister einer Kleinstadt meint, er müsse die Dritte Welt bereisen. Was soll solch ein Projekt für eine Kleinstadt? Wenn die Philippinos hierher kommen und sehen, wie wir mit unserem Müll umgehen, dann frage ich mich, was solch ein Projekt überhaupt soll. Hat der Bürgermeister von Schelklingen keine anderen Aufgaben?“ Ich muss Ihnen nicht sagen, wie mich das berührt hat, was für heftige Diskussionen es gab mit meinem 18-jährigen Sohn und mit meiner Frau zu Hause: „Was hast du da gemacht?“ – Das war ein Problem. Der Gemeinderat stand dahinter, aber der Gemeinderat hat natürlich auch gesagt: nun warten wir erst mal ab, was der Bürgermeister da zustande bringt. Also: wohlwollend aber kritisch.

Das Eis hat sich erst gelöst nach meinem Philippinenbesuch im Juni 2002. Dort habe ich eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ich habe Mails geschickt von Cagayan an die örtliche Presse, mit Bildern von den Kindern auf der Müllkippe. Keine gestellten Bilder. Wir haben von den Slums Aufnahmen gezeigt, wie Wertstoffe verwertet werden. Plötzlich war eine 180 Grad Wendung in Schelklingen, es wurde freundschaftlich berichtet. Die Philippinos kamen zu uns und haben einen Lichtbildervortrag gehalten. Danach hat die Bevölkerung gesagt: na ja, das ist eine ganz gute Geschichte, das ist nachahmenswert. Aber ich muss es ganz offen sagen, eine 100 %tige Unterstützung hatten wir zu keinem Zeitpunkt. Wohlwollend, es läuft gut, es ist prima. Dann aber – und da bin ich eigentlich ganz dankbar, dass wir in diesem Wettbewerb ausgezeichnet worden sind im Mai von InWEnt –, als diese Auszeichnung kam veränderte es sich: Ich habe nichts gesagt vorher. Zwei Stunden vor der Preisverleihung in Berlin bekomme ich einen Anruf von der örtlichen Presse: Wir haben gehört, Sie sind in Berlin – das Projekt soll ausgezeichnet werden. Da habe ich gesagt, jetzt warten Sie erst einmal ab, ich sage gar nichts. Als ich dann zurückkam, war die Presse da, dann wurde berichtet. Ab da sagte die Bevölkerung: Prima, klasse!

Meine Damen und Herren, wir sind in der Situation, das Projekt ist abgeschlossen, die technische Überprüfung durch die EU ist erfolgt, sie haben uns auch gratuliert. Jetzt kommt noch die Abrechnung, das wird auch noch mal überprüft von Seiten der EU. Nun kommt die Bevölkerung und fragt: Wann machen wir das nächste Projekt? Da habe ich gesagt: Also, wissen Sie, sind wir mal vorsichtig, wenn Sie formulieren WIR – es war im Wesentlichen die Stadtverwaltung. Ich habe noch andere Aufgaben als Pflichtaufgabe zu erledigen, und ich denke, in ein paar Jahren können wir uns noch mal über andere Sachen unterhalten. Aber vorerst war es gut für unsere Kleinstadt.

Ullrich Sierau

„Hauptstadt des fairen Handels – Agenda-Arbeit in Dortmund“

Stadtrat Stadt Dortmund

Guten Tag meine Damen und Herren, ich komme aus Dortmund, aber eigentlich bin



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

ich aus Sachsen-Anhalt. Ich bin in Halle an der Saale geboren, insofern komme ich immer gerne hier nach Magdeburg zurück.

Ich bin gebeten worden aus Dortmund unter dem Gesichtspunkt des fairen Handels zu erzählen. Dass ich gebeten wurde hängt damit zusammen, dass das Agenda-Büro bei der Stadtverwaltung meinem Dezernat zugeordnet ist. Aber eigentlich – das darf ich so sagen – haben Sie den falschen eingeladen: Denn wenn es um die Frage geht, wie es dazu kommen konnte, dass Dortmund die Hauptstadt des fairen Handels 2003 geworden ist durch eine Auszeichnung, dann ist das der Verdienst von vielen, vielen Menschen aus Dortmund, die ehrenamtlich über Jahrzehnte ganz konkrete Arbeit geleistet haben. Nämlich in kirchlichen Initiativen, in Gemeinden, in Eine-Welt-Gruppen, in unterschiedlichen Initiativen, die es geschafft haben, aus sich heraus mit unglaublicher Zähigkeit und mit unglaublicher Geduld immer wieder unterschiedlichste Initiativen auf den Weg zu bringen, und vor allen Dingen auch dann etabliertere Strukturen für das Thema des fairen Handels zu gewinnen, zu interessieren und zum Mitmachen zu veranlassen. Das war eigentlich die Grundlage für die Bewerbung um die Hauptstadt des Fairen

Handels. Dies ging im Wesentlichen zurück auf Aktivitäten aus dem Jahre 2002, und die Bewerbung ist von der Stadt unterstützend mit auf den Weg gebracht worden. Es hat vielfältige andere Formen von Unterstützung gegeben. Im Prinzip ist der Preis von der Stadtgesellschaft, von den Akteuren der Zivilgesellschaft in Dortmund erarbeitet und geschaffen worden. Dies ist natürlich auch eine Verpflichtung, dieses Thema weiter zu verfolgen, vor allen Dingen die Basis zum Thema zu erweitern. Von all dem möchte ich Ihnen heute etwas berichten.

Dortmund ist eine Stadt im Strukturwandel, sie hat so um 580.000 EinwohnerInnen. Wir befinden uns immer ein bisschen im Kopf-an-Kopf-Rennen, ob wir nun die sechstgrößte Stadt in der Bundesrepublik sind, neben Essen und Stuttgart. Aber das ist so ganz entscheidend nicht. Entscheidend ist eigentlich, dass wir im Augenblick eine Stadt sind, die wegkommt von der Montanstruktur mit Kohle, Stahl und Bier, hin zu einer Stadt mit neuer Ökonomie, mit vielen neuen Arbeitsplätzen im Bereich der Informationstechnologie, im Bereich der Mikrosystemtechnik und im Bereich der Logistik. Wir haben gerade in der letzten Ratsperiode einen neuen Flächennutzungsplan aufgestellt und dabei deutlich gemacht, dass wir das, was an wirtschaftlichem Strukturwandel passiert auch in anderer Weise nachvollziehen wollen durch eine ganze Reihe von Veränderungen im Hinblick auf die Frage, wie wir unsere Stadt gestalten und wie wir auch beispielsweise Landschaft wieder zurück gewinnen, die Emscher umbauen und dort einen großen Landschaftspark errichten.

Wir haben einen Beschluss des Rates eine Lokale Agenda aufzustellen. Dieser Beschluss stammt aus dem Jahre 1998. Seit 1999 haben wir ein Agenda-Büro. Wir haben ganz verschiedene Formen der Auseinandersetzung mit dem Agenda-Thema. Wir haben in Dortmund einen ganz lebhaften Agenda-Prozess. Die Ziele dieses Agenda-Prozesses sind natürlich die Sicherung der ökologischen Ausgewogenheit, die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und die Förderung einer breiten Beteiligung

aller Akteure. Das berühmte Nachhaltigkeitsviereck, was sich darin niederschlägt. Wir sind bemüht, diejenigen die sich dieser Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen in den unterschiedlichen Themenzusammenhängen, in den unterschiedlichen Projekten und Initiativen zu unterstützen. Wir sind aber auch bemüht, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren herzustellen, damit man sich nicht immer so allein vorkommt und schon sieht, dass es auch andere Menschen gibt, die in ähnlicher Weise, wenn auch an anderen Projekten und anderen Zusammenhängen an Nachhaltigkeit arbeiten. Wir haben dazu das Agenda-Büro mit zwei Planstellen. Das wird bis auf weiteres auch so bleiben. Dort haben wir hier zwei Menschen, Helga Jensch und Christoph Löchle, die sehr, sehr engagiert diese gerade Arbeit leisten und die Arbeit anderer Akteure unterstützen. Seit einiger Zeit ist dieses Büro meinem Dezernat zugeordnet. Das hat nichts damit zu tun, dass es eine Art Wanderpokal wäre, sondern weil der Oberbürgermeister zu dem Entschluss gekommen ist wahrzunehmen, dass ich mich um dieses Thema immer schon gekümmert habe.

Natürlich ist das, was da in dem Prozess bewegt werden kann keine Sache, die Verwaltung alleine kann, sondern das geht nur mit anderen zusammen. Das ist nicht nur bei diesem Thema so. Ich bin manchmal erstaunt, was so in den Hauptstädten dieser Welt, insbesondere in der ein bisschen weiter östlich von hier, immer wieder erzählt wird, was man alles aus Politik und Verwaltung heraus alleine bewegen könne. Ich würde mich wohler fühlen, wenn wir stärker deutlich machen, was Politik und Verwaltung machen kann, aber vor allem Zivilgesellschaft, Verbände, Unternehmen, Wirtschaft gemeinsam zu bestimmten Themen über strategische Allianzen hinbekommen könnten. Es ist jedenfalls bei uns so, dass wir versuchen, möglichst viele Menschen und Akteure für die einzelnen Fragestellungen so zu verpflichten, dass am Ende auch etwas dabei herauskommt.

Es gibt eine Reihe von Arbeitskreisen. In der letzten Zeit bearbeitet worden sind: „erneu-

erbare Energien“ und „nachhaltiges Wirtschaften“. Es hat zum Flächennutzungsplanprozess eine Begleitung gegeben aus der Öffentlichkeit, war sehr gut für den Prozess war, weil dadurch eine ganze Reihe von Themen besonders fokussiert worden sind. Aber nicht nur in diesen Arbeitskreisen und in diesem Konsultationskreis gibt es Menschen, die sich dem Agenda-Prinzip und -zusammenhang verpflichtet fühlen, sondern wir haben auch eine ganze Reihe weiterer Akteure, also bspw. den Agenda-Verein oder die Verbraucherzentrale, den BUND, und viele andere Menschen, die zum Teil auch nur für eine gewisse Zeit sich mit einbringen und dann auch an bestimmten Projekten ihre Fähigkeiten und ihre Zeit und andere Ressourcen mit einbringen.

Es gibt bei den Projekten und Aktivitäten, eine große Themenvielfalt. Wir haben in unterschiedlichsten Zusammenhängen immer wieder neue Impulse für den Prozess, was sehr gut ist, weil so deutlich wird, dass dieses Thema aus sehr unterschiedlicher Sicht angegangen werden kann; wobei wir schon aufpassen, dass nicht alles unter Agenda, oder Nachhaltigkeitsgesichtspunkten betrachtet wird. Das wird schnell zu einer Mode und jedes Thema wird dann mit Globalisierung und mit Agenda, oder dann wahlweise mit Hartz IV gekreuzt, und dann ist es immer was Gutes. Sondern es ist aus unserer Sicht wichtig, dass ein vernünftiges inhaltliches Profil gegeben ist und das es auch eine vernünftige Qualität und eine gewisse Langfristigkeit in diesen Projekten gibt, die entstanden sind.

Vor diesem ganzen Hintergrund das Thema des fairen Handels in Dortmund: Wir haben ein sehr umfassendes Netzwerk zum Thema Fairer Handel. Das sind wirklich die Weltläden, die Arbeitsgruppen, es sind ganz, ganz viele andere, die zum Teil finanziert werden aus Mitteln des Landes, wie die Eine-Welt-Promotorin, wofür wir sehr dankbar sind. Die haben es hinbekommen eine relative starke Gruppe innerhalb der Stadt zu bilden und dann ihre Arbeit abzustimmen, zu koordinieren.

Der 8. Mai oder aber die „Faire Woche“ sind Anlässe, entweder aus der Kommune her-

aus, aus den Aktivitäten heraus entstanden, Daten darunter, die auch national oder international gesetzt waren, um die Öffentlichkeit zu suchen. Vor allen Dingen ist es gelungen, Akteure mit für diesen Prozess zu gewinnen, die nicht unbedingt von Anfang an vermutet oder erwartet werden, dass sie sich darauf einlassen und beteiligen, wie bspw. REWE oder Karstadt.

Letzten Samstag war bei Karstadt in Dortmund die Eröffnung der Fair-Handelswoche. Karstadt ist ein Unternehmen, das sich über zehn Jahre im Bereich des fairen Handels engagiert und dann konzernweit jährlich eine Faire Woche durchführt. Ich muss sagen, was da geleistet wird, ist in der Tat ein beachtlicher Beitrag zum Thema.

Dass es zum Titelgewinn für Dortmund in 2003 gekommen ist, ist natürlich auf alle Aktivitäten zurück zu führen. Wir haben ein Preisgeld bekommen, das war sehr schön. Mit den Akteuren wurde beschlossen, was damit passiert: Eine Werbekampagne soll noch mehr Öffentlichkeit, mehr Quantität aber auch mehr Klarheit für das Thema bringen.

Dieser Preis ist Verpflichtung noch mehr zu schauen, wie man über den Kreis der Akteure hinaus noch stärker zusammenbinden und vor allem neue Tätigkeitsmerkmale, neue Aspekte hinzufügen kann. Das hat auch dazu geführt, dass wir ganz neue strategische Allianzen bekamen, die Dritte-Welt-Gruppen haben z.B. gesagt, der BVB soll mit fair gehandelten Fußbällen spielen oder zumindest verpflichtet werden bei Heimspielen auch mal das Thema Fairer Handel zuzulassen. So gibt es Beiträge in der Stadionzeitschrift, Elfmeter- oder Torwand-Schießen, oder es werden z.B. auch fairgehandelte Produkte im Stadion verteilt. Das sind neue Elemente von Zusammenarbeit, die es vorher in dieser Form nicht gegeben hat und wo es jetzt gelungen ist, dem ganzen mehr Schub zu geben.

Wir haben dann im letzten Jahr bei der Preisverleihung gleich gesagt, wir möchten gerne unseren Agenda-Kongress, den es immer in Dortmund gibt, in 2004 unter dem Thema des Fairen Handels zu stellen. Der

Kongress hat in Dortmund unter Beteiligung auch von der Frau Ministerin Wieczorek-Zeul stattgefunden und ich glaube, es war ein großer Erfolg – auch in der Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Ich will Ihnen ein bisschen von den unterschiedlichen Aktivitäten erzählen, weil ich Ihren Vortrag, Herr Knapp, eben wunderbar fand – er hat mir noch mal ganz klar gemacht, was noch alles gehen kann. Ich habe selbst vor kurzem noch gesagt, wir müssen schauen, dass wir viel mehr Aktivitäten versuchen zu entwickeln, gerade auch unter dem Gesichtspunkt des Fairen Handels auch solche Partnerschaften einzugehen, ohne dass sie gleich etwas institutionelles werden. Das kann unter Umständen schwierig werden.

Was wir in Dortmund machen: wir arbeiten daran, fair gehandelten Kaffee zu fördern als Nahrungsmittel. Das geht von der Beteiligung an Initiativen „Der Pott kocht fair“ soweit, dass wir am Goethe-Gymnasium, eine starke Initiative von SchülerInnen haben, die es immer schafften, dass sich nachwachsende Klassen das Thema angeeignet haben und weiter diesen Kaffee vertreiben. Ein Ergebnis des Preises war, dass der Rektor vom Gymnasium mit dem Geschäftsführer von Karstadt Dortmund an einem Tisch saß. Dann hat das Goethe-Gymnasium bei Karstadt den fairen Kaffee abgeliefert und gedacht, jetzt haben wir ein bisschen Ruhe. Nach zwei Tagen hat Karstadt wieder beim Goethe-Gymnasium angerufen und gesagt: wir brauchen mehr, der Kaffee, den ihr uns Vorgestern geliefert habt, der ist verkauft. Auf die Art und Weise ist eine große Dynamik in den Absatz von fair gehandeltem Kaffee gekommen. Die neue Allianz zwischen dem Gymnasium und Karstadt hat dazu geführt, dass wir eine viel breitere Vermarktung von fair gehandeltem Kaffee haben.

Oder bei Fußbällen ist es immer um die Frage gegangen: wie kriegen wir das hin, dass bei der Fußballweltmeisterschaft 2006, die auch in Dortmund stattfinden wird (das Halbfinale – das ist das Spiel, wo Deutschland gegen Brasilien gewinnen wird) mit fair

gehandelten Bällen gespielt wird. Hier ist das Problem Franz Beckenbauer. Dieser hat schon seit langem die Verträge – wie bei Borussia Dortmund – abgeschlossen. Jetzt suchen wir Balljungen, die wir überreden wollen, dass sie die fair gehandelten Bälle ins Spielfeld werfen, wenn der Ball mal ins Aus gegangen ist. Aber wir haben folgendes geschafft: erstens haben wir in diesem Jahr schon Fußballturniere durchgeführt zwischen Schulen mit fair gehandelten Bällen, und außerdem wird es jetzt so sein, dass ab dem nächsten Frühjahr fair hergestellte Fußbälle im Angebot sind. Das ist durch die Aktivitäten von Freund Overath vom TransFair e.V. zustande gekommen. Der hat es geschafft, mit Karstadt diese Bälle anzubieten. Wir wollen auf die Art und Weise versuchen, dass in einer Stadt wie Dortmund, die durchaus noch eine gewisse Fußballbegeisterung hat, das mit möglichst vielen fair gehandelten Bällen tatsächlich auch gespielt wird und nicht nur damit gespielt wird, sondern auch mal klar gemacht wird, was das eigentlich heißt. Dass man deutlich macht, wo kommen die Bälle her – aus Pakistan; was heißt das, Kinderarbeit? Was heißt das wenn sie fair gehandelt werden? – dass keine Kinderarbeit dabei ist, dass die Kinder in die Schule gehen, das Lebenszusammenhängen deutlich werden und klar wird, wieso wir das eigentlich machen.

Ein weiteres Beispiel: Blumen. Wir haben im Augenblick fünf Läden in Dortmund, die fair gehandelte Blumen bieten. Es gibt Tage im Jahr – z.B. kurz vor Muttertag, da ist es besonders gut, wenn man darauf hinweist. Man muss es auch mal kurz vor Vatertag machen, aber das wird wahrscheinlich den Absatz nicht so erhöhen. Wir haben hier natürlich auch die Frage, wo kommen die Blumen her? Auch hier die Frage, wie kriegt man das hin, das wirklich fair gehandelte Blumen auch wirklich hier auf den Markt kommen?

Das gleiche geht für andere Produkte – Spielwaren, auch hier der Hinweis, was da insbesondere in Asien für Arbeitsbedingungen, an Produktionsbedingungen bestehen, das dort auch Kinder diese Spielwaren her-

stellen, die dann eben an anderer Stelle von anderen Kindern benutzt werden.

Oder Themenfeld Baumwolle. Hier geht es sehr stark in die ökologische Komponente rein, wie Baumwolle produziert wird. Es hier ist aus unserer Sicht auch wichtig immer wieder darzustellen, was das über das einzelne Baumwollfeld bedeutet im Hinblick auf globale Umweltbedingungen, hohen Wasserverbrauch und beim Anbau von Baumwolle. Wir sind bemüht diese Dinge mit in den Unterricht hineinzubringen. Es gibt einen Kreis von Agenda-Schulen, die sich bemühen, Lehrmaterialien für die LehrerInnen bereit zu stellen, so dass in den Unterrichtseinheiten, wie beim Geografieunterricht auch darauf hingewiesen wird, welche Güter in der Welt hergestellt werden, und da auch auf die Frage eingeht: wie sind die konkreten Produktionsbedingungen, was kann man daran tun, dass es besser wird.

Ein Punkt aus unserer Sicht ist, dass die Menschen immer sagen, ja fairer Handel, das find ich gut, aber wie komme ich da eigentlich hin. Deshalb haben wir auch einen Einkaufsführer entwickelt, der das nahe bringt. Man kann sich hier genau anschauen, welche Geschäfte zu welchem Thema Waren anbieten.

Wir haben z.B. auch für eine gewisse Zeit eine Straßenbahn durch Dortmund fahren lassen, die entsprechend gestaltet war und auf den fairen Handel hingewiesen hat. Wir haben verschiedene Akteure, die sich klar platziert haben und deutlich gemacht, wie es Kindern in Entwicklungsländern geht und das man da sehr viel tun muss, dass sie eine gute Zukunft haben.

Wir haben zur Fairen Wochen unterschiedliche Aktivitäten gehabt. Insbesondere aus den Kirchen heraus organisiert einen ökumenischen Kindertag., Auch für Kinder bieten wir immer wieder unterschiedlichste Aktivitäten an, damit diese auch die Möglichkeiten haben, sich ein Stückweit zu verwirklichen über diese fairen Projekte an das Thema ein Stück heran geführt werden und dies so relativ früh versteht. Es gibt immer wieder Versuche, durch das Schalten von Kinospots oder andere Medienbemühungen,

darauf hinzuweisen, dass das ein wichtiges Thema ist und das tun wir natürlich auch mit anderen professionellen Akteuren.

Neu war in diesem Jahr, dass wir den Dortmunder Herbst nutzten, eine Verbrauchermesse, auf der das erste Mal mit fair gehandelten Produkten eine Präsentation stattgefunden hatten. Hier haben Kirchen und Informationszentrum Dritte Welt mit großer Resonanz zusammen gearbeitet, so dass wir das nun etablieren werden.

Das ist ein Überblick über lokale Aktivitäten. Aber wir müssen über den Tellerrand schauen und wir wollen deshalb auch das Thema als eine kommunale Gestaltungsaufgabe sehen. Aber wir müssen natürlich klar machen, dass wir bei all den Aktivitäten, die ich Ihnen vorgestellt habe, uns natürlich auch irgendwie fühlen können, wie der berühmte Hamster im Rad, ohne dass sich an den großen Strukturen etwas ändert. D.h.



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-magazin.com

man sollte das, was ich Ihnen gerade dargestellt habe, natürlich ausweiten, ohne zu vergessen, dass es ja eigentlich darum geht, die Rahmenbedingungen zu verändern. Das war auch ein wichtiges Thema auf dem Agenda-Kongress, den wir im September in Dortmund durchgeführt haben. D.h. es geht aus unserer Sicht zum einen auch darum, dass wir mehr Masse machen, was den Fairen Handel angeht, d.h. dass wir den Anteil der fair gehandelten Produkte am Absatz deutlich erhöhen, also an den Einzelhandel heran treten. Wir haben auch die Unterstützung des Einzelhandelsverbandes bekommen, was nicht von Anfang an selbstverständlich war. Aber das sind bei uns ganz aufgeweckte Menschen und die

haben sofort gesagt, wir machen mit euch zusammen die Arbeit, um auch unsere Mitgliedsunternehmen dafür zu begeistern, sich für Fairen Handel einzusetzen. Aber wir müssen daran arbeiten, dass die internationalen Handelsstrukturen verändert werden. Das ist das Bohren sehr dicker Bretter. Ich denke aber, dass wir da auch aus kommunaler Sicht einiges tun können.

Das können wir natürlich jeweils als Kommune machen. Wir müssen auch auf unsere Verbände einwirken. Das ist nicht leicht – ich habe heute Vormittag im Beirat des Deutschen Instituts für Urbanistik auch wieder die Geldfrage diskutieren müssen, weil es da um die Frage geht, wie das Difu finanziell aufgestellt ist, und das sich hier auch unter anderem institutstragende Kommunen zum Teil angesichts ihrer finanziellen Situation, aus der Verantwortung zurückziehen. Wenn man sieht, was da im Augenblick los ist, ist es natürlich auch nicht leicht ein Thema aufzustellen, was viele, die in der kommunalen Politik unterwegs sind, als ein neues Thema empfinden. Wie Herr Knapp gerade gesagt hat, hat der Bürgermeister nichts anderes zu tun – und das ist ein Thema mit dem wir uns auch auseinandersetzen, weil man hört: was wollen die jetzt die Dritte Welt beglücken, sie sollen erst mal hier bei uns vor der Tür alles in Ordnung bringen, dafür sind die gewählt und nicht für diesen anderen Zusammenhang. Da muss man aus meiner Sicht ganz hart dran arbeiten. Insofern bin ich auch sehr dankbar, dass es eine ganze Reihe von Initiativen gibt, die versuchen hier das Tor entsprechend aufzustoßen – also Global Marshall Fund z.B.. Man muss jetzt nicht in allem inhaltlich einer Meinung sein, aber es ist wichtig, dass das als Thema gesetzt ist und das hier auch die Stoßrichtung geht Richtung EU, damit sich das Staatenbündnis auch verpflichtet fühlt. Ich hoffe sehr, dass wir bald neues erleben werden. Wenn die neue Kommission anfängt zu arbeiten, ist es auch die Frage, inwieweit man es hinkriegt dort dann auch ein oder zwei Kommissare für dieses Thema zu begeistern. Auf jeden Fall muss man weiter sehr optimistisch an das Thema herangehen. Denn wenn man

daran nicht glaubt, wird man auch überhaupt gar nichts hintereinander bekommen!

In dem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen Verlauf der Konferenz, und wenn Sie dann wieder in Ihren jeweiligen Arbeits- und Gestaltungszusammenhängen sind, ganz viel Spaß beim Umsetzen all dessen, was Sie hier gehört haben.

Ganz herzlichen Dank!



Fragen

Unbekannte Person:

Ich finde eine Aussage von ganz besonderer Bedeutung die Sie getroffen haben. Die ging fast unter aufgrund der vielen guten Dinge, die Sie gesagt haben. Ich meine nämlich, dass hier zu Recht herausgestellt werden muss, dass die Produkte der Einen Welt aus einer Marktnische herausgelöst werden müssen. Ich denke da an die Dritte-Welt-Läden, die haben die Erfahrung gemacht, dass dort Leute einkaufen, die Birkenstock-Sandalen oder solche fantastischen Gedanken der 68er noch in sich tragen. Dieses Bild muss abgelegt und neue Vertriebswege müssen gefunden werden. Sie haben darauf hingewiesen, dass sie mit Karstadt im Gespräch sind – ich glaube der Weg ist völlig richtig. Denn was man in den Eine-Welt-Läden kaufen kann, das ist ja wertvolle Ware, Ware die ihren Preis unter Garantie wert ist; also auch von der Qualität her ohne weiteres in Ordnung ist. Das stärker herauszuarbeiten ist eine vordringliche Aufgabe für uns.

Das nächstgrößere Thema, was mit Sicherheit als Chance drin liegt, lokal runter zu transportieren und aus der Nische herauszuholen, ist das ins Bewusstseinbringen der sozialen und ökologischen Standards unter denen die Produkte, die wir täglich konsumieren, hergestellt werden. Wir haben das in Bremerhaven in einem Prozess gemacht. Nicht so toll wie in Dortmund, weil bescheidener, in unseren Möglichkeiten, aber es war trotzdem sehr erfolgreich und wir ha-

ben erreicht, dass es Thema wurde. Dass in einem anderthalbjährigen Prozess der Erstellung eines Fair-Führers, eines Einkaufsführers über den fairen Handel. Hierzu auch an die anderen aus den kleinen Städten, die jetzt denken: Dortmund ist so toll; z.B. faire Fußballer: wir haben bei uns erreicht, dass eine Person, die für alle Schulen im Sekundarbereich I als Fußballlehrer zuständig ist, in der Lehrerfortbildung dieses Thema faire Fußballer thematisiert und dadurch erreicht, das jetzt in alle Schulen zumindest der Wille da ist, nur noch fair gehandelte Fußballer anzuschaffen. Man hat einen Sponsor gefunden, der erst mal für jede Schule im Sekundarbereich I zwei fairgehandelte Fußballer angeschafft. Eine Schule hat 50 fairgehandelte Fußballer gekauft für ihre nächsten Jahre, d.h. da ist ein Potenzial, welches verbunden wird mit der Bewusstseinsarbeit, warum diese Bälle, weshalb angeschafft werden sollen. Wir haben unseren Handelsführer "Fair genießen – fair handeln" genannt haben. Wenn etwas ökologisch erstellt worden ist, wenn es unter sozialen Bedingungen erstellt ist, kann ich das auch anders genießen. Diesem Gesichtspunkt einzubringen erscheint mir auch sehr wichtig.

Herr Sierau:

Da möchte ich gerne anknüpfen. Ich bin sehr dankbar für die beiden Hinweise, denn ich bin auch der festen Überzeugung, dass man erst mal mehr Bewusstsein für den Fairen Handel schaffen muss. Aber da kommt doch ganz schnell, dass andere sagen: passt auf, dass Ihr den Zeigefinger nicht zu hoch hebt. Man muss deutlich machen, was sind die Rahmenbedingungen unter denen produziert wird und was sind die, die wir anstreben. Das ist eine Sache, die muss mit vielen Menschen zusammen bewegt werden; also da denke ich auch an die Gewerkschaften, an attac, an viele, die weltweit an diesem Thema arbeiten. Das können wir nicht allein. Aber wir können das vor Ort gemeinsam unterstützen.

Das andere ist die Qualität. Wir sagen in Dortmund: Qualität kommt von Quälen. Das führt dann meistens zu dem gewünschten Ergebnis. Aber man muss eines klar machen wenn man fair gehandelte Produkte über

die soziale und ökologische und wirtschaftliche Komponente hinaus am Markt konsumieren und aus der Nische herausführen will: die Alleinstellungsmerkmale benennen, die fair gehandelte Produkte am Markt haben. Beispielsweise die Schokolade, die gepa anbietet, die ist so lecker, die stellt die lila Kuh bei weitem in den Schatten. Oder es gibt zum Beispiel toll hergestellte T-Shirts aus dem Norden von Kenia, die sind einfach klasse. Erstens wird da in der Nähe Baumwolle angebaut, das ist also aus der örtlichen Baumwolleproduktion, aber dann haben die auch so wundervolle Motive. Diese Motive bekommen Sie nur auf diesen T-Shirts, sonst nicht. Da sind also Fische drauf, sie haben nur kein Fleisch und keinen Schuppen mehr, sondern nur noch Gräten. Und das ist dann überschrieben mit: Fish is nudest. Auf die Art und Weise will ich nur sagen, kann man diese Produkte, die auch ihren eigenen Charakter haben, noch viel stärker promoten und auch am Markt platzieren.

Axel Nordmann

„Erfolgsfaktoren beim Marketing von kommunaler Eine-Welt-Arbeit“

imug Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft
– an der Universität Hannover

Einen guten Morgen, vielen Dank für die einleitenden Worte und auch vielen Dank für die Einladung hierher nach Magdeburg, in diese wunderschöne Räumlichkeit. Die Einladung nach Magdeburg ging ans imug Institut. Warum ans imug Institut? Was ich heute im Vortrag tun werde, ist das was das imug Institut zu seinem Grundleitfaden gemacht hat: und zwar die Position zwischen den Stühlen. Auf der einen Seite Marketing, also Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, Kundenorientierung, Bedürfnisse abklären und die Organisation zum Erfolg führen. Auf der anderen Seite die Gesellschaft, also soziale und ökologische Anforderungen. Das ist das Spektrum, in dem sich das imug immer wieder bewegt. Ich möchte einerseits über Marketing sprechen, auf der anderen Seite über das Feld kommunale Eine-Welt-Arbeit, wo viel über Gesellschaft, über soziales und ökologisches gesprochen wird. Da wird oft als Widerspruch gesehen. Wir beim imug sehen das nicht so und das möchte ich in meinem Vortrag vermitteln.

Dazu habe ich Ihnen drei Thesen mitgebracht; die dritte These führt mich zu Erfolgsfaktoren eines Marketing im Bereich Eine-Welt-Arbeit.

Ich gebe Ihnen eine Übersicht. Erst mal: Eine-Welt-Arbeit bringt den Kommunen etwas. Ich will auch aufgreifen, was ich gestern mitgenommen habe, was Kommunen aus meiner Sicht von Eine-Welt-Arbeit haben können. An zweiter Stelle möchte ich Ihnen dann die These näher bringen, dass Marketing, die Marketingtheorie, die Marketingpraxis, wie sie in Unternehmen durchgeführt wird, auf Eine-Welt-Arbeit übertragen werden kann. Geht das überhaupt, sind die kompatibel, kann man die Begriffe, die praktischen Umsetzungen überhaupt benut-

zen? Die dritte These ist dann noch ein Schritt weiter: Marketing muss vor allem angesichts knapper Kassen auf Eine-Welt-Arbeit übertragen werden. Aus dieser dritten These leiten sich dann drei Erfolgsfaktoren ab. Ich habe drei Themen aus diesem ganz breiten Marketing-Spektrum heraus gegriffen und sage Ihnen, dass die Sicherung der Finanzen durch das Marketing ein sehr wichtiger Erfolgsfaktor ist, wobei Ihnen das Marketing helfen kann. Es ist sehr wichtig im Bereich der Zielgruppenbearbeitung, also: neue Zielgruppen erschließen auf der einen Seite aber auf der anderen Seite auch die bestehenden Zielgruppen noch besser ansprechen.

Die erste These: Eine-Welt-Arbeit bringt den Kommunen etwas. Das ist das, was hier in Ihrem Kreis diskutiert wurde während der



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

Konferenz. Zum ersten wird das Image der Kommunen durch diese kommunale Eine-Welt-Arbeit verbessert. Wir haben gestern zweimal gehört – in Schelklingen und in Dortmund – hat man sich sehr über die Preise gefreut, die verliehen wurden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist gewürdigt worden, was wir machen, sie sind dann positiv in der Presse gewesen. Image ist für die Kommune immer wichtig und es ist auch dementsprechend ein echter Pluspunkt der Eine-Welt-Arbeit. Das zweite, was ich auch gestern gelegentlich gehört habe: das Engagement der Bürger wird aktiviert durch diese Eine-Welt-Arbeit. Das ist für manche Bürger der Einstieg, sich auch in ihrer Kommune zu engagieren. Es gibt bestimmt Menschen, die schon dieses globale Weltbild

pflegen, aber vor Ort nur noch wohnen; sie verstehen Nachhaltigkeit, aber vor Ort sind sie deswegen nicht aktiv, eine Art von Bürger wie sie jede Kommune wirklich sehr nötig hat. Deshalb könnte es ein Einstieg sein für diese Gruppe von Bürgern, sich auch in anderen Bereichen in der Kommune zu engagieren. Eine-Welt-Arbeit ist aus meiner Sicht eine sehr gute Chance, verschiedene Stakeholder der Stadt bzw. der Gemeinde in Kontakt zu bringen. Eine-Welt-Arbeit, da hängt immer der Nachhaltigkeitsgedanke dran, soziales, ökologisches und die ökonomische Seite unter einen Hut bringen. Insofern sind solche Projekte ganz konkrete Gelegenheiten, innerhalb der Kommune alle an einen Tisch zu bringen und damit insgesamt das Klima in der Kommune zu verändern. Mehr Verständnis zu schaffen für einander. Dann das abstrakteste auf meiner Liste: der internationale Austausch bringt auch Verbesserungspotenziale bei uns vor Ort. Ich stelle mir das so vor: man hat eine Kooperation mit einer Kommune in Afrika, noch einer jungen Demokratie, und sieht dort, wie sich Verwaltungsstrukturen entwickeln, die hoffentlich deutlich weniger starr sind als bei uns in Deutschland. Aus so einem Punkt kann man auf jeden Fall etwas mitnehmen, wenn man sich darauf einlässt – noch ein Pluspunkt. Dann wirtschaftliche Chancen für lokale Unternehmen: Abhängig von der Art des Projektes, um das es geht, stecken immer auch wirtschaftliche Chancen in solchen Projekten, z.B. wenn man vor Ort ein Unternehmen hat, das sich mit Abwasser beschäftigt oder mit Recyclingfragen, Sachen die in die Welt übertragen werden können und müssen. Solche Unternehmen sind prädestiniert dafür, da mit zu machen; dann profitiert auch die Gemeinde davon.

Meine zweite These: Marketingtheorie und -praxis kann auf Eine-Welt-Arbeit übertragen werden. Da habe ich Ihnen erst mal verschiedene Marketing-Definitionen mitgebracht. Diese Marketing-Definitionen betonen das systematische Vorgehen und die Ausrichtung auf Bedürfnisse. Das bedeutet, Marketing ist eine bewusste, marktorientierte Führung des gesamten Unternehmens. Es geht immer um die Befriedigung von Kundenbedürfnissen. Das steht ganz zentral

im Mittelpunkt. Marketing folgt dem Motto „Der Kunde ist König“ und Marketing fordert auch, „Finde Wünsche und erfülle sie“, statt „erfinde Produkte und verkaufe sie“. Wenn wir das, was Marketing für die kommerzielle Wirtschaft erfordert, auf Eine-Welt-Arbeit übertragen, hieße das, ich muss ein Eine-Welt-Projekt machen, das der Kunde will. Wer sind die Kunden überhaupt? An der Stelle müssten wir drüber diskutieren, ob tatsächlich Marketing übertragbar ist. Das tue ich im Grunde: Kundenarbeit in der Eine-Welt-Arbeit ist extrem wichtig, aber nur unter zwei Bedingungen: Es darf auf keinen Fall – das ist der wichtigste Grund – die Erreichung der Sachziele dadurch gefährdet werden. Also Marketing ja, kompromisslos aus meiner Sicht, aber wirklich immer überlegen, wie die Bedürfnisse meiner Zielgruppen sind. Die Sachziele dürfen dabei aber nicht gefährdet werden. Das ist mir auch sehr wichtig. Man kann sich das Marketing sparen, das ist der zweite Punkt, wenn die Sachziele dadurch nicht besser erreicht werden. Aber davon gehe ich eigentlich aus.

Was gibt es für marketing-relevante Besonderheiten bei kommunaler Eine-Welt-Arbeit? Wenn man versucht, Marketing-Vokabular und Marketing-Methoden zu übertragen, muss man sich zuerst mal vor Augen führen, was für eine Art von Produkt oder Dienstleistung biete ich da überhaupt an? Was wir da bieten ist eher eine Dienstleistung als ein Produkt, und das wirft völlig andere Fragen auf. Eine Dienstleistung hat ganz spezielle Besonderheiten im Vergleich zu Sachgütern, und eine ganz wichtiger ist: man kann vorher nicht raus finden, wie es denn wird, wenn man es bisher nicht probiert hat. Beispiel Friseur: ich gehe zu einem x-beliebigen Friseur, der hat Ansprüche an seine Leistung, und man weiß nicht vorher, was man bekommt. Der sagt irgendeinen Preis und man setzt sich hin und dann geht es los. So ist es im Grunde bei Eine-Welt-Projekten. D.h. man muss viel mehr Informationen auch an den Mann bringen bei schwierigen Produkten wie einem Eine-Welt-Arbeits-Projekt. Weitere Punkte: die Erfolge sind schwer monetär operationalisierbar, d.h. unser Wirtschaftssystem kommt damit nicht richtig klar, weil man

auch nicht genau weiß, was man im Endeffekt davon hat. Zudem sind Finanzierungsbesonderheiten gegeben: die Finanzmittel kommen meistens nicht aus dem Verkauf von irgendwelchen Leistungen, (also da weicht es auch ein bisschen vom Friseur ab), sondern man muss erst mal Geld irgendwo her bekommen und den Hauptnutzen hat jemand anders. Es gibt nur einen Nebennutzen für jemand anders, z.B. ein besseres Gefühl. Den Menschen in der Dritten Welt wird geholfen, für die die Dienstleistung im Endeffekt gedacht ist, aber dieser Nebennutzen, der bei uns bleibt, der ist auch in der freien Wirtschaft relativ schwierig zu kommunizieren.

Zur dritten These: Marketing muss vor allem angesichts knapper Kassen auf Eine-Welt-Arbeit übertragen werden. Ich hoffe, dass ich Sie überzeugt habe, dass es übertragen werden kann. Der Punkt war ja: passt das Vokabular irgendwie? Jetzt möchte ich einen Schritt weitergehen und sagen: Marketing muss übertragen werden, weil es einfach so ist: je weniger Mittel zur Verfügung stehen, desto eher müssen wir Marketing heranziehen, weil das für Effektivität und Effizienz steht. Wenn wir diese Methoden anwenden – die Wirtschaft tut das nicht ohne Grund, Marketing zu betreiben –, dann können wir unsere Ziele eher erreichen, auch in Zeiten knapper Kassen.

Das ist schon angeklungen, die komplexe Thematik der Eine-Welt-Arbeit fordert auch eine professionelle Kommunikation und auch dafür steht Marketing. Eine-Welt-Arbeit ist noch dazu kein In-Thema und muss auch deshalb noch gepushed werden.

Ich möchte noch ein paar Erfolgsfaktoren in aller Kürze darstellen, die aus meiner Sicht besonders wichtig sind. Wie schon gesagt, an erster Stelle brauchen wir Geld. Um an Geld zu kommen ist das Marketing in der freien Wirtschaft erprobt, aber auch im NGO-Bereich. Man muss eigentlich nur hinsehen wie das funktioniert. Sie haben sicherlich schon einen Werbebrief von WWF erhalten. Ein Direkt-Marketing-Mittel des WWF, ein Brief der Sie auffordert, direkt zu spenden. Bei diesen Formen wird Marketing eingesetzt, um an Geld zu kommen. Das ist

die Grundlage von allem, weil wir immer darüber sprechen.

Meine These, wer kein Geld hat muss sich welches besorgen. Das Geld ist im Grunde da. Man muss nicht unbedingt um Geld werben, sondern kann auch um kostenlose Leistungen werben, z.B. von Unternehmen vor Ort, die einem dann einen Marketingfachmann zur Verfügung stellen. Da muss man nur kreativ werden – das ist mein Appell an dieser Stelle. Insgesamt also ist das beschaffungsseitige Marketing für die Eine-Welt-Arbeit prioritär, weil wir auf dieser Basis an Geld kommen.

Noch mal zum ersten Erfolgsfaktor. Ein kleiner Überblick dazu, welche Fundraising-Möglichkeiten es gibt. Sie haben sicherlich einiges vor Augen, aber mein Plädoyer ist, sich das anzugucken und nicht einfach loszulegen, also zu schauen, was es gibt, schön systematisch und dann überlegen: was passt denn am besten für mich – ist es die staatlich Förderung, wenn man aus Sicht einer Initiative agiert – kann ich eine Stiftung machen oder gibt es eine Stiftung, die mir Geld geben könnte, sammle ich Spenden ein?

Wenn ich einen Werbebrief machen möchte um damit für Spenden zu werben, dann sollte ich mir überlegen, was für Kosten derjenige hat, der spendet und welchen Nutzen bezieht er? Also immer dieser Gedanke, sich in den, der spenden soll, rein versetzen – nicht von der eigenen Position aus argumentieren und sagen: eigentlich ist es doch klar, wir brauchen Geld für diese gute Sache; sondern es geht darum, wirklich zu überlegen, welche Motivation hat denn derjenige, der spenden soll. Da hilft es sich zu überlegen, an welcher Stelle ich anpacke. Kann ich es z.B. schaffen, dass möglichst wenig Verwaltungskosten von der Spende abgehen? Kann ich demjenigen sagen, wenn Du bei mir spendest, kriegst Du eine konkurrenzlos Direktweitergabe des Geldes. Oder ist es besonders einfach für ihn das zu machen – hat er ganz wenig Entscheidungs- oder Transferkosten, also geht die Spende einfach für ihn so im Vorbeigehen und er muss nicht noch irgendwelchen Papierkram machen? Ein weiterer Punkt: wenn wir über

Spenden sprechen, Verwendungskontrolle von Spenden – niemals vergessen zu sagen: Wir sorgen dafür, dass das Geld da ankommt, wo es auch wirklich hin soll. Die drei Punkte, die ich Ihnen hier aufgeführt habe, die zeigen auch deutlich, was es da für Möglichkeiten gibt. Es gibt verschiedene Gütesiegel.

Es wird viel für Kinder gespendet in Deutschland. Danach kommen dann auch schon Projekte, die mit Eine-Welt-Arbeit zu tun haben. Das Problem allerdings ist: was die Arbeit nicht einfacher macht für die kommunale Eine-Welt-Arbeit, dass 75 % des gesamten Spendenaufkommens in Deutschland bleiben. Also Menschen spenden lieber für Projekte in Deutschland. Das muss man auch im Hinterkopf behalten wenn man so was macht.

Warum jetzt überhaupt sich mit Marketing beschäftigen? Ich habe schon von Direkt-Marketing gesprochen, diesen WWF-Briefen. Diese Briefe sind nach wissenschaftlichen Standards aufgebaut. Es gibt Leute, die beschäftigen sich tatsächlich damit, wie denn der Blick über so einen Brief läuft, was muss man dabei beachten, damit dieser Brief auch wirklich die maximale Wirkung hat?

Noch ein Hinweis zum Thema Sponsoring. Wer macht das und warum? Von den deutschen Top-50-Unternehmen betreiben immerhin 36 gezieltes Sponsoring, das sind 72 %, von den Top-100 immer noch 56 %. Allerdings ist das ganz viel Sport-Sponsoring. Aber zumindest Firmen vor Ort, die kann man für das eine oder andere Projekt gewinnen. Das macht der aber nicht einfach so, sondern er möchte seine Bekanntheit verbessern, er möchte glaubwürdiger werden, er möchte – was natürlich ein sehr schwieriger Punkt ist – das positive Image der gesponserten Einrichtung auf sich übertragen. Also wenn die Initiative einen guten Ruf hat, dann möchte er etwas davon abhaben. Da muss man vorsichtig sein, aber von Projekt zu Projekt schauen und da keine Berührungängste haben. Man sollte ihm immer sagen zu können, was er für Vorteile hat.

Der zweite Erfolgsfaktor: neue oder andere Zielgruppen erschließen und individuell ansprechen ist eine Möglichkeit, wie man Marketing einsetzen kann. Ich habe den Eindruck, dass viele Eine-Welt-Initiativen oder auch die Kommunen, die ja von den bürgerschaftlichem Engagement leben, sehr viel im eigenen Saft schmoren. Es wäre nötig, sich Modelle zu überlegen, wie man aus diesem Saft rauskommt und neue Leute anspricht. Meine These ist: Marketing könnte Ihnen da helfen. Wenn Sie sich mit Methoden auseinander setzen, und z.B. keine Berührungängste mit lokalen Unternehmen haben. Aus Initiativensicht ist natürlich auch die Verwaltung eine Zielgruppe. Aber auch deren Bedürfnisse muss man verstehen. Das habe ich gestern auch aus der Arbeitsgruppe zum Thema Beschaffung ganz deutlich mitgenommen. Man muss verstehen, was für Probleme hat denn der Beschaffer, der dann sozial oder ökologisch beschaffen soll? Das ist eine Grundüberlegung beim Marketing.

Noch ein Beispiel für Zielgruppenanalyse: aus welchen Gründen entscheidet sich eine Person dafür, etwas zu spenden? Was veranlasst Unternehmen? Nicht die Sicht der Kunden ist interessant, sondern die Sicht einzelner interessanter Kundensegmente ist interessant. Also der Beschaffer ist besonders interessant, nicht die Verwaltung allgemein, wenn ich was in dem Bereich machen möchte. Oder eben weitergedacht: wenn ich Spenden einsammeln möchte, muss ich mir überlegen, welche Kundensegmente will ich denn damit ansprechen, und welche konkreten Bedürfnisse haben diese. Auch da hilft es, sich etwas einzulesen im Bereich Marketing.

Es gibt entsprechende Initiativen. Gerade im Fair-Trade-Bereich stolpert man über solche Geschichten. Ein Beispiel ist die Zielanalyse für fair gehandelte Produkte. Die Initiative „Fair feels good“ hat sich überlegt, wer kauft denn unsere fair gehandelten Produkte überhaupt? und die Botschaft an dieser Stelle ist, das die potenziellen Käufern, recht lustorientiert sind, im Gegensatz zu den aktuellen Käufern. Dieser lustorientierte Faktor müsste dann in einer Kommunikati-

on, der auf die neuen Kunden abzielt, hervor gehoben werden.

Eine Darstellungsform sind sog. Sinus-Milieus. Das ist ein Konzept, wo die Gesellschaft in zwei Dimensionen als wabern-de Zielgruppen eingeteilt wird. Also z.B. die bürgerliche Mitte, dann die DDR-nostalgischen usw. Auf Basis einer solchen Einteilung von Zielgruppen kann man dann auch verschiedene Themen genauer beleuchten. Man sucht sich dann Leute aus der entsprechenden Zielgruppe und befragt sie konkret zu einem bestimmten Thema. Das Beispiel hier ist zu „nachhaltiger Mobilität“. Da stellt sich dann heraus, dass das konservativ-technokratische Milieu das und das dazu denkt und dementsprechend könnte man seine Kommunikation an dieses Milieu auch wenden.

Als nächstes auch ein sehr kontrovers diskutiertes Projekt, die Biertrinker, die nebenbei für den Regenwald spenden. Der WWF hat mit Krombacher zusammen ein Projekt hochgezogen – das Krombacher Regenwaldprojekt – also eine schöne Zusammenarbeit zwischen einem Unternehmen und einer Nichtregierungsorganisation. Dann hat die Frage im Raum gestanden, lassen sie sich zu sehr vereinnahmen von dieser Organisation? Ist das überhaupt kontrolliert? Es gab auch Prozesse deswegen und die sind auch nicht zugunsten des Projektes ausgegangen; aber weniger im Sinne, dass da irgendwie Betrug ist, sondern die Konkurrenten von Krombacher fanden das nicht lustig, dass Krombacher das gemacht hat. Aber was ich darin jetzt sehe, trotz aller Probleme: es ist eine einfache und kostenneutrale Möglichkeit für den Bierkäufer so nebenbei etwas für den Regenwald zu tun. Damit bekommt man andere Leute dazu, etwas für den Regenwald zu tun. Der WWF gewinnt dadurch, er hat Geld für sein Projekt, Krombacher hat was gewonnen, die haben zeitweise 20 % höheren Absatz gehabt. Eben so viel, dass die Konkurrenz dagegen vorging. Die Zielgruppe wird erweitert, auch auf diejenige, die „Saufen für den Regenwald“ gut finden. Es gibt auch Gefahren für solche Projekte. Es könnte durchaus

sein, dass der WWF dadurch ein bisschen Imageschaden erleidet, weil diese enge Kooperation zwischen Unternehmen und NGOs auch immer schwierig ist.



Mein dritter Erfolgsfaktor: Die Visualisierung und die Materialisierung der Eine-Welt-Arbeit. Das ist im Grunde das, was man sich landläufig unter Marketing vorstellt: Kommunikation. Die Thesen hierzu sind: Eine-Welt-Arbeit braucht dringend Gesichter und Namen, die Aktivitäten müssen begreifbar gemacht werden, obwohl es Dienstleistungen sind. Wir brauchen eher positive Beispiele statt Schreckensbilder. Je konkreter ein bestimmtes Projekt ist, umso besser kann man das auch kommunizieren und, ganz wichtig, die Qualität dieses Projektes muss zu jeder Zeit signalisiert werden. Dazu zwei Beispiele, wieder WWF. Wenn man für Delphine spendet, dann kann man sich eine Urkunde runterladen, einen Namen eintragen und dann diese Spende sehr schön als Geschenk weitergeben. Sie haben etwas in der Hand und nicht nur eine Spendenbescheinigung.

Zum Thema „konkretes Projekt“: PLAN, ein Kinderhilfswerk, ruft nicht zu Spenden für Kinder allgemein oder Kinder in einer Region auf, sondern präsentiert auf der Website konkrete Kinder, für die man spenden kann, für die man Patenschaften übernehmen kann. Man hat das Kind vor Augen, dann ist die Schwelle niedriger, sich auch einzusetzen.

Es ist wichtig, positive Aspekte herauszustellen und Qualität zu signalisieren. Das Stichwort ist positive Kommunikation. Quali-

tätssiegel, wie bspw. das TransFair-Siegel, sind ganz wichtig, damit die Leute einem die Qualität der Dienstleistung abnehmen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: mehr Marketing wagen ist angesagt in der Eine-Welt-Arbeit. Ich habe dargestellt, dass es prinzipiell möglich ist, Marketingtheorie und -praxis im Bereich Eine-Welt-Arbeit anzuwenden, und dass die Aufwendung für durchdachtes Marketing tatsächlich Investitionen darstellen, die sich insbesondere bei knappen Kassen wieder auszahlen. Die Beschaffung von finanziellen Ressourcen ist die Paradedisziplin für Marketingaufwendungen, Spenden, Sponsoring, diese Bereiche sind sehr wichtig in diesem Zusammenhang. Wir sollten auf jeden Fall die Zielgruppenanalyse betreiben, wir sollten verstehen, was für Motivationen und Bedürfnisse die Leute haben, und nicht nur Zielgruppen in Richtung Spenden, sondern eben auch in den Verwaltungen. Für fast jede Zielgruppe gilt, es geht um konkrete und greifbare Projekte, die besser ankommen. Eine positive Kommunikation ist wichtig und ein Qualitätsversprechen, das nachgeprüft werden kann, sollte gegeben werden.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihre Fragen.



Fragen

Frau Bendisch:

Vielen Dank Herr Nordmann. Nach dem Motto „Tu' gutes und rede darüber“ haben Sie dargestellt, wie wichtig ein professionelles Marketing für die Eine-Welt-Arbeit sein kann, das man dabei auch einen Perspektivenwechsel vornehmen muss und den Nutzen derjenigen, die man gewinnen möchte, herausstellt. Ganz spannend fand ich zwei Begriffe, das war der der Kundenorientierung, wo ich mich gefragt habe, wer sind eigentlich Kunden der Eine-Welt-Arbeit? Beim fairen Handel kann ich mir das gut vorstellen, aber bei den anderen Themen wie Partnerschaften, interkulturelle Kompe-

tenz, ist das ein interessantes Gedanken-spiel sich zu überlegen, wer eigentlich Kunde ist und wer sind in diesem Zusammenhang entsprechend die Dienstleister? Viele Begriffe, die zum Nachdenken anregen.

Unbekannte Person:

Mir hat Ihr Vortrag sehr gefallen, weil viele neue Ideen von Ihnen hier eingebracht worden sind. Aber ich sehe ein Grundproblem, das haben Sie auch angeschnitten – das ist die Gradwanderung zwischen der Frage, dass wir ja Eine-Welt-Arbeit betreiben, weil unser System nicht funktioniert, sonst brauchten wir das nicht zu machen. Wenn das System funktionieren würde, dann würden die Zahlen, die wir gestern gehört haben, nicht da sein. Dieser Gedanke darf nicht abhanden kommen. In dem Augenblick, wo praktisch Ihre Gedanken Vorrang gewinnen gegenüber der Analyse der Weltsituation und dass man diese Analyse in die lokale Arbeit mit einbezieht, stattdessen sich diesen Dingen widmet, das ist die gefährliche Gradwanderung auf der man sich bewegt. Ich denke trotzdem, dass sie machbar ist, wenn man diese Grundsätze von Eine-Welt-Arbeit richtig analysiert.

Herr Nordmann:

Ich kann das nur unterstützen in dieser Form. Wir dürfen die Sachziele nicht aus den Augen verlieren. Aber ich glaube auch nicht, dass wir das dadurch tun, weil wir Marketingmethoden anwenden auf diesen Bereich. Es sollte immer eine Bereicherung sein. Das Beispiel zur Zielgruppenorientierung: wenn der Beschaffer sich nicht für ausgebeutete Frauen interessiert, ich aber so ein Projekt im Hinterkopf hatte, als ich zu ihm ging, dann muss ich umschwenken und sagen, gut, dann machen wir es eben mit dem Thema Kinder. Das ist die Denkweise, die dahinter steckt.

Frau Huber:

Unsere Arbeit geht seit drei Jahren ganz in diese Richtung mit Marketing. Weil ich die einzige in der Gruppe bin, die aus der Dritte-Welt-Arbeit kommt und die anderen zwei, kommen aus der freien Wirtschaft. Da habe ich viel gelernt. Ich habe jahrelang auch Ladendienst im Dritte-Welt-Laden gemacht und unsere Dritte-Welt-Gruppe erlebt, diese

guten Frauen, die sich ganz toll fühlen, wenn sie Sachen verkaufen – seither sind die im Clinch mit uns. Die sagen, wir würden über sie weg gucken, sie sind doch so gute Menschen, die ihre Zeit investieren. Aber dieses Ziel umzusetzen auf Dritte-Welt-Läden, die das aus einem inneren Bedürfnis machen, weil sie gut sind und durch Verkauf Leuten helfen, das ist unser großes Problem. Wir hatten die Faire Woche gemacht. Aber wir haben immer Probleme, die Leute mit einzubeziehen, auch in unserem Netzwerk. Eine Schwierigkeit ist, wenn man mit Leuten zusammen arbeitet, die ihre Arbeit nach diesen armen Bildern machen, und wir kommen dann mit Marketing und erfolgreich, dann müssen wir uns darüber hinweg setzen; aber es ist ganz schlimm, mit den Leuten umzugehen.

Frau Bendisch:

Da ist auch noch interne Überzeugungsarbeit nötig. Ich denke es waren viele Gedankenanstöße, die man auch weiter entwickeln kann, die Sie weiter entwickeln können für Ihre Arbeit und ich danke Ihnen, Herrn Nordmann, für Ihren Vortrag.

Prof. Dr. Michael Bohnet

„Entwicklungspolitische Konzeptionen und Entwicklungszusammenarbeit der EU-Beitrittsländer“

Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) a.D. / Beauftragter des BMZ für die EU-Beitrittsländer

Im Mai 2004 traten zehn Länder der EU bei: Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern. Die Bevölkerung der Europäischen Union wird um rd. 75 Millionen anwachsen und dann insgesamt rd. 450 Millionen Menschen umfassen.



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klapper.com

Bevölkerungsmäßig spielt Polen unter den zehn EU-Beitrittsländern mit rd. 39 Millionen Menschen die entscheidende Rolle, gefolgt von der Tschechischen Republik mit rd. zehn Mio. Einwohnern und Ungarn mit ebenfalls rd. zehn Mio. Einwohnern.

Der EU-Erweiterungsprozess ist als solcher bereits ein Konflikt-Präventionsprojekt, ein großes Friedensprojekt der neueren Zeit. Es gab die aufkeimenden Minderheitsprobleme in Estland, Lettland und der Slowakei, die Nationalitätenkonflikte zwischen Polen und Litauen und zwischen Ungarn und der Slowakei. Durch das Angebot, die mittel- und osteuropäischen Länder in die EU zu integrieren, wurden wesentliche Fortschritte bei der Integration der Minderheiten in die je-

weiligen Gesellschaften erzielt. Auch haben sich die Grenzdispute und die nationalistischen Tendenzen wesentlich vermindert. Also schon im Vorfeld des Beitritts haben sich positive Wirkungen eingestellt.

Die EU ist einer der bedeutendsten Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit: Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten leisten zusammen mit 26 Mrd. Euro jährlich rd. die Hälfte der weltweiten öffentlichen Entwicklungsleistungen. Dieser Anteil wird durch die zusätzlichen öffentlichen Entwicklungsleistungen der EU-Beitrittsländer noch ansteigen.

Das Thema Entwicklungszusammenarbeit wurde in den Beitrittsverhandlungen wenig thematisiert, deshalb hat in den letzten Monaten ein intensiver Dialog über Entwicklungspolitik mit den EU-Beitrittsländern stattgefunden. Die Bundesregierung setzt sich ebenso wie andere bisherige Mitgliedsstaaten und die Kommission dafür ein, dass der inzwischen erreichte entwicklungspolitische Standard nach dem Beitritt der zehn neuen Länder erhalten wird (insbesondere die Gültigkeit der gemeinsamen Erklärung zur Entwicklungspolitik vom November 2000, die Orientierung an den UN-Millenniums-Entwicklungszielen, die Verbesserung der Geberkoordinierung und -harmonisierung, die Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen und die Steigerung der Kohärenz).

Generelle Strukturen und Tendenzen

Die neuen EU-Länder werden den gemeinschaftlichen Besitzstand (*acquis communautaire*) der EU übernehmen, der sich aus dem gesamten Rechtsbestand, also allen Verträgen, Gesetzen und Verordnungen der EU zusammensetzt. Die EU-Beitrittsländer treten in die vielen Kooperations- und Partnerschaftsabkommen der EU ein.

Dies betrifft z.B. die Kooperationsabkommen mit den asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die Partnerschaftsabkommen mit den Mittelmeerländern und das Cotonou-Abkommen. Die Beitrittsländer werden auch zu dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziell beitragen, obwohl die

Höhe und die zeitliche Gestaltung ihrer Beiträge von Verhandlungen abhängen wird.

Die bevorstehende Erweiterung der EU ist eine Herausforderung als auch eine Chance für die europäische Entwicklungszusammenarbeit. Fast alle EU-Beitrittsländer haben in den letzten Monaten eigene entwicklungspolitische Konzeptionen erarbeitet und verabschiedet. Alle EU-Beitrittsländer haben in ihren Außenministerien eigene Abteilungen für Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut, alle Beitrittsländer leisten bereits öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Schon für 2003 (also vor dem Beitritt) haben diese Länder zusammen 125 Mio. Euro an öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA = official development assistance) zur Verfügung gestellt. Die ODA/ BSP-Quoten der einzelnen Länder schwanken dabei zwischen 0,01 % und 0,1 %. Etliche EU-Beitrittsländer planen weitere Steigerungen ihrer öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nach dem Beitritt im Mai 2004.

Obwohl in allen EU-Beitrittsländern im Außenministerium eigene entwicklungspolitische Abteilungen aufgebaut wurden, ist die faktische Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit noch auf zahlreiche Ministerien aufgesplittet. Einige Länder bauen derzeit eigene Durchführungsorganisationen auf. In zahlreichen EU-Beitrittsländern gibt es bereits Nichtregierungsorganisationen, die sich der Entwicklungszusammenarbeit widmen, in einigen auch NRO-Plattformen.

Generell gilt, dass das öffentliche Interesse an entwicklungspolitischen Themen noch gering ist. Auch das Engagement der Parlamente für Entwicklungszusammenarbeit ist noch wenig ausgeprägt.

Die regionalen Prioritäten für die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Beitrittsländer liegen im Kaukasus, Zentralasien, Südost-Europa sowie in ausgewählten Ländern Asiens und Afrikas. Die thematischen Prioritäten konzentrieren sich auf Armutsbekämpfung und auf die Weitergabe eigener Transformationserfahrungen. Die EU-Beitrittsländer bringen ihr spezifisches Know-how aus

dem Transformationsprozess ein und vermitteln es an ihre Kooperationspartner

Etliche der alten EU-Mitgliedsländer unterstützen die Einbindung der EU-Beitrittsländer in die Entwicklungszusammenarbeit der EU durch konkrete Maßnahmen. Zu diesen Ländern gehören insbesondere Deutschland, Österreich, Dänemark und Schweden. Im vergangenen Jahr fanden mehrere Konferenzen zu dem Thema Erweiterung und Entwicklungszusammenarbeit statt, so eine Ministerkonferenz unter Leitung von Bundesministerin Wieczorek-Zeul am 7./8. April 2003 in Berlin, ferner gab es eine Reihe von Expertenfortbildungen.

So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) z.B. in Bratislava (Slowakische Republik) unter Beteiligung der Niederlande, der EU-Kommission, der Weltbank etc. ein Seminar zu den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt, ferner ein internationales Seminar in Budapest (Ungarn) zu Armutsbekämpfungsstrategien und Schuldenerlass.

An allen Seminaren nahmen Vertreter der Außen- und Finanzministerien der EU-Beitrittsländer teil. Das BMZ bietet außerdem Praktika und Besuchsprogramme in deutschen entwicklungspolitischen Institutionen an sowie individuelle Beratungsmaßnahmen. Nicht zuletzt nimmt das BMZ regelmäßig an der „EU-Arbeitsgruppe Erweiterung“ teil, in der alte und neue Mitgliedsstaaten unter Leitung der Kommission die Unterstützungsmaßnahmen koordinieren. Alle vorstehend genannten Aktivitäten wurden von der GTZ tatkräftig inhaltlich und finanziell unterstützt und zum Teil von InWEnt durchgeführt.

Auf Grund der Vielfalt von Wirtschaft, Kultur und Geschichte wird das erweiterte Europa vielfältiger, interessanter und innovativer werden. Dies zeichnet sich auch bereits für das Thema Entwicklungspolitik ab. Im Folgenden sollen deshalb die entwicklungspolitischen Konzeptionen und die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Beitrittsländer im einzelnen dargestellt werden.

Polen

Polen hat im Oktober 2003 eine eigene umfangreiche entwicklungspolitische Konzeption vorgelegt. Darin werden als die thematischen Schwerpunkte der polnischen EZ hervorgehoben: Förderung der Menschenrechte, Förderung der Demokratisierung, Armutsbekämpfung und Schutz der natürlichen Ressourcen.

Die regionalen Prioritäten der polnischen Entwicklungszusammenarbeit liegen in Südosteuropa, insbesondere in Serbien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo. Aber auch ausgewählte Entwicklungsländer in Afrika und Asien werden unterstützt, so u.a. Afghanistan, Indien, Jemen, die Mongolei, Senegal, Vietnam, Kambodscha, Kasachstan und der Irak. Polen hat beschlossen, die Aktivitäten in Afrika und Asien auszuweiten.

Das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit Polens im Jahre 2003 betrug rd. 35 Mio. US-Dollar (0,02 % des BSP). Nach den Vorstellungen der polnischen Regierung soll dieser Anteil auf 0,1 % im Jahre 2006 steigen. Die polnische Entwicklungszusammenarbeit setzt sehr stark auf bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, 86 Prozent der ODA werden bilateral vergeben. Polen vergibt sowohl Zuschüsse als auch vergünstigte Kredite. Polen beteiligt sich auch an Schuldenerlass-Maßnahmen. Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit beträgt 14 Prozent. Unterstützt werden vor allem UNDP, UNICEF, die WHO, UNHCR und das Welternährungsprogramm. Polen leistet auch humanitäre Hilfe, z.B. in der Ukraine und Afghanistan.

Ein wichtiges Instrument polnischer Entwicklungszusammenarbeit ist die Ausbildung von Studenten aus Entwicklungsländern in Polen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden z.B. 20.000 Studenten aus Entwicklungsländern in Polen ausgebildet, derzeit studieren ca. 3.000-4.000 ausländische Studenten an polnischen Fachhochschulen und Universitäten.

Die Steuerung der polnischen Entwicklungszusammenarbeit liegt in der Verantwortung der Abteilung „UN-System and Global Affairs“ im Außenministerium. Daneben gibt

es „Line Ministries“, die ebenfalls Projekte in eigener Verantwortung durchführen, dazu zählen vor allem das Finanzministerium, das Erziehungsministerium und das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik. Geplant ist ein Beratungsgremium „Council for Development Cooperation“, in dem Vertreter des Parlaments, der Kirchen, der Wissenschaft, der NROs und der Privatwirtschaft sowie der Medien sitzen werden. Für die Umsetzung der polnischen Entwicklungszusammenarbeit wird die „Polish Know-how Foundation“ eingesetzt. Sie ist auch tätig in der Ukraine und in Weißrussland. Polen plant derzeit keine Gründung einer eigenen Durchführungsorganisation.

In Polen gibt es eine wachsende NRO-Kultur, wichtig sind die Foundation in Support of Local Democracy, Caritas Polska, Polish Humanitarian Organization, die Polish Medi-



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

cal Mission und das Polish Red Cross. Die entwicklungspolitisch aktiven NROs in Polen sind sehr stark katholisch geprägt, so arbeiten derzeit noch viele polnische Priester und Nonnen in Entwicklungsländern, vornehmlich in Afrika. Die polnischen NROs gelten als sehr effiziente Kooperationspartner.

Tschechische Republik

Die Tschechische Republik hat im Januar 2002 ein Konzept für die Entwicklungszusammenarbeit für die Periode 2002-2007 vorgelegt (The Concept of the Czech Republic Foreign Aid Programme for 2002-2007). In dieser ausführlichen Konzeption werden als thematische Schwerpunkte genannt: Unterstützung von Demokratie, von Menschenrechten, Integration der Entwicklungsländer in die globale Ökonomie, Ge-

sundheit und ökologisch verantwortliche Entwicklung.

Die tschechische Entwicklungszusammenarbeit ist derzeit noch stark zersplittert, derzeit werden 83 Projekte in 50 Ländern gefördert. Die Tschechische Republik will aber für die Zukunft klare regionale Schwerpunkte setzen. Diese sind: Südosteuropa (Jugoslawien mit Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien); Länder der früheren Sowjetunion (Usbekistan, Ukraine, Kasachstan); Mittlerer und Naher Osten (Libanon, Palästina, Jemen); Süd- und Südost-Asien (Vietnam, Mongolei, Afghanistan); Afrika (Namibia, Angola, Mali, Burkina Faso, Äthiopien); Lateinamerika (Nicaragua, El Salvador, Bolivien).

Diese Aufzählung der zukünftigen regionalen Schwerpunkte dokumentiert, dass die Tschechische Republik auch in Zukunft in allen Kontinenten vertreten sein wird, als eine der wenigen EU-Beitrittsländer auch in Lateinamerika.

Das Volumen der tschechischen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 26 Mio. US-Dollar (0,07 % des BSP). Eine Steigerung auf 0,1 % im Jahre 2007 ist vorgesehen. Der Anteil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an der Gesamtzusammenarbeit liegt bei 58 Prozent, der Anteil der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit bei 42 %.

Für die Koordinierung der tschechischen Entwicklungszusammenarbeit ist das „International Organizations Department“ im Außenministerium zuständig. Daneben gibt es viele „Line Ministries“, die konkrete Projekte durchführen, dazu zählen vor allem das Finanz-, Umwelt- und Arbeitsministerium. Das Umweltministerium der Tschechischen Republik spielt dabei eine zentrale Rolle. Zahlreiche Projekte werden von diesem Ministerium in Entwicklungsländern durchgeführt.

Eine wichtige Umsetzungsorganisation des Außenministeriums für die Entwicklungszusammenarbeit ist das „Development Center“. Möglicherweise soll dieses in eine „Development Agency“ umgewandelt werden. Daneben gibt es auch ein „Foreign Aid Council“, in dem verschiedene gesellschaft-

liche Akteure beratend tätig sind, um das Außenministerium zu unterstützen (NROs, politische Parteien, Wissenschaft, Medien etc.). An der Universität Olomouc wird derzeit ein Zentrum aufgebaut, in dem Spezialisten für Entwicklungszusammenarbeit ausgebildet werden sollen.

In der Tschechischen Republik gibt es eine intensive NRO-Kultur. Es gibt eine eigene NRO-Plattform, die derzeit 14 Mitglieder umfasst, wichtige davon sind: People in Need Foundation und Caritas.

Slowakische Republik

Die Slowakische Republik hat im Juli 2003 eine sehr detaillierte Strategie für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum 2003 bis 2008 vorgelegt, verabschiedet und veröffentlicht (Medium Term Strategy for Official Development Assistance 2003-2008). Darin werden als thematische Prioritäten für die slowakische Entwicklungszusammenarbeit genannt: Weitergabe slowakischer Erfahrungen, die im Transformationsprozess gewonnen wurden; Förderung demokratischer Institutionen und marktwirtschaftlicher Strukturen, insbesondere Reform der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Finanzen; Infrastruktur (vor allem Gesundheits- und Erziehungsinfrastruktur, aber auch Transport, Abwasser, Abfall, Energie), Landschaftsplanung, Schutz der Umwelt, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit. Die Aufzählung macht deutlich, dass die thematischen Prioritäten der slowakischen Republik relativ weit gestreut sind.

Regional hat die slowakische Republik eindeutig Schwerpunkte gesetzt. Die Slowakische Republik ist das einzige EU-Beitrittsland, das bereits Programmländer und Projektländer unterscheidet. Programmländer sind jene, bei denen die Slowakei mit einem umfassenden Entwicklungsprogramm tätig werden will. In Projektländern werden lediglich einzelne Projekte durchgeführt. Programmländer sind Serbien und Montenegro. Projektländer sind Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekis-

tan, Mongolei sowie in Afrika Kenia, Mosambik und Sudan.

Das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 zehn Mio. Euro (0,057 % des BSP). Der Anteil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an der Gesamtzusammenarbeit beträgt 58 %, der der multilateralen Zusammenarbeit 42 %, vor allem Kooperation mit UNDP, UNIDO und FAO.

Für die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit ist in der Slowakischen Republik zuständig das „Department for International Economic Cooperation“ im slowakischen Außenministerium. Für die Koordination mit anderen Ministerien ist ein „Coordination Committee for Development Assistance“ als Beratungsgremium des Außenministeriums geplant.

In der Slowakei besteht eine Plattform der NROs. Sie umfasst zehn Mitglieder, sehr wichtig ist davon People in Peril.

Ungarn

Anfang 2004 hat Ungarn eine mittelfristige Strategie für die ungarische Entwicklungspolitik für die Jahre 2004-2006 verabschiedet (Mid-Term Strategy of Hungarian International Development Cooperation for 2004-2006). Die thematischen Schwerpunkte der ungarischen Entwicklungszusammenarbeit sind: Vermittlung eigener Transformationserfahrungen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, graduelle Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, Förderung regionaler Sicherheit, Armutsbekämpfung, Entwicklung sowie Konsolidierung von Demokratie und Stärkung des Rechtswesens. Ungarn ist sehr daran interessiert, auch eigene Firmen in die Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren, die Frage der Lieferbindung spielt deshalb in der ungarischen Diskussion eine große Rolle.

Ungarn hat klare regionale Prioritäten formuliert: Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegowina sowie Vietnam und die Palästinensischen Gebiete. Vietnam ist derzeit der wichtigste Partner Ungarns. Andere Kooperationsländer sind: Mazedonien, Moldawien, China, Mongolei, Ukraine, Kirgistan, Af-

ghanistan, Kambodscha, Laos und Äthiopien.

Der Volumen der ungarischen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 rd. 20 Mio. US-Dollar (0,1 % des BSP). Ungarn vergibt vornehmlich bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt nur eine geringfügige Rolle.

Entscheidendes Koordinierungsgremium ist das „Department for International Development Cooperation“ im Außenministerium. Diese Abteilung koordiniert auch die Zusammenarbeit mit den „Line Ministries“ (insbesondere Landwirtschafts-, Innen-, Erziehungs- und Wirtschaftsministerium). Dazu wurde ein „Interdepartmental Committee“ geschaffen. Dies ist das höchste Entscheidungsgremium für die ungarische EZ. Als wichtige Durchführungsorganisation agiert bisher HUNIDA (Hungarian International Development Assistance). Derzeit bereitet Ungarn eine Ausschreibung vor, welcher Durchführungsorganisation sie endgültig den Zuschlag geben möchte. Auch hat Ungarn ein „Civil Advisory Board“ eingerichtet, in dem wichtige gesellschaftliche Akteure sitzen, die die Aufgabe haben, das ungarische Außenministerium zu beraten (politische Parteien, privater Sektor, NROs etc.).

Derzeit sind zwölf Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit tätig. 2003 wurde eine NRO-Plattform gegründet. Wichtige ungarische NROs sind: Hungarian Ecumenical Service, Hungarian Baptist Aid, Civil Society Development Foundation, Foundation for Development of Democratic Rights, Hungarian Inter Church Aid, Caritas. Insgesamt kann man sagen, dass die kirchlichen NROs in Ungarn eine große Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen.

Slowenien

Slowenien hat bisher noch keine entwicklungspolitische Konzeption vorgelegt, auch fehlt noch ein so genannter „Legal Framework“. Dennoch ist in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit Slowenien sehr aktiv. Slowenien verfolgt folgende thematische Schwerpunkte: Förderung der Demo-

kratie und der Rechtssicherheit, öffentliche Finanzen, regionale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Entminung und Unterstützung von Flüchtlingen.

Slowenien konzentriert sich auf die Balkan-Staaten, insbesondere auf Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro. Slowenien ist aber auch tätig in Afghanistan und im Irak (Rehabilitierung).

Das Volumen der slowenischen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 25 Mio. US-Dollar (0,1 % des BSP). Das Verhältnis der bilateralen zur multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist nicht bekannt. Slowenien betreibt vornehmlich bilaterale EZ, multilateral werden UNDP, UNICEF und UNHCR unterstützt.

Verantwortlich für die Koordinierung der slowenischen Entwicklungszusammenarbeit ist das „Office for Development Cooperation and Humanitarian Assistance“ im Auswärtigen Amt. Dessen Leiter ist gleichzeitig „National Coordinator for International Cooperation and Humanitarian Assistance“. Er koordiniert die Zusammenarbeit mit 12 „Line“-Ministerien, wobei das Finanzministerium die zentrale Rolle spielt.

Eine NRO-Plattform existiert bisher in Slowenien nicht, es gibt jedoch slowenische NROs wie z.B. die Slovene Philanthropy, das Rote Kreuz und Caritas.

Estland

Estland hat im Januar 2003 sowohl eine von der Regierung als auch vom Parlament gebilligte eigene Konzeption für Entwicklungspolitik verabschiedet (Principles of Estonian Development Cooperation). Die thematischen Schwerpunkte der estnischen Entwicklungszusammenarbeit sind: Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Festigung regionaler Sicherheit, Reform von Gesundheitssystemen, Armutsbekämpfung, Informationstechnologie und Unterstützung bei WTO-Beitrittsfragen.

Regionale Schwerpunkte sind: Ukraine, Weißrussland, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Moldawien, Tadschikistan und Kirgistan. Die Ukraine und Georgien stehen eindeutig im Vordergrund, wobei zu beach-

ten ist, dass die Leistungen an die Ukraine nicht als ODA angerechnet werden.

Das Volumen der estnischen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) betrug 2003 1,8 Mio. Euro (0,03 % des BSP). Die bilaterale EZ ist vorherrschend, sie macht 70 % der Gesamt-ODA aus, auf die multilaterale EZ entfallen 30 %. Vor allen unterstützt Estland UNDP, UNHCR und UNICEF. Daneben wird auch humanitäre Hilfe geleistet (Kosovo, Afghanistan).

Verantwortlich für die Koordinierung der estnischen Entwicklungszusammenarbeit ist die „Development Cooperation Division“ im Außenministerium, daneben gibt es noch „Line“-Ministerien für die Durchführung weiterer Projekte (vor allem das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Erziehungsministerium).

2003 wurde ein „Estonian Development Cooperation Round Table“ eingerichtet, in dem die wichtigsten NROs zusammenarbeiten. Derzeit gibt es etwa 15, die wichtigste NRO ist die E-Government Academy, denn ein Schwerpunkt der estnischen Entwicklungszusammenarbeit liegt in der Vermittlung der Informationstechnologie, die bekanntlich in Estland weit fortgeschritten ist.

Lettland

Im Februar 2003 wurde eine lettische Entwicklungskonzeption verabschiedet (Guidelines for Latvian Development Cooperation). In dieser Konzeption wurden folgende thematische Schwerpunkte formuliert: Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Regionale Sicherheit, Umweltschutz und humanitäre Hilfe.

Regionale Schwerpunkte liegen eindeutig in Moldawien, der Ukraine, Weißrussland und den Balkan-Staaten. Eine Ausweitung auf Afrika und Asien ist nicht beabsichtigt.

Das Volumen der lettischen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 1,4 Mio. US-Dollar (0,03 % des BSP).

Zuständig für die Koordinierung der lettischen Entwicklungszusammenarbeit ist die EU-Abteilung im lettischen Außenministerium. Ferner wurde ein „Consultative Board



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

on Development Cooperation“ eingerichtet, das unter der Koordinierung des AA die Zusammenarbeit mit den „Line“-Ministerien Finanzen, Wirtschaft und Inneres sowie mit den NROs und Wissenschaftlern organisiert. Eine wichtige Rolle spielt in Lettland auch die National School of Public Administration bei der Ausbildung von Spezialisten für Entwicklungszusammenarbeit.

NROs, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit befassen, gibt es praktisch in Lettland bisher nicht.

Litauen

Die litauische Regierung hat Mitte 2003 eine entwicklungspolitische Konzeption verabschiedet (Concept of the Lithuanian Development Cooperation for the year 2003-2005). Die thematischen Schwerpunkte sind: Förderung der Demokratie, regionale Sicherheit sowie Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft.

Die regionalen Schwerpunkte sind ebenso wie bei Lettland: Moldawien, Ukraine, Weißrussland und die Balkan-Staaten.

Das Volumen der litauischen offiziellen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 zwei Mio. US-Dollar (0,03 % des BSP). Die Relation zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit ist nicht bekannt.

Für die Koordinierung der litauischen Entwicklungszusammenarbeit ist zuständig die „Development Assistance Division“ im Außenministerium. Sie koordiniert auch die Aktivitäten mit den „Line“-Ministerien.

Eine NRO-Plattform gibt es in Ansätzen, in der derzeit sieben NROs mitarbeiten.

Malta

Der Entwurf einer entwicklungspolitischen Konzeption liegt vor (Dokument „Development Policy“). Darin wird ein eindeutiger thematischer Schwerpunkt formuliert, nämlich Armutsbekämpfung.

Für Malta liegen die regionalen Schwerpunkte bei den südlichen Mittelmeerländern, Afrika und auch Lateinamerika. Damit ist Malta eines der wenigen EU-Beitrittsländer, die auch in Lateinamerika tätig werden.

Das Volumen der Entwicklungszusammenarbeit Maltas betrug 0,5 Mio. US-Dollar im Jahre 2003 (0,01 % des BSP).

Verantwortlich für die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit ist das „Department for International Cooperation“ im Außenministerium.

Es besteht eine informelle NRO-Plattform, in der acht Organisationen mitarbeiten. Wichtige NROs sind: KOPIN, Fair Trade Cooperative, Share Foundation und Third World Group.

Zypern

Eine entwicklungspolitische Konzeption Zyperns liegt bisher noch nicht vor.

Als thematische Schwerpunkte werden genannt: Förderung der regionalen Sicherheit und nachhaltige Entwicklung.

Regionale Schwerpunkte liegen im Mittleren Osten, vor allem Palästinensische Gebiete, bei den Balkan-Staaten, vor allem Albanien und in Zentral-Asien.

Das Volumen der zypriotischen offiziellen Entwicklungszusammenarbeit betrug 2003 2,3 Mio. US-Dollar (0,02 % des BSP). Die Relation bilaterale/multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist bisher nicht bekannt.

Zuständig für die Entwicklungszusammenarbeit ist das Planungsbüro zusammen mit dem Außenministerium. Das Planungsbüro ist der administrative Arm der zentralen Planungskommission. Es ist dem Präsidenten der Republik direkt unterstellt. Im Planungsbüro wird ein „Scheme for technical assistance to foreign countries“ abgewickelt.

Wichtige NROs in Zypern sind: Medecins Du Monde Cyprus und das Rote Kreuz. Eine NRO-Plattform existiert bisher nicht.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Beitrittsländer sehr schnell in der Lage waren, eigene entwicklungspolitische Konzeptionen zu erarbeiten und zu verabschieden. Sie werden wesentlich die neue EU-Entwicklungspolitik mitgestalten, wobei sie die regionalen Schwerpunkte Zentralasien, Kaukasus und Südost-Europa mit Nachdruck betonen werden. Sie werden aber auch einen Teil ihrer Mittel für die Ukraine und Weißrussland aufwenden, Länder, die ja bekanntlich nicht zu den Ländern zählen, bei denen die Leistungen als offizielle Entwicklungszusammenarbeit anerkannt werden (da sie keine Entwicklungsländer sind).

Die EU-Beitrittsländer leisten bereits einiges an Hilfe. Ihre ODA/BSP-Quoten sind noch relativ gering. Sie reichen von 0,01 % bis 0,1 %. Einige Länder wie z.B. Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Slowenien und Litauen haben jedoch angekündigt, ihre Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren zu erhöhen.

Zu erwarten sind für die europäische Entwicklungspolitik qualitative und quantitative Weiterentwicklungen, die zum Teil den sehr engagierten, jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Außen- und Finanzministerien zu verdanken sind, aber auch dem wachsenden Bewusstsein in diesen Ländern, nun nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Mitgestaltung der internationalen globalen Ordnungspolitik zu haben.

Der Europäische Nationalstaat hat bewiesen, dass er nicht die Kraft hat, langfristig Frieden und Stabilität zu sichern. Deshalb hat Europa ein neues Modell des Zusammenlebens der Staaten entwickelt, das sich als Erfolgsmodell herausgestellt hat. Dieses Modell wird durch die Osterweiterung fortentwickelt. Die wirtschaftliche Stabilisierung ist das was die EU, früher EG und EWG, vorzüglich ins Werk setzen kann, nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Italien, dann in Spanien, Portugal und Grie-

chenland und jetzt in den zehn mittel- und osteuropäischen Staaten.

Fast alle diese Staaten waren ehemalige Diktaturen, die in die EU, wirtschaftlich integriert, zunehmend wohlhabender wurden und dafür ihren undemokratischen Strukturen abgeschworen haben. Die erweiterte Europäische Union muss sich als zivile Weltmacht verstehen, die nicht nur für Stabilität auf dem eigenen Kontinent sorgt, sondern auch eine friedliche und stabile Entwicklung im globalen Maßstab fördert.

tischen Ländern – wieweit man das als öffentliche Entwicklungszusammenarbeit im weiteren Sinne begreifen kann, das ist eine floating discussion.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Fragen

Frau Bendisch:

Herzlichen Dank Herr Prof. Bohnet, ich fand Ihre Ausführungen sehr eindrucksvoll, gerade auch um die Bedeutung der neuen EU-Mitgliedsstaaten bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu erfassen. Ein Aspekt, der auch an dieser Stelle das Spektrum der Konferenz erweitert. Haben Sie direkte Nachfragen?

Wolf Falk:

Wir haben eine gute Zusammenarbeit mit der Region Kaliningrad. Würden Sie diese Region und Ukraine und Weißrussland als Entwicklungsgebiet einordnen?

Prof. Bohnet:

Ich halte es für völlig ausgeschlossen, dass Kaliningrad als Bestandteil Russlands in die Kategorie der Entwicklungsländer gelangt oder nur als Kaliningrad gesondert, so dass die heutige Diskussion so zusammen zu fassen ist: Ukraine möchte diesen Status, Weißrussland ebenfalls, Russland wird natürlich langfristig anstreben zum Bereich der OECD-Länder zu gehören, und das würde auch für das arme Kaliningrad gelten. Das sehe ich sehr realistisch. Dennoch überlegt man, ob die Leistungen, die die neuen Länder auch für Kaliningrad oder derzeit für die Ukraine oder Weißrussland aufbringen, erhebliche Mittel – gerade von den bal-

Dr. Dirk Messner

„Globalisierungspartner Kommune – Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit“

Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich mich ganz herzlich bedanken für die Einladung. Man hat nicht jeden Tag die Gelegenheit in so tollen Örtlichkeiten sprechen zu dürfen, deswegen bin ich froh, dass ich hier den Weg nach Magdeburg finden konnte, aufgrund Ihrer Einladung – herzlichen Dank dafür.

Der Titel meines Vortrags deutet an, dass ich versuchen werde, einen großen Bogen zu schlagen, um das Thema der Globalisierung zusammenzubringen mit dem Thema Kommunen, und um nach der Rolle der Kommunen im Prozess der Globalisierung zu fragen. Ich möchte dies in drei Schritten tun. Zunächst einmal – darum kommt man nicht herum, wenn man über Kommunen in der globalisierten Welt spricht – Ihnen sechs Thesen vorzutragen zu dem was Globalisierung im Kern eigentlich aus der Perspektive von Kommunen bedeutet. In einem zweiten Schritt werde ich dann über die Kommunen als politische Akteure einige Thesen vortragen, um in einem dritten Schritt das zu tun, was mir mit aufgegeben worden ist, nämlich einige Beispiele zu geben zur zukünftigen Rolle auch von Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit und zu Kommunen in einer globalisierten Welt.

Ich beginne mit meinem ersten Punkt, nämlich sechs Vorbemerkungen zur Globalisierung. Erste Vorbemerkung: wenn man Globalisierung versteht als die zunehmende Grenzüberschreitung und globale Vernetzung zwischen den Menschen, Waren, Kapital, Ideen, Wissen, Kulturen, dann ist Globalisierung kein neuer Prozess, sondern ein Prozess, der vor einigen Jahrhunderten begonnen hat. Die Seidenstraße und der Seitenstraßenhandel z.B., der nun schon eine ganze Weile zurück liegt, könnte den Ausgangspunkt darstellen für erste Handelsbe-

ziehungen zwischen Europa und Asien. Oder wenn Sie in das Kommunistische Manifest von Karl Marx hinein schauen – 1848 – und dort lesen, wie er versucht zu zeigen, dass der Kapitalismus die Marktwirtschaft als das Prinzip der Weltwirtschaft in sich trägt. Dort spricht er von den verdampfenden nationalen Industrien, von der immer größer an Bedeutung gewinnenden internationalen Vernetzung zwischen Unternehmen und vielen Dingen mehr. Das ist ein Dokument, das auch schon älter und in Vergessenheit geraten ist. Aber wenn man es entschlackt von ideologischer Überfrachtung, dann ist in Be-



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klaipper.com

zug auf das, was er beobachtet, dass Marktwirtschaft eine globale Tendenz hat, ganz richtig. Also: Globalisierung ist nichts Neues.

Zweite Beobachtung: Globalisierung, die wir heute durchleben, ist etwas qualitativ anderes als die Globalisierung, wie sie sich schon seit Jahrhunderten abzeichnet und sich dann mit der Industrialisierung beschleunigt. Ich glaube, dass der amerikanische Kollege Joseph Nye es mit einem Zitat sehr schön auf den Punkt gebracht hat. Er hat gesagt: die heutige Globalisierung ist „faster, cheaper and deeper“ als die alten Globalisierungsprozesse. Sie ist schneller, sie ist billiger und sie geht tiefer in unsere Gesellschaften hinein. Was ist damit gemeint? „Faster“ das hat natürlich zu tun mit Kommunikations-Revolutionen, die wir durchlebt haben; es ist noch nicht lange her, als das Versenden eines Briefes nach Lateinamerika Wochen dauern konnte und in der Regel

doch nicht ankam oder nur zerfetzte Dokumente übertragen werden konnten. Heute haben wir E-Mail-Kontakt mit Kollegen rund um die Welt. Jeder von uns kann ganz schnell kommunizieren. Die Globalisierung hat sich ungeheuer beschleunigt. Diese Beschleunigung hat natürlich auch einen ungeheuren Anpassungsprozess zur Folge, denn die Dinge bewegen sich sehr schnell. Die heutige Globalisierung ist „cheaper“ und zwar weil sich die Eintrittsbarrieren, um am Globalisierungsprozess teilzunehmen, für Individuen, für Gemeinschaften, für Nichtregierungsorganisationen, für Kommunen, für Unternehmen radikal gesenkt haben. Die Transportkosten sind in den letzten Jahren extrem gesunken, um Güter rund um den Erdball zu transportieren. Die Kommunikationskosten, sind deutlich gesunken in den letzten Jahrzehnten. Die Mobilitätskosten für alle von uns sind deutlich gesunken. Das Phänomen von Bangalore, dass chilenischer Wein heute rund um den Weltball gehandelt werden kann, dass afrikanisches Gemüse auf unseren Tischen landet – all das hat was mit den Prozessen zu tun, dass sich Globalisierung verbilligt. Deswegen können auch lokale Standorte und Kommunen leichter an Prozessen teilnehmen. Zu guter letzt ist dieser Prozess „deeper“, wie Joseph Nye sagt; er geht viel tiefer in unsere Gesellschaften hinein als die alte Globalisierung, die wir beobachten konnten. Um noch mal von der Seidenstraße zu sprechen: das war ein weltumspannendes Handelsnetzwerk, von dem aber nur sehr, sehr wenige Menschen betroffen waren. Heute betrifft Globalisierung uns alle, das sehen wir auf den Arbeitsmärkten, das sehen wir in den Diskussionen über globale Umweltgüter, das sehen wir in den Debatten über internationale Finanzmarktbebewegungen. All das tangiert uns in unseren Ländern aber zugleich alle Länder weltweit. Insofern ist es richtig zu sagen, dass die heutige Globalisierung zu einem „shrinking of the world“ geführt hat, also zu einem Zusammenschrumpfen des Erdballs. Wir sind so dicht vernetzt, wie nie in der Geschichte zuvor.

Dritte Beobachtung: Globalisierung ist mehr als Ökonomie- und Technologietransfer. Globalisierung betrifft Kulturtransfer, Globa-

lisierung betrifft die Internationalisierung der Politik, Globalisierung verändert unsere sozialen Beziehungen als Individuen und Globalisierung hat sehr viel zu tun mit ökologischen Systemen und wir haben spätestens seit der UN-Konferenz in Rio gelernt, dass das globale Umweltsystem ein globales System ist, dass alle Länder dieser Erde miteinander vernetzt.

Vierte Beobachtung und damit nähere ich mich schon meinem Thema der lokalen Dimension von Globalisierung. Globalisierung findet nicht weit draußen in der Welt statt, abseits von dem, was uns alltäglich angeht, vielmehr ist jeder Ausgangspunkt eines jeden globalen Prozesses und auch jeder Endpunkt eines jeden globalen Prozesses zunächst einmal lokaler Natur. Globalisierung ergibt sich aus der weltweiten Vernetzung vieler lokaler Aktivitäten. Die Diskussion um die „global players“ suggeriert, dass Globalisierung gemacht wird von multinationalen Unternehmen, von multinationalen Banken, von anonymen Märkten und Mächten. Aber wir können ganz konkret lokale Akteure benennen, die weltweit verflochten sind. Ich will einige Beispiele geben. Der Niedergang der Schuhindustrie im Sinus-Valley in Brasilien hat zu tun mit der Dynamik der Schuhindustrie an den Küsten von China. Die Umstrukturierung der Industrie für medizinische Geräte in Tübingen hat viel zu tun mit dem Aufbau und der dynamischen Entwicklung der medizinischen Geräteindustrie in Sialkot in Pakistan. Die Quellen des Klimawandels haben lokale Ursachen und lokal benennbare Akteure. Die lokalen Akteure sind nicht etwa die Ränder der Globalisierung. Nein, die Globalisierung hat als Basis lokale Prozesse und lokale Akteure an jedem Anfangspunkt. An jedem Anfangspunkt stehen immer wieder lokale Prozesse, die dann weltweit vernetzt werden. Also Kommunen und lokale Akteure sind nicht nachgeordnete, sondern vorrangige Akteure des Globalisierungsprozesses.

Fünfte Beobachtung: Weltprobleme. Wir haben mit einer zunehmenden Zahl von Weltproblemen zu tun. Ich glaube, das ist ein wichtiges Charakteristikum der neuen Globalisierung. Armut und Krankheiten, die sich

global ausbreiten: Aids und die Angst vor SARS; zerfallende Staaten, die was mit Sicherheitsproblemen internationaler Natur zu tun haben; die neuen Kriege, von denen wir sehen, dass sie sich immer stärker privatisieren und nicht mehr die alten Kriege zwischen Nationalstaaten. Die Weltumweltprobleme, von denen ich bereits gesprochen hatte, die Instabilität der internationalen Finanzmärkte, das Wasserproblem als globales Problem. Ich werde auf diese Weltprobleme als ein wichtiges Charakteristikum der Globalisierung noch zurück kommen, weil ich Ihnen zeigen möchte, dass nahezu keines der zentralen Weltprobleme ohne die Kooperation, die Zusammenarbeit und Beiträge von Kommunen lösbar sein wird.

Sechste und letzte Beobachtung zu dem was man Globalisierung nennt: wir sind in einer Phase des Übergangs, um es etwas abstrakt zu formulieren, einer Welt, die durch ein Territorialstaatsprinzip charakterisiert wird; Nationalstaaten bilden die Basis der alten internationalen Weltpolitik, und wir befinden uns in einem Übergang zu einer Welt, in der immer weniger das Territorialstaatsprinzip dominiert, sondern sehr stark die Funktionalität von Systemen, die sich nicht an territoriale Grenzen halten, an Bedeutung gewinnt.

Die Weltwirtschaft ist ein solches System. Die Weltwirtschaft ist mehr als die Summe von nationalen Ökonomien. Die Weltwirtschaft ist ein funktional integriertes System. Die Umwelt ist ein solches System, sie ist nicht nationalstaatlich, territorial organisiert und separiert, sie ist ein transnationales System. Die Kommunikation, macht längst nicht mehr vor nationalstaatlichen Grenzen halt, sie ist global organisiert. Die Wissenschaft, die noch bis vor wenigen Jahren sehr stark national organisiert war, mit nationalen Standards für Qualität, mit vor allem nationalen Austausch zwischen den Wissenschaftlern ist ein internationales System geworden. Also vom Territorialprinzip hin zum Funktionalitätsprinzip. Was heißt das eigentlich für Kommunen? Diese Frage möchte ich im Anschluss diskutieren. Das waren meine sechs Elemente zur Charakterisierung dessen, was man Globalisierung nennt.

Welche Rolle spielen nun in dieser Welt der Globalisierung die Kommunen?

Meine These ist zunächst: sie sind manchmal Opfer, weil Kommunen unter einem enormen Anpassungsdruck in dieser globalisierten Welt stehen; sie sind oft Gewinner, und ich möchte Ihnen später einige dieser Gewinner vorführen. In jedem Fall ist es ganz wichtig, dass die Kommunen und die lokalen Akteure zu aktiven Akteuren zur Gestaltung der Globalisierung werden, weil sie sonst ganz sicher auf der Verliererstraße landen müssen. Ich komme zum zweiten Punkt meiner Ausführung, die etwas kürzer ausfallen wird. Die Kommunen als Akteure – ich möchte drei Anmerkungen dazu machen. Zunächst ist es mir wichtig zu sagen, dass die Kommunen eine sehr heterogene Gruppe darstellen. Das ist banal aber nicht unwichtig. Ich habe neulich von Herrn Hilliges gelernt, der ja in dieser Diskussion über Kommunen und kommunale Entwicklungspolitik einer der Pioniere ist, dass wir es weltweit mit gut 400.000 Kommunen zu tun haben. Kommunen sind Einheiten von kleinen Gemeinden in Afrika, Lateinamerika aber auch in Nordamerika und Europa, bis hin zu den Megacities wie Bangkok, New York und vielen anderen. Von den Megacities bis hin zu den kleinen Gemeinschaften, das alles fassen wir unter Kommune, eine sehr heterogene Gruppe mit sehr unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Möglichkeiten der Reichweite eigenen Handelns in dieser globalisierten Welt.

Zweite Beobachtung: Die „small is beautiful“-Perspektive auf Kommunen als so etwas wie Inseln und Schutzräume vor den Zumutungen der Globalisierung, wie man sie manchmal in Publikationen findet, die hat aus meiner Sicht keine Zukunft. Die Frage ist, wie sich lokale Akteure auf Globalisierung einstellen können, weil man sich nur dann vor der Globalisierung „schützen“ oder partizipativ an ihr teilnehmen kann, wenn man die Herausforderungen annimmt. Also Kommunen als aktive Akteure, Kommunen nicht als Schutzräume.

Mein dritter Punkt: Subsidiariät. Subsidiariät ist ein kluges Prinzip, aber schwer zu füllen. Denn was am besten auf der lokalen Ebene,

auf der nationalen Ebene, auf der regionalen Ebene, oder in Integrationsräumen wie der Europäischen Union verarbeitet werden kann und bearbeitet werden sollte, das ist nicht so leicht zu beantworten und vor allen Dingen verändert es sich sehr rasch. Wir hatten die Vorstellung, als sich die Europäische Union zu entwickeln begann, dass wir mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips sehr leicht einteilen können, was man denn am besten auf der lokalen, der nationalen und europäischen Ebene bearbeitet. Wir haben lernen müssen, dass die Antworten darauf nicht so leicht ausfallen. Das hat damit zu tun, dass wir uns entfernen vom Territorialprinzip und uns hin in diese funktional organisierte Welt hinein begeben. Denn wir leben nicht in einer Welt, die aufgebaut ist wie ein Schichtenmodell, auf der lokalen Ebene mit den lokalen Angelegenheiten, auf der nationalen Ebene mit den nationalen Angelegenheiten, auf der europäischen und globalen Ebene mit den entsprechend höher gelagerten Angelegenheiten. Sondern Sie werden sehen – wenn ich über Prozesse der Globalisierung und ihre Bedeutung für Kommunen spreche –, diese Dinge verschränken sich sehr stark, sie wachsen ineinander. Also Subsidiarität ist als Leitidee sehr wichtig, aber sie ist sehr schwer, wenn es darum geht zu sagen, was das denn konkret heißt für die Aufgabenteilung zwischen unterschiedlichen Handlungsebenen.

Vierter Punkt: vier Felder für Rollen und Aufgaben und Möglichkeiten von Kommunen in der globalisierten Welt: Erste Frage: welche Bedeutung haben Kommunen als lokalen Akteure in der globalisierten Weltwirtschaft, im globalisierten Wettbewerb? Globalisierung ist nicht nur Ökonomie, aber Globalisierung ist natürlich zu einem beachtlichen Bestandteil Ökonomie. Alles was da noch unterschiedlich ist, das ist reine Folklore, so ein Soziologe und Systemtheoretiker, einer der großen Schüler von Niklas Luhmann, einer der großen Soziologen des letzten Jahrhunderts. Ich sehe diese Welt ganz anders, ich glaube nicht, dass im Prozess der Globalisierung, Homogenisierung und Lokalität und die Handlungsspielräume von lokalen Akteuren grundsätzlich an Bedeutung verlieren. Ich beobachte vielmehr das

folgende: Die Gestaltung von lokalen Standorten in die spezifischen Bedingungen, die man in den lokalen Standorten schafft, sind von außerordentlich großer Bedeutung für lokale und regionale Standorte, da sie subnationalen Einheiten in der Weltwirtschaft sind. Was sich angleicht in der Weltwirtschaft sind tatsächlich die makroökonomischen Rahmenbedingungen. Es geht überall auf der Welt um Stabilität, Fiskaldefizitbekämpfung, Inflationssenkung, stabile Rahmenbedingungen. Makroökonomie gleicht sich weltweit tatsächlich an. Da liegt der Unterschied, wenn man erklären will, warum bestimmte Regionen dynamischer sind als andere. Dann helfen uns die Analysen der makroökonomischen Rahmenbedingungen, denn hier ist tatsächlich ein Konvergenzprozess zu beobachten. Die spezifischen Bedingungen auf der Ebene der lokalen und regionalen Standorte machen den Unterschied aus. Wie sind Unternehmen miteinander vernetzt, mit was für einem lokalen Unternehmensumfeld können Sie arbeiten? Gibt es Universitäten und Technologieeinrichtungen, Ausbildungseinrichtungen, die ein Unternehmensumfeld garantieren, das dann dynamische Entwicklungen möglich macht? In diesem Bereich gibt es sehr viele Handlungsspielräume und auch für lokale Akteure viel zu tun, um sich in der Weltwirtschaft entsprechend zu positionieren. Große Handlungsspielräume also – ich sage nicht, dass es ein leichtes Geschäft ist. Wir sind hier in Ostdeutschland und jeder weiß hier, dass es sehr schwierig ist, Regionen in der Weltwirtschaft zu verankern.

Eine dritte Beobachtung: lokale Standorte, die wir in den Wirtschaftswissenschaften neomodisch "cluster" nennen. Diese lokalen "cluster" und Standorte sind in globale Wertschöpfungsketten längst integriert. Wir wissen, dass nur ein Drittel des Welthandels frei gehandelt wird, ein weiteres Drittel ist der Handel im Kontext von multinationalen Unternehmen, also Mercedes-Benz-intern, VW-intern, Ford-intern, usw., ein weiteres Drittel findet tatsächlich auf Spotmärkten statt, so wie man sich das vorstellt, wenn man Adam Smith gelesen hat, der Handel auf den Märkten, wo jeden Tag ein anderer Kunde auftritt und anonyme Akteure Handel

miteinander treiben. Das letzte Drittel des Welthandels, mit dem wir es heute zu tun haben, findet in ziemlich stabilen, globalen Produktions- und Handelsnetzwerken statt. Aus Entwicklungsländern wissen wir aus Forschungen, die wir auch im DIE betrieben haben, dass 60 bis 70 % des Exports der Entwicklungsländer in diesem globalen, ziemlich stabilen Handelsnetzwerken stattfindet. Hierzu Beispiele: die Schuhindustrie in Brasilien ist in zwei große globale Wertschöpfungsketten Richtung Europa und Richtung der USA integriert. Die Fliesenindustrie in China, Brasilien und Mexiko ist ebenfalls nur in wenige globale Wertschöpfungsketten organisiert. Warum erzähle ich das, warum ist das wichtig? Das ist deshalb wichtig, weil für die Gestaltung von lokalen Standorten, so haben wir gelernt, in denen regionale und lokale Akteure erfolgreich sein wollen im globalen Wettbewerb, sie sehr genau diese globalen Wertschöpfungsketten kennen müssen, um eine kluge und wirksame Politik in ihren lokalen Kommunen und ihren regionalen Standorten betreiben zu können. Das ist eine große Herausforderung. Denn diese Kommunen sind nicht in anonyme Weltmärkte eingebunden. Sie sind in gut beschreibbare, globale Wertschöpfungsketten eingegliedert. Wir haben bei einer Untersuchung aus 2004 festgestellt, in der wir uns 20 Entwicklungsländerstandorte weltweit, aber auch zehn Industrieländerstandorte international angeschaut haben, dass das Wissen über globale Wertschöpfungsketten der Akteure, die globale Politik auf der Ebene der lokalen Standorte machen, begrenzt ist. Also lokale Akteure müssen lernen sich in diesen globalen Strukturen zu bewegen und Politiken zu machen, die kompatibel sind mit dem, was die Globalisierung von ihnen verlangt. Ich kann Ihnen sagen, das ist ein kompliziertes Geschäft, das ist ein wichtiger Punkt. Wir sind mit dem BMZ z.B. in der Diskussion über dieses neue Bild der Integration von lokalen Akteuren in die Weltwirtschaft, weil unsere alten Instrumente und Politiken nicht auf dieses neue Bild ausgerichtet sind. Wir haben z.B. ein Programm der Unterstützung mit der Wirtschaftsförderung im Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen, weil hier die

Probleme ganz ähnlich angesiedelt sind. Also, lokale Akteure müssen sich auf diese neuen Fragen einstellen.

Eine vierte Beobachtung zum Kontext von internationalem Wettbewerb und lokalen Akteuren: Diese Wertschöpfungsketten, über die ich spreche, sind nicht nur wichtig wenn es um Wettbewerbsfähigkeit und technologische Entwicklung geht, sondern sie sind insbesondere wichtig, um zu verstehen, wie man soziale und ökologische Dimensionen in den Regionen, die in die Weltwirtschaft hinein wachsen, stabilisieren kann. Ich möchte das an einem für mich absolut faszinierendem Beispiel erläutern: wir haben gesehen, dass in 20 wichtigen Standorten in Ostafrika der Gemüseexport an Bedeutung gewinnt und für die lokalen Ökonomien in Ostafrika von großer Bedeutung ist für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung. Das geht seit etwas zehn Jahren so. Am Anfang dieses Prozesses waren die lokalen Standorte mit den üblichen, nicht besonders erfreulichen, sozialen und umweltpolitischen Problemen behaftet; die Überdüngung des Bodens, schlechte Löhne, schlechte soziale Absicherung, Repression auf der Ebene der Unternehmen gegenüber Frauen und Gewerkschaften, all diese bekannten Aspekte. Dann sind NGOs in London darauf gekommen, sich mit diesen lokalen Standorten zu beschäftigen und haben versucht, auf der lokalen Ebene gemeinsame lokale Bündnisse von London aus mit diesen ostafrikanischen lokalen Kommunen zu knüpfen. Sie sind dabei nicht weit gekommen. Dann hat irgendein Vertreter dieser NGOs in London sich gefragt, wer importiert eigentlich diese ganzen Produkte aus diesen lokalen Standorten in Ostafrika in die europäische Union? Er ist auf die geringe Zahl von drei bis vier großen Handelsunternehmen in Europa gekommen, die diese Produkte für unseren europäischen Markt importieren. Eine ungeheure Komplexitätsreduktion. Der Versuch vorher war von London mit einer Vielzahl von Unternehmen mit den lokalen Standorten Ostafrikas zusammen zu arbeiten. Danach hatte man es mit vier großen Handelsunternehmen zu tun, mit denen die NGOs dann in die Bütt gegangen sind, um über soziale und ökologische Standards zu

verhandeln. Sie sind dabei von der Europäischen Union unterstützt worden, und es ist tatsächlich so was wie ein privates Umwelt- und Sozialregime entstanden für die ostafrikanischen Gemüsehersteller. Um den Anpassungsprozess in diesen Kommunen zu verbessern, hat die Weltbank eine ganze Reihe von Programmen finanziert, dass die Unternehmen in die Lage versetzte, auf diesem Niveau zu produzieren. Das ist eine ganz faszinierende Geschichte. Diese Interaktion zwischen lokalen Akteuren und internationaler Politik und internationaler Wirtschaft, das impliziert eine Reihe von Ansatzpunkten für eine neue Politik, die auf lokale Akteure ausgerichtet ist, auch in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zweites Beispiel: Weltprobleme. Klima, Wasser, Armut etc. – in all diesen Feldern von Weltproblemen brauchen wir globale Regelwerke, an denen wir uns ausrichten müssen. Das ist in Bezug auf Wasser klar, das ist in Bezug auf Waldschutz klar, das ist in Bezug auf die Klimapolitik klar. Aber nachdem wir über schwierige Verhandlungsprozesse diese Regeln definiert haben, müssen letztendlich die Politiken auf lokaler und nationaler Ebene entwickelt werden, damit diese Aktionsprogramme überhaupt umgesetzt werden. Klimapolitik hängt davon ab, ob es lokal und subnational gelingt, entsprechende Verkehrs- und Energiepolitik zu betreiben, Effizienzrevolution im Häuserbau voranzutreiben und vieles mehr. Also keines der globalen Probleme ist ohne lokale Aktivitäten lösbar.

Drittes Aktionsfeld: Kommunen als Orte für Demokratie, Stabilität, politische Systeme und Bürgergesellschaft. Ich weiß, dass Sie darüber beraten haben und kann es auch in Ihrem Papier zum Abschluss der Konferenz sehen. Ich würde sagen, die globale Stabilität, eine kooperative „Global Governance“, ist abhängig von der Fähigkeit, weltweit Demokratie zu stärken. In der arabischen Welt z.B., ist es ein großes Thema, wenn wir über die Prozesse nach dem 11. September nachdenken; globale Partnerschaft, globale Kooperation und „Global Governance“ hängen letztlich davon ab, dass die kooperierenden Akteure auch legitimiert sind.

Ich komme jetzt zur Rolle der lokalen Akteure in diesem Prozess, dass Alex de Tocqueville, einer der großen Vorväter der demokratischen Theorien, völlig recht hatte, wenn er sagte, „die Kommunen, das sind die Keimzellen und Schulen der Demokratie“. Nationale Demokratie und erst recht der Versuch, auch noch europäische Politik und globale Politik sukzessive demokratischer und transparenter zu gestalten, ohne die Schulen der Demokratie und die Keimzellen der Demokratie zu stärken, das wird uns ganz sicher nicht gelingen. Also ein wichtiges Feld für Zusammenarbeit auch in der Entwicklungspolitik mit lokalen Akteuren als der Grundlage für Demokratie sind Kommunen. Sie sind aber nicht nur Schulen und Keimzellen der Demokratie, sondern wichtige Akteure für globale Partnerschaften. Für Partnerschaften zwischen Städten, völkerrechtliche Verträge sind wichtig, Diplomatie ist wichtig, aber wie im richtigen Leben auf der individuellen Ebene, dass sich Menschen kennen lernen, verstehen, sich austauschen können, ein gemeinsames Verständnis davon gewinnen, was überhaupt gemeinsame Probleme und gemeinsame Interessen sein können. Das alles darf sich nicht nur auf der Ebene von globalisierten Eliten abspielen. Letztendlich wird das nur Bestand haben können, wenn es zugleich gelingt, Globalisierung nicht nur von oben über die Vereinten Nationen und die Europäische Union, sondern auch von unten zu gestalten. So wie in unseren nationalen Demokratien, nationale Regelwerke und nationale Stabilität unmöglich sind, ohne die Vernetzung mit der lokalen Ebene, so gilt es erst recht im globalisierten Prozess. Aber das ist schwer und wir alle wissen, dass das sehr kompliziert ist, diese globalen Prozesse zu verbinden mit diesen schwierigen internationalen Fragen, mit denen wir es zu tun haben. Aber ich glaube es gibt gar kein Vorbei an der Herausforderung, Schul-, Städte- und Universitätspartnerschaften zu stärken, lokale Unternehmen miteinander zu vernetzen. Wenn das nicht gelingt, wird es uns ganz sicher nicht gelingen, Transparenz und Offenheit in die internationale Politik hinein zu bringen, über die Demokratie im globalen Maßstab auch nur nachzudenken;

Toleranz und gemeinsames Verstehen wird nicht gelingen. Für mich ist dieses Zusammenspielen von Prozessen auf lokaler Ebene fundamentaler Bestandteil dessen, was ich dann globale Kooperation und internationale Zusammenarbeit und „Global Governance“ nennen würde.

Letzter Punkt: Die Stärkung der lokalen Akteure, Dezentralisierungsprozesse. Jetzt muss ich ein wenig Wasser in den Wein gießen, denn wir haben schon eine Menge an Erfahrungen in diesem Prozess der Stärkung von Kommunen, und da ist der Schritt in Richtung von Dezentralisierungsprozessen nicht weit. Seit den 1990er Jahren ist das in der Entwicklungspolitik ein Top-Thema. Wir haben eine Vielzahl von Programmen der deutschen und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, der Weltbank, die in diesem Prozess der Stärkung der Regionen und Dezentralisierung viel Geld investiert haben. Es gibt eine ganze Reihe von Querschnittsevaluierungen und Untersuchungen, die sich weltweit diese Prozesse angeschaut haben, in welche Richtung das gegangen ist; auch unser Institut hat sich in diesen Prozess eingeklinkt und beschäftigt sich mit der Frage, hat das denn funktioniert dieser Prozess der Stärkung der lokalen Akteure? der Dezentralisierung mit dem Ziel der Stärkung von Demokratie, der Stärkung von Governance-Potenzialen und der verbesserten Möglichkeiten der Kommunen, sich in der internationalen Szenerie zurecht zu finden?

Drei Beobachtungen sind dabei heraus gekommen, und sie markieren, dass wir ein bisschen dialektischer oder komplexer denken müssen, als wir das in unseren Programmen in den 1990er Jahren umgesetzt haben. Diese drei Beobachtungen oder Ergebnisse sind die folgenden:

Ohne funktionstüchtige nationale Rahmenbedingungen kann Dezentralisierung in der Regel wenig erreichen, d.h. wenn man Dezentralisierung stärken will, dann darf man dabei nicht vergessen, dass Dezentralisierung und Stärkung von Kommunen nur dann gelingt in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, in Bezug auf die Leistungsfähigkeit von der Herstellung öffentlicher Güter, wenn gleich-

zeitig auf der nationalstaatlichen Ebene für Stabilität und für effektives Regierungshandeln Vereinbarungen getroffen werden. Wir haben in vielen Ländern beobachtet, wie die Interventionen und die Versuche über Entwicklungspolitik die nationalen Rahmenbedingungen zu verbessern, Strukturen abgebaut worden sind zugunsten von Dezentralisierungsprozessen – das geht nicht gut. Dezentralisierung macht nur dann Sinn, wenn man zugleich das Zusammenspiel der dezentralen Ebene und der lokalen Akteure mit den nationalen Akteuren zugleich vor Augen hat – erste wichtige Beobachtung.

Ohne zugleich die nationalen Prozesse vor Augen zu haben dort für Ausgleich zu sorgen, für demokratische Prozesse und Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, kann die Stärkung der lokalen Ebene und lokalen Akteure ungewollt dazu führen, dass man alte lokale Eliten wieder in politisch interessante Prozesse hinein bringt. In Bolivien z.B. lokale Eliten, die im Prozess der Demokratisierung auf nationaler Ebene in den 60er, 70er, 80er Jahren sukzessive an Bedeutung verloren haben, die plötzlich, weil die Regionen einfach noch nicht gut organisiert sind, wenn es sehr schnell dazu kommt, dezentrale Strukturen aufwerten zu wollen, wieder die wichtigsten Player sind. Also wer beachtet, dass er da für Ausgleich sorgt und zugleich unterschiedliche Handlungsebenen vor Augen hat, der kann Effekte in Gang setzen, die er möglicherweise nicht intendiert hat, als er mit dem Prozess der Stärkung der lokalen Akteure begonnen hat.

Die letzte Beobachtung, die wir gemacht haben: ohne funktionstüchtige nationale politische Systeme, kann Dezentralisierung zu weiteren Fragmentierungen in Entwicklungsländergesellschaften führen. Wir brauchen starke, leistungsfähige, nationale Rahmenbedingungen, damit Dezentralisierung und Stärkung lokaler Akteure auch tatsächlich gelingt. Das ganze muss in einem ausgewogenen Verhältnis zu einander stehen.

Schlussbemerkungen

Erste Schlussbemerkung: „Global denken, lokal handeln“ – das reicht nicht mehr aus. Wir müssen global denken, wir müssen glo-



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

bale Prozesse kennen, wir müssen verstehen, wie Globalisierung funktioniert. Aber lokale Akteure dürfen nicht nur lokal handeln, sondern sie müssen zugleich aktive Akteure in komplizierten internationalen Prozessen werden wollen. Das ist mehr als „global denken, lokal handeln“ – wir müssen global denken, lokal handeln und zugleich an diesen Schnittstellen, wo lokales Handeln mit nationalem und internationalem zusammenhängt, uns dafür aufstellen, dort mitspielen zu können.

Zweitens: ich habe versucht zu zeigen, dass die Globalisierung vor Ort beginnt. Globalisierung ist nicht Weltwirtschaft, New York und die Börse in Frankfurt. Globalisierung findet vor Ort statt. Die globalen Wertschöpfungsketten, die in die Regionen hinein reichen, wo auch in einer ostafrikanischen kleinwirtschaftlichen Ökonomie der Gemüsebauern transnationale Sozial- und Umweltstandards gelten. Globalisierung findet auf lokaler Ebene statt und durchdringt die internationale Gesellschaft.

Dritter Punkt: Lokale Akteure müssen sich weltweit vernetzen. Das ist ein Prozess, der mit dieser Konferenz und mit den Vorläufer-Konferenzen stattgefunden hat, und angestoßen wird, um Ihre Interessen einbringen zu können und von einander lernen zu können. Das Netzwerk – von dem wir hier reden – ist Bestandteil dieses Prozesses. Das Netzwerk der regionalen Regierungen für „Sustainable Development“, „Network of Regional Governments for Sustainable Development“ ist ein ähnlich geartetes Netzwerk, in dem regionale Akteure versuchen, sich in diesem Prozess von „Sustainable Development“ in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft einzubringen.

Letzter Punkt: lokale Akteure müssen sich „Global Governance“-Kompetenzen aneignen, die Kompetenzen in internationalen Kontexten kompetent aufzutreten. Das gilt nicht nur für Wirtschaftsförderer oder Standortpolitiker in Düsseldorf, Berlin oder Magdeburg; das gilt ganz genauso in Santiago de Chile oder Concepción, im Süden Chiles, und anderen Kommunen in Entwicklungsländern. Sie müssen lernen, sich in diesem globalisierten Wirtschaftskreisläufen gut zu positionieren. Das ist ein sehr schwieriges Stück Arbeit. Aber ich glaube, man kommt nicht darum herum. Also große Herausforderungen, vielfältige Handlungsspielräume und ein großes Programm, das für uns alle noch eine Vielzahl von Arbeitsfeldern verspricht und insofern ist Ihre Konferenz eine wichtige Zwischenstation, der ganz bestimmt viele wichtige Bausteine zusammengetragen hat für die zukünftige Rolle von Kommune in der globalisierten Welt und für internationale Zusammenarbeit, aber ich bin mir sehr sicher, dieses Thema wird uns noch eine ganze Weile beschäftigen.

Herzlichen Dank.



Fragen

Frau Bendisch:

Vielen Dank für Ihre interessante und differenzierte Ausführung zum Thema Globalisierung. Ich habe mitgenommen: Globalisierung wird nicht nur billiger, sie geht auch tiefer und uns alle etwas an und ich fand es eindrucksvoll zu sehen, dass Globalisierung eine Form oder ein Gesicht gegeben werden muss und alles das, was man kennt, kann man einfacher gestalten. Gibt es Fragen und Anmerkungen?

Klaus Wazlawik:

Ich möchte drei Dinge nennen. Erstens: die Entwicklung in der Welt ist negativ, sie können den letzten Entwicklungsbericht der UN zu diesen Dingen sehen, d.h. Sie stellen etwas entgegen, was in Wirklichkeit an vielen Stellen ganz anders abläuft. Zweitens: wir

haben einen ökologischen Fußabdruck in der Welt, dass wir zwei bis drei Erden brauchen, um diesen Lebensstil weiterzuführen, den wir haben. Darauf sind Sie gar nicht eingegangen. Drittens: die Frage des globalen Handelns ist eine Frage der Preise. Sie wissen wie ich, wenn das Erdöl im Prinzip für die entsprechenden Akteure fast nichts kostet, dann kann man sich dieses erlauben. Das ist in einer ökologischen Weltwirtschaft überhaupt nicht möglich. Viertens: was mich einfach erstaunt ist, dass Sie meinen, die Gewinner sitzen wo anders. Sie wissen doch, wo die Gewinne heute hin fließen, die aus dieser Globalisierung auftreten.

Unbekannte Person:

Gibt es beim Weltbank-Projekt für die ostafrikanischen Gemüsebauern auch Projekte, um die Kleinbauern zu entschädigen? Man weiß ja, dass ihnen oft auf ganz brutale Weise Land weggenommen wird. Gibt es Projekte, die für einen Ausgleich sorgen, dass die Bauern wieder für sich selbst produzieren können? Wenn sie vertrieben werden von ihrem Land, dann ist das schlimm, nur nicht für das Gemüse auf unserem Markt.

Dr. Dohle:

Ich fand es einen ungeheuren interessanten und reichen Vortrag – vielleicht eine Bemerkung zu Ihren Beobachtungen hinsichtlich der Ambivalenzen in Dezentralisierungsprozessen. Ein bisschen provokativ: Ich stimme Ihren Beobachtungen zu. Es gibt vielleicht eine weitere, die auch auf die EZ zurück schlägt. Wir sehen das und ich habe das selbst auch in Brasilien erlebt, dass über die EZ-Instrumente Budget- und Programmfinanzierung, häufig Dezentralisierungsprozesse, die auch wir mit angestoßen haben, unterlaufen werden. Das bedeutet im Klartext, dass Bürgermeister von Kommunen in die Hauptstadt reisen, um sich dort Gelder abzuholen, über die Programme finanziert werden, die lokal nicht ankommen. Die auch an der Dezentralisierung vorbeigehen, die also die ganze mittlere Ebene ausschalten. Da müssen wir uns Gedanken machen, ob wir unsere eigenen Instrumente nicht kaputt machen.

Unbekannte Person:

Ich fand den Vortrag auch sehr gut. Es ging um die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit. Einen kleinen Punkt als Anmerkung, um das zu Unterstreichen, was Sie sagten – die Geschichte mit der Berücksichtigung der nationalen Vorgaben, damit auch lokale Akteure entsprechend gestärkt werden: Wenn man diese ganze Folterdiskussion in der Türkei bedenkt und sieht, dass national in diese Richtung gesagt wird: wir sind dagegen. Da merkt man, da ist die umgekehrte Aufgabe noch da, da muss es lokal noch umgesetzt werden. Also Sie haben nur die andere Seite betont, ich denke es ist eine Wechselbeziehung, und von Fall zu Fall nötig, mal die eine mal die andere Seite zu sehen.

Dr. Messner:

Vielen Dank für die Fragen, natürlich auch für die kritischen – das wäre ja noch schöner, wenn hier ein breiter Konsens über alle möglichen komplizierten Fragen vorliegen würde. An mancher Stelle musste ich etwas holzschnittartig argumentieren und ich will versuchen, das etwas zu differenzieren. Die erste Frage ging in die Richtung: ist denn das Bild überhaupt richtig? Haben wir es nicht mit einem weltweiten Abwärtstrend zu tun, Zunahme von Armut u.s.w.? Ich würde sagen, es ist ein sehr differenziertes Bild was da entsteht. Wir haben auf der einen Seite mit der riesigen Herausforderung zu kämpfen, dass ganze Regionen und Subregionen, makroregionaler Art, aus der Weltwirtschaft quasi herausfallen. Das gilt für wiete Teile der Subsahara Afrikas. Wenn Sie sich die Daten anschauen, Welthandel und Direktinvestitionen, Investitionen in Forschung und Entwicklung in Afrika, kann man feststellen, dass sich seit den 1960er Jahren hier tatsächlich ein sich verschlechternder Trend durchgesetzt hat. Der Anteil der ganzen afrikanischen Ökonomie inklusive Südafrikas am Welthandel liegt bei 2,5 %, in den 1960er Jahren 5-6 %, wenn ich es richtig vor Augen habe, bei Direktinvestitionen ganz ähnlich. Wir haben es mit einem riesigen Problem zu tun, weil ganze Regionen der Weltwirtschaft an den Rand gedrängt worden sind, und das, was in den 1970er Jahren mal eine prominente und vielgeliebte

Entwicklungsstrategie war, nämlich die Strategie der Abkopplung von der Weltwirtschaft, sich nun wiederfindet im globalisierten Kontext, mit verheerenden Auswirkungen. Das ist die eine Seite der Globalisierung. Unsere Frage ist, was wir mit entwicklungspolitischen Mitteln tun können, um dort gegenzusteuern. Wir haben aber auch ein ganz anderes Bild in der gleichen Weltwirtschaft. Wenn Sie sich China in den vergangenen drei Dekaden anschauen und wenn Sie sich die Entwicklung in Indien in der letzten Dekade anschauen – Wachstumsprozesse, die atemberaubend sind. Von denen man nicht sagen kann, dass sie von heute auf morgen in europäischen Wohlfahrtsstaatsmodellen einmünden. Das wäre ja auch völlig absurd, in Ländern, die starten bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 300-400 US-Dollar. Aber in diesen beiden Ländern sind in den letzten zweieinhalb Dekaden Millionen Menschen aus absoluter Armut heraus gewachsen. Das ist ein sehr wichtiger Prozess. Wir wissen, dass in den 1970er Jahren Länder wie Süd-Korea, Hongkong, Taiwan und andere diesen Prozess in Gang gesetzt haben. Süd-Korea hatte Anfang der 1960er Jahre ein Pro-Kopf-Einkommen von 500 US-Dollar, heute von 12.000 US-Dollar – es ist ein OECD-Land geworden. Wir müssen uns fragen, was in diesen Ländern funktioniert hat, so dass sie wettbewerbsfähig werden konnten auf dem Weltmarkt, und wir müssen uns dieses differenzierte Bild vor Augen halten. Die Weltwirtschaft ist kein Gleichmacher. Ich hatte gestern bei uns im DIE einen Workshop zum „private sector development“, und da wurde eine ganz ähnliche Frage gestellt, auch in Bezug auf China. Es wurde gesagt, das ist alles Sozial-Dumping, was da passiert. Das ist nicht ganz richtig in der Beobachtung, weil wir sehen können, dass die Regionen, die in China dynamisch sind, in Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen, Stabilität von Regelwerken, mittlerweile ein Niveau erreichen, wie wir das aus Chile kennen. Das war vor zehn Jahren noch völlig anders. Was da passiert, ist enorm und wir müssen mit in Rechnung stellen, was da an Prozessen in Gang gesetzt wird, um Wohlstand zu verbessern und zu-

gleich sehen, wie wir die Akteure, die hinten runterfallen, in diesen Prozess mit eingebunden werden.

Alles was Sie zu Ökologie und zum ökologischen Fußabdruck gesagt haben, das teile ich voll. Gerade deshalb ist internationale Kooperation so unglaublich wichtig. Es gibt keine einfachen Lösungen, wir brauchen eine Effizienzrevolution, wir brauchen die Umstellung der fossilen auf andere Formen der regenerativen Energien. Da gibt es zwischen uns kein Dissens.

Was ist mit den kleinen Unternehmen in Ostafrika? Es gibt die Prozesse, die Sie beschreiben. Die Unternehmen, die wir untersucht haben, sind Kleinunternehmen. Wir können feststellen, dass Unternehmen mit 30-40 Personen durch die Bündelung ihres Exportes und die Kooperation mit Handelsunternehmen in der Lage sind, für den Weltmarkt zu produzieren. Damit verdrängen sie nicht die Produktion für die lokalen Märkte und die Nahrungsmittel, sondern erhöhen ganz enorm ihre Einkommen. In diesen Regionen findet ökonomischer und sozialer Fortschritt statt. Die Hebelwirkung, über die ich sprach, die ich so faszinierend fand: Als wir angefangen haben dieses Projekt zu machen, habe ich das gar nicht vermutet, dass soziale und ökologische Standards im Kontext europäischer Zusammenarbeit, Londoner NGOs, DFID stattfindet, also dem englischen Entwicklungsministerium und ostafrikanischen Kleinunternehmern, und so ein soziales und ökologisches Regime entsteht, dass sich im sozialen Bereich an den ILO-Kernstandards orientiert.

Frau Bendisch:

Ich denke, wir müssen nicht nur Globalisierung gestalten, sondern auch einen guten Abschluss dieser Konferenz. In diesem Sinne danke ich für die anregende Diskussion.

Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

„Zum guten Schluss“

Vielen Dank, meine Damen und Herren,

ich halte keine Ausblickrede, denn Sie bekommen alles, die Beiträge aus den Diskussionen: Kommunen, EU-Osterweiterung, Gestalter im Globalisierungsprozess, gedruckt. Mir bleibt nur als Leiter der Servicestelle eine Danksagung. Erst mal den Menschen, die dafür gesorgt haben, dass die Blumen hierher gekommen sind, dem Flower-Label-Programm für das Sponsoring der Blumen, das war eine gelungene Werbeaktion. Ich hoffe, dass sich das verbreitet. Ganz besonders dem Kongressbüro möchte ich danken, vor allem Frau Shlyapin, weil sie im Hintergrund mit ihrem Team eine super Arbeit geleistet hat. Den vielen Leuten von der Johanniskirche, die im Hintergrund waren, die eine ganz professionelle Dienstleistung zur Verfügung gestellt haben, so dass der Kongress so „smooth“ und mit der nötigen Ruhe und Gelassenheit vollzogen werden konnte. Darin schließe ich gerne ein, die Stadt und das Land Sachsen-Anhalt. Ich fand es ganz wichtig, dass die Stadt und auch das Land mit einem finanziellen Beitrag diese Konferenz möglich gemacht hat.

Den beiden großen Sponsoren möchte ich danken, nicht nur weil es sich so gehört, sondern weil im BMZ in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden hat, und die Kommunen als Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen werden. Das ist ein immenser Schritt.

Auch in Deutschland bewirkt Public-Private-Partnership positives, denn einer unseren Sponsoren ist die T-Mobile, ansässig in Bonn.

Dies ist nicht eine Konferenz der Servicestelle gewesen, sondern es waren viele Mitträgerorganisationen – Agenda Transfer in Nordrhein-Westfalen, die gute Arbeit der NROs, ohne die wir das gar nicht machen könnten, vor allem die Produkte in der Fläche gar nicht so verbreiten könnten, die Arbeitsgemeinschaft der Landesnetzwerke,

der VENRO, ganz wichtige Kooperationspartner aus den Bundesländern. Die vielen lieben Kollegen der InWEnt in den Regionalen Zentren nicht minder. Auch der Moderation durch iku vielen Dank.



Danke auch den beiden Simultanübersetzern und den Übersetzern, die zwischen Deutsch-Rumänisch, Deutsch-Georgisch und Deutsch-Polnisch bilateral übersetzt haben. Ohne die Übersetzer funktioniert die EU-Osterweiterung gar nicht, vielen Dank für Ihr Engagement.

Ganz zum Schluss möchte ich natürlich dem Team danken, ohne das ich und wir diese Arbeit gar nicht machen könnten, das Team der Servicestelle und den ganz tollen Referenten, die gekommen sind, zum Teil von weit her.

Aber zwei Menschen muss ich hervorheben: Frau Maurer, die wirklich Tag und Nacht gearbeitet hat, um diese Konferenz erfolgreich zu machen. Der andere, der das auch getan hat, ist Herr Marwede, ein Mensch, von dem ich viel lernen durfte, nicht nur wie man steuert, wie man Verwaltung verstehen muss und so weiter und so weiter und auch wie man schöne Sachen im Leben genießen

kann; er achtet auch sehr darauf, dass er im privaten immer wieder Herausforderung hat und er ist dafür zuständig, dass wir in diesem schönen Gebäude sein können, weil er gesagt hat: das lohnt sich!

Kunst und Kultur vor Ort ist vielleicht auch das, was auch Sie mit nach Hause begleiten kann, deshalb ende ich jetzt mit einem Gedicht von Rose Ausländer, das mir am Herzen liegt:

Der Engel in dir

Der Engel in dir
freut sich über dein
Licht

weint über deine Finsternis

Aus seinen Flügeln rauschen
Liebesworte
Gedichte
Liebkosungen

Er bewacht
deinen Weg

lenkt Deine Schritte
engelwärts

Kommen Sie gut zu Hause an und vielen
Dank!



Ende der Bundeskonferenz

Programmbausteine



- **World Café**

Mit der Konferenz wurde Raum für Gespräche geschaffen. Nach dem Einstieg fand am ersten Tag eine Runde aus Tischgesprächen statt, die sich durch das einfache Hinsetzen der TeilnehmerInnen im Saal ergeben haben. Bei den Gesprächen an diesen Tischen wurden Fragen vorgegeben. Ziel war das Kennenlernen und Mischen der Teilnehmergruppen (z.B. Kommunen, Nichtregierungsorganisation, Ministerien, Wirtschaft).

Als Kernfragen für das „World Café“ lauteten hierbei:

1. Welche Themen und Herausforderungen sehen Sie aktuell für die kommunale EIne-Welt-Arbeit?
2. Wie kann eine erfolgreiche Zusammenarbeit vor diesem Hintergrund aussehen?
3. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus für Ihre zukünftige Arbeit?

Die Diskussionspartner wechselten zwei Mal die Tische und damit die Runde ihrer jeweiligen Gesprächsteilnehmer. Damit wurde



nicht nur der Einstieg in die Inhalte der Bundeskonferenz ermöglicht, sondern die TeilnehmerInnen hatten nach den ersten Vorträgen Gelegenheit zur eigenen Diskussion und zum Kennenlernen.

Eine Ergebnissicherung war nicht vorgesehen. Die Einschätzungen aus diesen Gesprächen wurde in die Fragen im Plenum oder in die Arbeitsgruppen integriert.

- **1.000 Familien „Gemeinsam durch Vielfalt“**

Wie weitere Gäste aus aller Welt wirkten die Bilder von Familien auf den Plakaten, die sich als Ausstellung im Rahmen der 9. Bundeskonferenz angeboten haben.

Aber was war die Idee dieser Ausstellung?

Idee und Umsetzung



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

Im Dezember 1995 entscheidet der Fotograf Uwe Ommer das Projekt „Das Familienalbum des Planeten Erde“ zu realisieren. Vier Jahre lang, von 1996-2000, ist er dafür unterwegs. Ausgerüstet mit einem Geländewagen, einer Kamera und einem mobilen Fotostudio legt er 250.000 km durch alle Kontinente zurück und fotografiert und interviewt 1.251 Familien aus 130 Ländern.

Sein Interesse gilt den Unterschieden und Besonderheiten, aber auch den Gemeinsamkeiten der Familien als kleinste soziale



Zellen einer Gemeinschaft in allen Kulturräumen der Welt. Dabei ist der Begriff „Familie“ weit gefasst – ob die klassische Familie nach christlichem Muster, Alleinerziehende, Adoptiv- oder multikulturelle Familien,

ob gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften oder Groß- und polygame Familien unterschiedlichster Herkunft – wichtig ist ihm die soziale Bindung in den verschiedenen Kulturen.

Zurück von seiner Reise, stellt ihm die Photokina 2000 die Hohenzollernbrücke in Köln als gigantische Kulisse für seine Familienportraits zur Verfügung. Über 1,6 km reiht sich ein Bild an das andere. Anschließend geht das „Familienalbum des Planeten Erde“ auf Reisen durch die Welt.

Ab Mitte 2005 wird „1.000 Families“ im Kontext eines EU-Projektes auch in Deutschland auf Tournee gehen.

Die Methode

„Bitte lächeln, oder ernst sein – aber immer zu mir schauen“, lauten Ommers Zauberworte, wenn er Frauen und Männer, Mütter und Väter, Kinder, Enkel, Tanten, Onkel und Großeltern vor die Kamera bittet.

Er fotografiert nach Möglichkeit jede der Familien in der gleichen Weise. Mit einer mobilen weißen Leinwand als Hintergrund und einer Standardbeleuchtung schafft er eine Neutralität, die alle Familien auf die gleiche Ebene stellt. An jede Familie richtet er auch die gleiche behutsame Frage nach ihren Träumen und Wünschen für das neue Millennium. Die Antworten spiegeln direkt oder indirekt die oftmals schweren Lebensumstände, unterschiedliche Werte und Lebensformen, die Rolle von Frauen und Männern, den Umgang mit der Natur oder soziale und ökonomische Unterschiede wider, immer jedoch eingebettet in den positiven Lebensentwurf der Familien.

Ommer urteilt nicht, er führt nicht vor, er präsentiert uns eine prächtige Fülle und durch die Vielfalt und Verschiedenheit hindurch, das Gemeinsame, das Allzumenschliche.

Der Fotograf

Uwe Ommer ist 1943 in Bergisch Gladbach (Deutschland) geboren. Anfang der 1960er Jahre werden seine ersten Fotos in Kölner Tageszeitungen veröffentlicht. 1962 gewinnt er mit einem Foto eines Jungen beim Fußballspielen den „Deutschen Jugend Foto

Preis“, der ihm auf der Photokina überreicht wird. 1963 geht er nach Paris. Er assistiert dort bei renommierten Fotografen, eröffnet 1965 sein eigenes Studio und wird zu einem berühmten Mode- und Werbefotografen. Seine Aufträge führen ihn durch die ganze Welt. Er ist Ehrenmitglied der Royal Photographic Society.

Die Ausstellung und Ihr Zugang

Fast überall auf der Welt finden wir in Häusern, Hütten und Palästen, an Wänden, auf Kommoden oder in Fotoalben Familienportraits, die den Lauf der Zeit, die Lebenswege der einzelnen Familienmitglieder, den Zuwachs oder den sozialen Auf- oder Abstieg dokumentieren. Familienfotos dienen der Vergewisserung eines Zusammenhangs, einer Bindung, der eigenen Wurzeln und Identität.

1000 Families – Gemeinsam durch Vielfalt ermöglicht eine meditative Reise zu uns selbst durch die Einreihung in die Vielfalt der Familien des Planeten Erde. Irgendwann im Prozess des Blickwechsels und der Blickerweiterung wendet sich das innere Auge den eigenen und eigentlichen Bildern, Erinnerungen und Projektionen zu. Fragen werden aufgeworfen zur eigenen Familie, zum Preis von Individualisierung und Mobilität, zu Gemeinschaftsstrukturen, zu Patchwork- und Wahlfamilien, die sich heute als sinnvolle Alternative zur Bewältigung des Alltags und zur Schaffung neuer Identitäten und Rollenverständnisse herauskristallisieren. Die gemeinsamen Antworten der abgebildeten Familien, die sich vor allem Frieden und eine gute Zukunft für ihre Kinder wünschen, bieten ein Gegengewicht zum Strudel der Fragen, die verunsichern. Dieser zentrale Zukunftsentwurf eines friedvollen, guten Lebens kommt ganz bescheiden und als hintergründige Alltagsspiritualität daher, ohne jedes Dogma, als Subtext der Bilder, als unaufdringliches Angebot zum Mitmachen.

Ein Projekt für den interkulturellen Dialog in Kommunen

Die Ausstellung fordert die Betrachtenden aller Alterstufen heraus, bisherige Überzeugungen zu überdenken. Fragen stellen sich ein nach der eigenen Identität und Her-

kunft, nach dem Umgang mit Fremdheit, mit Alter und Behinderung, nach den Folgen des Kolonialismus und den Herausforderungen der Globalisierung, nach der Bedrohung der kulturellen Vielfalt, nach der Frage der Menschenwürde und dem Recht aufs „Andersein“, nach dem Verhältnis der Geschlechter untereinander, nach dem Zugang zu kulturellen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen und nach individuellem, aber auch universellem Glück und Verantwortung.

Begleitveranstaltungen tragen unterstützend dazu bei, die Thematik der Weltkultur einem breiten Publikum näher zu bringen und schaffen den Rahmen für die Entdeckung konkreter Handlungsspielräume.

Informationen zur Ausstellung gibt es bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

• Stadt Magdeburg

Die Bundeskonferenz 2004 folgte der offensiven Einladung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt und traf sich in Magdeburg.

Die Stadt war nicht nur über die Grußworte des Oberbürgermeisters (siehe Seite 10) Programmteil.

An einem kalten Tag nahmen die meisten TeilnehmerInnen an einer Stadtführung teil, die zu neuen und alten Stätten einer be-



wegten und – im letzten Jahr – 1.199 Jahre alten Stadt zu sehen und wahrzunehmen waren.

Mit einer geführten Besichtigung des für die KonferenzteilnehmerInnen geöffneten Doms und einem kleinen Orgelkonzert endete ein spannender Ausflug durch Magdeburg.

• Talkrunde

Als Abschluss am Donnerstag, dem Konferenztag mit den Arbeitsgruppen, wurden Eindrücke und Ergebnisse dem Plenum präsentiert.



sentiert. Auf dem Podium saßen als Repräsentanten der Arbeitsgruppen ModeratorInnen und AgentInnen und diskutierten mit dem Moderator Dr. Frank Claus über Eindrücke und erste Resultate vor dem Auditorium.



Talkrunde:

Dr. Claus:

Ich möchte die Gesprächsrunde so anlegen, dass wir nicht alleine über die Handlungsempfehlungen sprechen, sondern schauen, wo es Gemeinsamkeiten gibt, die sich durchziehen, obwohl die Themen der Arbeitsgruppen sehr unterschiedlich sind. Gibt es Ähnlichkeiten, die möglicherweise interessant sind für die weitere kommunale Entwicklungszusammenarbeit der nächsten Jahre?

Frau Bee:

Ich war in der Arbeitsgruppe 2 „Sozial beschaffen was vor Ort nicht alles geht“ und ich war deswegen so glücklich, weil wir eigentlich am Anfang eine kontroverse Diskussion hatten. Es ging um die Frage: Können Kommunen eigentlich nach sozialen oder ökologischen Kriterien beschaffen, d.h. einkaufen – ihre Produkte und Dienstleistungen danach ausrichten? Nachdem wir uns lange mit der Rechtsfrage beschäftigt haben, nämlich des EU-Rechts und auch des nationalen Rechts, sind wir darin übereingekommen, dass die Rechtslage noch nicht

wirklich geklärt ist, aber dass es durchaus schon einige gute Vorreiterkommunen gibt. Wir hatten gute Inputs, z.B. aus Bonn oder Düsseldorf. Diese zeigen, dass schon einiges machbar und möglich ist. Wir wollen Kommunen deswegen ermutigen, anzufangen, ihr Beschaffungswesen umzustellen und auch eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, die sie auch haben für den Bürger; aber auch gleichzeitig, dass sie ein enormes wirtschaftliches Potenzial haben. Es gibt da nämlich eine Zahl 360 Milliarden Euro, die gibt die öffentliche Hand in Deutschland jährlich für ihre Beschaffungswesen aus, 60 % davon entfällt auf Kommunen. Gleichzeitig haben wir noch eine Handlungsempfehlung aufgestellt, weil die Rechtslage so unklar und die Information nicht so verbreitet ist, wäre es durchaus sinnvoll, hier eine Handreichung zum Vergaberecht den Kommunen zu geben, von Organisationen, wie z.B. InWEnt oder auch dem Städtetag oder Agenda-Transfer. Ganz wichtig war uns klar zu stellen, dass das Beschaffungswesen auch ein Thema ist, der in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, im Lokale Agenda-Prozess aufgegriffen und eingebracht werden kann, weil es gute Verknüpfungspunkte gibt.

Dr. Claus:

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann haben Sie die Herausforderung, eine Frage, die ich Ihnen stellen wollte, am Rande mit erschlagen. Nämlich die Rechtslage – ist das so schwierig es möglich zu machen, nach sozialen Kriterien, nach entwicklungspolitischen Kriterien Waren zu beschaffen?

Frau Bee:

Wir konnten uns nicht ganz einigen. Es gibt keine klare Rechtslage – EU-Recht und nationales Recht stehen sich da etwas entgegen. D.h. von EU-Seite könnte es möglich sein, nationales Recht sagt hier aber, dass es eigentlich nicht möglich ist. Aber wenn man ein Auftragsvolumen unter 200.000 Euro hat, geht es schon, dann kann es berücksichtigt werden. Und die Pilot-Kommunen zeigen, dass es geht.

Dr. Claus:

Also gute Beispiele zeigen, dass es geht. Wenn ich die anderen nach den Herausfor-

derungen fragen darf, da einzusteigen? Frau Kolkmann, Sie haben sich um die „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gekümmert – ich habe da ganz viele voll geschriebene Pinnwände gesehen. Was sagen sind da die Herausforderungen?

Frau Kolkmann:

Für uns war die größte Herausforderung ein Konsens zu finden. Da wir alle aus unterschiedlichen Städten kommen, haben wir alle unterschiedliche Probleme. Damit konnten wir uns eigentlich erst mal nicht von den Best-Practice-Beispielen verabschieden. Wir haben uns wunderbare Beispiele angehört von funktionierender nachhaltiger Stadtentwicklung. Unser Konsens war, dass wir die Kreativität unserer eigenen, individuellen Möglichkeiten weiter ausschöpfen, also die in unseren eigenen Städten.

Dr. Claus:

Was kann ich mir denn unter „kreativer Stadt“ vorstellen?

Frau Kolkmann:

Was man darunter verstehen kann ist, dass wir sagen: jeder Mensch hat eigentlich das größte Potenzial zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen. Wenn man dazu ein Beispiel geben soll, kann man sagen, dass es durch den Bevölkerungsabbau in Städten zu Leerständen in Wohnungen kommt, d.h. bis zu 20 % der Wohnungen stehen bspw. hier in Magdeburg leer. Was mache ich mit den leeren Räumen? Das wird momentan für kreative Zwecke genutzt, d.h. es werden z.B. Atelierräume weiter gegeben.

Dr. Claus:

Es ist also ein bisschen Neuerfinden von Dingen, die jahrelang einfach nur so liefen und plötzliche neue Ideen brauchen?

Frau Kolkmann:

Genau, dass man weg kommt von dieser steifen Planung: das war immer so und so. Jetzt muss man neue Entscheidungsträger finden und auch neue, flexible Zwischenlösungen, um eben diesen Wohnungsleerstand zu umgehen.

Dr. Claus:

Da Sie sich nicht einigen konnten: gab es außer dem Wohnungsleerstand noch andere

Punkte, wo Sie sagen da ist kreative Stadt oder das sind die Herausforderungen?

Frau Kolkmann:

Eine weitere große Herausforderung war die Identität jeder einzelnen Stadt zu stärken. Dass man sagt, der Bürger bekennt sich zu seiner Stadt, sagt: das ist eine lebenswerte Stadt. Die Lebensqualität sollte gesteigert werden. Wie man dieses Wohlgefühl wieder steigern konnte, das war auch noch ein großer Punkt.

Dr. Claus:

Und damit auch das Engagement für die eigene Stadt, wenn es um Identität geht?

Frau Kolkmann:

Genau.

Dr. Claus:

Herr Dohle, wir hatten gemeinsam das Vergnügen, uns über Partnerschaften zu unterhalten. Kommunale Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen. Was war denn das eigentlich schwierige in der Diskussion oder was war die Herausforderung, die Sie gesehen haben.

Dr. Dohle:

Es war eine sehr bunte und vielseitig zusammengesetzte Gruppe. Wir hatten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kommunen, aus Forschung, aus Nichtregierungsorganisationen, aus staatlichen Organisationen, aus Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Es war ein buntes Feld und dadurch war die Diskussion auch sehr spannend. Mit etwa 30 Leuten war es die größte Arbeitsgruppe.

Wir hatten bald ein Thema gefunden, was uns alle beschäftigte: sind es nun jetzt Partnerschaften über die wir reden oder Partnerschaften oder kommunale Entwicklungsprojekte? An dieser Frage merkten wir sehr schnell, dass sich ein Paradigmenwechsel abzeichnet. Partnerschaften im Sinne von einem schiefen Verhältnis vom Patenonkel zum Patenkind, also eine Einbahnstrasse, die sich seit zehn Jahren ziemlich deutlich Richtung Partnerschaften entwickelt hat. Wo also häufiger gesprochen wird von auf Augenhöhe-Beziehungen zwischen gleichen Professionellen usw., die auch die Erwartung haben: da fließt etwas zurück. Das ist

übrigens auch ein Element was wir stärken wollen. Dann hinkommen zu kommunalen Entwicklungsprojekten, die sehr spezifisch mit einer thematischen Eingrenzung und auch mit einem zeitlichen Horizont bestimmte Dinge bearbeiten, die also eher in die Zukunft weisen. Das war eine der Grundsatzfragen.

Dr. Claus:

Wie sieht es bei Ihnen aus, Frau Glimmann? Sie haben sich beschäftigt mit „Bürger- und Beteiligungshaushalt“. Herausforderung? Oder alles ganz einfach?

Frau Glimmann:

Auf jeden Fall sehr große Herausforderung. Es ist nicht so einfach, da bislang bundesweit nur 15 oder 16 Kommunen diesen Bürger- bzw. Beteiligungshaushalt eingeführt haben. Es ist aber ein sehr starkes Thema. Gerade dieses Thema „vom Süden lernen“ ist ein Konzept, was sehr stark in der Diskussion ist. Es bestand ein ganz starkes Interesse; den Praktiker, den wir in der AG hatten, auszufragen – sämtliche Tipps, wie man es am besten schafft. Es waren sehr viele Leute bei uns in der Gruppe, die Bestrebungen haben, so einen Bürger- und Beteiligungshaushalt einzuführen. Es zeichnen sich aber sehr große Probleme ab, wie geht man strategisch am besten vor. Wie schafft man das?

Dr. Claus:

Wessen Interesse war das? Wenn Sie sagen, es waren viele in der Gruppe, die das einführen wollten, waren das Nichtregierungsorganisationen oder waren das Vertreter aus Kommunen? Haben die das in der Hand? will ich damit fragen, oder ist das mehr das Interesse, es in der in der eigenen Kommune mal zum Thema zu machen?

Frau Glimmann:

Ich würde sagen: eher seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich Strategien überlegen, wie man das in der Kommune an den Mann bringen kann. Mit dem Problem oder mit der Tatsache, dass eigentlich die Einwilligung von oben kommen muss, da letztendlich OB und Stadt- bzw. Gemeinderat darüber entscheiden, ob so was durchgeführt wird, da der Aufwand ja

auch relativ hoch ist. Wie kann man diese Überzeugungsarbeit leisten, die positiven Effekte eines solchen Bürger- und Beteiligungshaushaltes herauszustellen?

Dr. Claus:

Frau Röck, Sie waren in der gleichen Gruppe. Ich kann eine schöne Verbindung ziehen, zwischen dem Thema Partnerschaften, wo eigentlich die Partnerschaft darin besteht, vom Süden etwas gelernt zu haben, zum Thema Ihrer Arbeitsgruppe. Da ist der



Beteiligungshaushalt das Musterbeispiel, was einige Kommunen hier infiziert hat, wenn auch wenige. Ist da über die Übertragbarkeit dieser Erfahrungen oder über die Schwierigkeit der Übertragung auch gesprochen worden?

Frau Röck:

Das war eigentlich sehr interessant. Der Titel der AG war ja „Lernen im Dialog – Bürger- und Beteiligungshaushalt“ und ich hatte auch sofort diese Assoziation „Lernen vom Süden“ und es war interessant, dass der ganze erste Teil unserer Arbeitsgemeinschaft sich diesem deutschen Praxisbeispiel – was wirklich unheimlich anregend war und wie Frau Glimmann auch gesagt hat, ganz viel Interesse hatte – gewidmet hat und wir irgendwann festgestellt haben: Thema Eine Welt, da haben wir noch gar nicht drüber gesprochen, und das war eigentlich sehr interessant. Es war wirklich ein Beispiel, wo vom Süden gelernt wurde, ohne dass es zumindest im Fall dieses Praxisbeispiels als solches thematisiert worden wäre. Es war so, dass man es übernommen hatte, massiv modifiziert, aber dieses „Lernen vom Süden“ als solches war weder in der Verwaltung noch in der Zivilgesellschaft in dem Fall ein

größeres Thema gewesen. Das hängt sicher auch sehr stark davon ab, wer der Initiator einer solcher Initiative ist. Also wenn es eher aus der Zivilgesellschaft heraus kommt, ist es sicherlich häufiger der Aspekt „Lernen vom Süden“.

Wir haben auch im Sinne der Handlungsempfehlungen erarbeitet, dass es sehr schön wäre, diesen internationalen Lernaspekt stärker zu fördern. Hier besteht eine gute Möglichkeit des internationalen Austauschs von Verwaltungskräften. Dieser Aspekt fiel auch speziell im Sinne der Verwaltungsmodernisierung im Zusammenhang mit Rumänien. Es war in unserer Diskussion, dass das ein ganz toller Anknüpfungspunkt wäre, wo schon sehr viel gelaufen ist und wo viel gelernt werden kann.

Dr. Claus:

Ich habe mitbekommen, dass Sie in erster Linie von ihrem Impulsgeber – dem deutschen Beispiel – viel gelernt und den so ausgefragt haben, dass er jetzt Schwierigkeiten hat. Aber ansonsten tatsächlich auch den Bogen schlagen konnten und sagen: in der Tat ist es ein typisches Thema „Lernen vom Süden“ und das dies zu verstärken sich lohnt!

Frau Beber, für Sie war ja interkulturelle Kompetenz in Kommunen ein Thema. Haben Sie sich mit solchen Barrieren, die das mitbringen kann, vom Süden z.B. zu lernen, befasst? Oder worum drehte sich bei Ihnen die Diskussion?

Frau Beber:

Das war nicht in erster Linie die Diskussion „vom Süden zu lernen“, sondern es ging eher um die andere Seite der Medaille, wie das hier auch schon heute Vormittag anklang: also dass es auch dazu gehört zu schauen, was hier ist. Und wie man von hier aus vor Ort eine Welt entwickeln kann und was für Kompetenzen dazu gehören.

Dr. Claus:

Was ist die Herausforderung?

Frau Beber:

Die Herausforderung ist vor allen Dingen, tatsächlich einen interkulturellen Dialog auf ganz vielen, auch ganz konkreten Ebenen zu initiieren und immer wieder zu initiieren

über die verschiedenen Werte, die jeder hat. Wir haben auch gesagt in der Arbeitsgruppe: eigentlich verstehen wir interkulturelle Kompetenz so, dass man in einen Dialog geht, und zum Schluss sozusagen eine neue dritte Kultur entwickeln durch den Kulturaustausch. Die Schwierigkeit ist sicherlich gerade auf der Ebene der Kommunen die Mitarbeiter von kommunalen Verwaltungen tatsächlich für so einen Prozess fit zu machen. Also meistens werden viel zu wenige in interkultureller Kompetenz geschult oder es wird zu stark nur nach außen gerichtet, nicht so sehr nach innen. Von Vereinen wurde auch geschildert, wie schwierig es ist überhaupt Verständnis und Unterstützung in den Kommunen zu finden für ihre Projekte, weil es sehr zufällig ist, ob der Mensch, der da sitzt, sich selber damit auseinander gesetzt hat oder nicht. Wir haben aber auch sehr positive Beispiele aus der Stadt Osnabrück gehört, wo über einen sehr langen Prozess – nämlich über dreißig Jahre – daran gearbeitet wurde, so ein gemeinsames Verständnis von kultureller Öffnung zu entwickeln, und dass das tatsächlich in der Bevölkerung dann auch verankert werden.

Dr. Claus:

Das ist jetzt das zweite Mal in ihrem Thema, wo ich ein bisschen Angst kriege: dreißig Jahre? Ich habe auch den Eindruck, die Aufgabe ist so groß, dass es kaum eine Chance gibt, sie zu bewältigen. Täuscht das oder muss ich mich in der Tat fürchten?

Frau Beber:

Es wiegt einen auch in Sicherheit, dass man sagen kann: die nächsten dreißig Jahre weiß ich was zu tun ist, das ist doch eine Perspektive, finde ich.

Dr. Claus:

Gut, eine große Aufgabe scheint es in der Tat zu sein.

Herr Meurer, bei Ihnen ging es um Osteuropa und die Beiträge, die osteuropäischen Länder für die entwicklungspolitische und entwicklungsbezogene Arbeit leisten können. Mehr Herausforderung oder mehr gute Beispiele?

Herr Meurer:

Ich würde sagen: sowohl als auch. Die Ar-

beitsgruppe war sehr heterogen, es gab lebhaft Diskussionen und ich möchte mich besonders bedanken bei den Gästen aus Rumänien, die in der Arbeitsgruppe waren, die Höchstleistung geleistet haben, simultan übersetzen usw. – dafür großen Respekt.

Herausforderungen haben sich herausgefiltert, bestehen zum einen in Deutschland und zum anderen eben in Rumänien. Die schwersten Herausforderungen vor Ort sind Modernisierungen im Verwaltungsbereich. Da kam man zu dem Ergebnis, dass die Modernisierung authentisch sein muss. Authentisch ist sie dann nicht, wenn nur westliche oder deutsche Vorbilder kopiert werden, sondern wenn eigene Mentalität dort in die Verwaltungsformen oder -richtlinien mit einfließen. In Deutschland auf der anderen Seite wird zunehmend beobachtet, dass das Bewusstsein für Osteuropa sinkt, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung sinkt, sich zu integrieren. Es entsteht mehr und mehr ein Image von Osteuropa als leicht kriminell, und dass man vor Ort in Deutschland da gegensteuern muss.

Dr. Claus:

Ist das eine Vermutung oder gibt es dazu irgendwelche Umfrageergebnisse?

Herr Meurer:

Das waren jetzt Stimmungen, die aus der Arbeitsgruppe herauskamen.

Dr. Claus:

Das Motto dieser Konferenz ist ja: „Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten die Globalisierung.“ Was gibt es da zu gestalten?

Herr Meurer:

Bei uns ging es schwerpunktmäßig darum, dass Integration geschaffen wird, dass man den Dialog fördert; auf der kommunalen Ebene ganz besonders als die Ebene, wo die Menschen direkt auf die Verwaltung treffen.

Dr. Claus:

Ist das der Blick auf deutsche Kommunen, wie er osteuropäische Mitbürger in Deutschland integriert oder war das der Blick auf osteuropäische Kommunen und deren Integration?

Herr Meurer:

Das war der Blick auf osteuropäische Kommunen.

Dr. Claus:

Welche Integrationsleistungen muss ich mir da vorstellen?

Herr Meurer:

Es geht schwerpunktmäßig darum, dass ein Kulturaustausch zwischen Südosteuropa und Westeuropa stattfindet.

Dr. Claus:

Haben Sie diese Gestaltungsaufgaben näher umreißen können, was es bedeutet, wie es gehen soll?

Herr Meurer:

Wir kamen zu dem Schluss, dass es nicht nur so laufen kann, dass wir immer den Staat fordern, sondern dass mehr Eigeninitiative gefordert ist, dass jeder bei sich anfangen soll, in seiner Initiative wo er bereits tätig ist. Oder eigene Initiativen zu gründen. Also weniger immer nach dem Staat zu rufen.

Dr. Claus:

Frau Röck, Frau Glimmann, ich weiß nicht, wer von Ihnen zu der Frage „Gestaltungsaufgabe“ etwas sagen möchte – was ist für Kommunen zu gestalten, wenn es um Bürger- und Beteiligungshaushalte geht? Worin steht sie, auch was das Thema Globalisierung angeht; oder ist der Bürgerhaushalt so lokal, dass er mit Globalisierung nichts zu tun hat?

Frau Röck:

Es ist primär etwas lokales, also wie der Haushalt eingesetzt wird, wie er ausgeglichen wird. Natürlich ist die Finanzmisere der Kommunen auch teilweise lokal bedingt, aber nicht primär. Es ist schon ein Prozess, der in diesem Moment lokal stattfindet, wo aber auch zunehmend Vernetzungen innerhalb Deutschlands stattfinden, wo es die Netzwerke gibt, in denen man sich austauscht. Widerrum ist es auch ein Prozess, wo man ganz stark auf andere Städte im Ausland guckt, die schon sehr viel weiter sind. Wo die Idee geboren ist und wo die Städte viel größer sind als die Städte, die hier in Deutschland mit dem Bürgerhaushalt arbeiten. Da gibt es im Ausland sehr viele

Beispiele, die auch wissenschaftlich ausgewertet werden.

Dr. Claus:

Also ein Teil der Fragestellung liegt darin, wirklich global zu lernen, was Bürger- und Beteiligungshaushalt sein kann?

Frau Glimmann:

Ich möchte hinzufügen, dass dieser Bürgerhaushalt auch große Chancen bietet, indem durch eine erhöhte Transparenz, Politik auf kommunaler Ebene glaubhafter gemacht werden und der Bürger auch stärker Eigenverantwortung übernehmen kann

Dr. Claus:

Da ist die Brücke zu den Positionen von Herrn Meurer, nach dem Motto „Bewusstsein schaffen und Eigenverantwortung stärken“ kann sich auch über Bürger- und Beteiligungshaushalte ausdrücken.

Frau Glimmann:

Das ist auch einer dieser positiven Aspekte des Bürger- und Beteiligungshaushaltes, der natürlich erst mal für eine Kommune sehr viel Aufwand erfordert, es kostet auch Geld. Letztlich bietet es aber sehr große Chancen dann auf mehr Verständnis und tatsächlich auch auf mehr Bürgerengagement zu stoßen. Es sind ja häufig auch Agenda-Gruppen, unterschiedliche andere Organisationen, die im Eine-Welt-Bereich arbeiten, die sich dann beteiligen könnten. Wobei interessanter Weise bei den Bürgerhaushalten der einzelne Bürger erst mal im Vordergrund steht, weil man versuchen möchte, Lobbygruppen und Instrumentalisierung von zu vermeiden. Es gibt natürlich auch Probleme, wie bspw. Bürgerbegehren, wo es auch um Ausspielen auf parteipolitischen Ebenen geht. Das sind Herausforderungen. Aber als Fazit lässt sich sagen: es bietet auch unheimlich große Chancen.

Dr. Claus:

Und es ändert die Kultur.

Herr Dohle, was war denn für Sie an dem Thema Partnerschaften das, wo es um Globalisierung und Gestaltungsaufgaben geht. Sehen Sie da eine Brücke?

Dr. Dohle:

Ja. Zunächst wissen alle Kommunen, alle lokal agierenden Menschen, dass die Probleme nicht lokal erzeugt sind. Wenn Probleme da sind haben die auch globale Ursachen. Das zeigt sich auch in der Finanzierungsschwäche der Kommunen, die durch Schwächung der nationalen Wirtschaft durch globale Prozesse ausgelöst wird. Alle diese Dinge dürfen uns nicht zu einer Einkapselung führen oder zu einer Politikverdrossenheit, sondern im Gegenteil, sie müssen zu einem pro-aktiven Denken führen. D.h. wir als Bürgerinnen und Bürger müssen aktiv an den Prozessen teilhaben. Das ist sowohl im Bürgerhaushalt nötig als auch in Partnerschaften mit anderen globalen Partnern; also Kommunen in anderen Ländern, die auch unter den Prozessen leiden und die auch nach Lösungen suchen.

Dr. Claus:

Frau Beber, ich versuche ja immer die Brücke zu finden zur Globalisierung – bei interkultureller Kompetenz scheint mir das am ehesten zu gehen, um überhaupt die Grundlage zu schaffen, dass wir voneinander lernen und gemeinsam gestalten können. Oder ist das was anderes worum es geht?

Frau Beber:

Nein, das würde ich genauso sehen und wir waren uns in unserer Arbeitsgruppe einig, dass wir Deutschland natürlich als Einwanderungsland sehen und faktisch die Welt bei uns haben und dass wir hier die Kompetenz entwickeln müssen, um damit umgehen zu können – und dass alle in der Tat einen Gewinn davon haben. Das ist etwas auf der Plusseite. Interkulturalität bedeutet auch Förderung der Vielfalt. Das wiederum bedeutet natürlich auch: wenn man Vielfalt fördern will und wirklich einen Diversity-Ansatz verfolgen will, dass man auch aktiv gegen jegliche Art von Diskriminierung vorgehen muss. Also wir sind dazu gekommen, dass man diesen Begriff in dem Sinn verbreitern muss, von interkultureller Kompetenz nicht nur bezogen auf ethnische Kulturen oder Nationalkulturen, sondern wir haben auch ein Beispiel gehabt im Kindergartenbereich, wie man da interkulturelle

Kompetenz fördert in der Arbeit mit sehr kleinen Kindern und deren Familien, dass es auch um Familienkulturen geht. Auch hier sollte man keine Stereotypen auf eine folkloristische Weise festgeschrieben werden, sondern wirklich zu schauen, was die Familien selber für Kulturen entwickelt haben. Das sind auch Mischprodukte, auch bei uns Deutschen. Es ist keine Familienkultur gleich der anderen. Der andere Aspekt ist, dass es nicht nur um Migranten geht im interkulturellen Dialog, sondern auch um andere diskriminierte Gruppen, dass es auch um die Fragen geht von Gender, sexueller Orientierung und Behinderung, wo es oft passiert in den Kommunen, dass jeder sein extra Programm hat und immer liegt mal eine Frage obenauf und dann wird die ganz wichtig und im Stadtrat verhandelt und verabschiedet und ein nettes Projekt gemacht; und dann ist es wieder out und wird auch nicht nachhaltig und langfristig gefördert. Wenn man im Diversity-Ansatz-Sinne Interkulturalität breiter versteht, alle Gruppen mit allen Verschiedenheiten zum Zuge kommen könnten, dann sind wir eigentlich auf dem Weg, hierzu ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Dr. Claus:

Inwieweit bestimmt die demografische Entwicklung für Deutschland dieses Thema mit?

Frau Beber:

Das war auch Teil der Diskussion, dass wir uns von der demografischen Entwicklung aus darauf einstellen müssen, dass Vielfalt und Interkulturalität unsere Zukunft ist und es deswegen schon eine Verpflichtung sein müsste für die Kommunen, sich und ihre Kinder darauf vorzubereiten.

Dr. Claus:

Frau Goldmann, bei demografischer Entwicklung, gibt es da etwas zu gestalten?

Frau Goldmann:

Sicherlich. Bei uns war die Arbeitsgruppe zweigeteilt, weil wir eben das Themenfeld der Megacities hatten, im Gegensatz dazu die schrumpfenden Städte. Sie hatten uns hauptsächlich auf schrumpfende Städte konzentriert, dennoch bleibt für die Mega-

städte zu sagen, dass sie aus dem großen Erfahrungsschatz, den wir mit unseren historisch alten Städten haben auf jeden Fall Erfahrungen weitergeben sollten, weil in Asien der große Anwachs der Megacities erwartet wird, und wir unserer Erfahrungen weit in die Welt hinaus tragen sollten. Für den Erfahrungsaustausch zum Thema schrumpfende Städte ist es auf jeden Fall erforderlich, Netzwerke zu bilden, die den Austausch ermöglichen. Es ist klar geworden, dass es so viele unterschiedliche gute Beispiele gibt, aber es eigentlich untereinander kaum zum Ausdruck kommt.

Dr. Claus:

Ich habe manchmal bei demografischer Entwicklung den Eindruck da ist man in der Opferrolle, da kommt auf einen etwas zu, dem man sich irgendwie stellen kann, aber die Gestaltungsmöglichkeiten sind gering. Das haben Sie anders diskutiert?

Frau Goldmann:

Es ist von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich. So offen würde ich es lassen.

Dr. Claus:

Frau Bee, wie ist das bei Ihnen? Gestalten Sie durch sozial gerechte Beschaffung Globalisierung?

Frau Bee:

Ich denke, eigentlich ist es ein sehr gutes Beispiel genau dafür, weil ja letztlich die Beschaffung wesentlich dazu beiträgt, auch Produktionsbedingungen mit zu bestimmen. Wenn wir uns angucken, wie globale Unternehmen produzieren in Billiglohnländern, wie Produktionsbedingungen sind, Kinderarbeit etc., dann haben Kommunen hier eine Einflussmöglichkeit. Wir haben aber auch diskutiert, wie man das kontrolliert, d. h. wenn eine Kommune sagt ‚ich berücksichtige faire Kriterien bei meinen Zuliefererbetrieben‘, ist oft noch eine Kette von anderen Zulieferern dabei und daran kann man erkennen, was die Globalisierung ausmacht. Aber die Kommune kann eine Verantwortung wahrzunehmen, natürlich jeder einzelne im Konsum, aber gerade die Kommune hat eine große Rolle und Verantwortung und das war ja unser Thema.

Dr. Claus:

Ich frag jetzt mal anders in die Runde: Empfehlungen – morgen werden wir ja in der großen Runde die Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen in Form einer Erklärung vorgestellt bekommen. Wen von Ihnen reizt es jetzt zu sagen: Bei uns ist so eine wichtige Empfehlung rausgekommen, da möchte ich noch etwas zu sagen.

Dr. Dohle:

Wir hatten eine ganze Menge Anregungen für Empfehlungen, aber wir haben uns auf drei einigen müssen. Wir haben dann Empfehlungen formuliert für die Bundes- und Länderebene auf der einen Seite und für Kommunen und Spitzenverbände auf der anderen Seite, und schließlich für die Nichtregierungsorganisationen. Beim Bund geht es eher darum, die Rahmenbedingungen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern, d.h. Finanzierung bspw. sicherzustellen oder ein Kreativer zu sein und unterstützender bei Finanzierungsinstitutionen. Auch die Entbürokratisierung zu fördern. Zum Teil sind die Finanzierungsquellen so schwierig erschließbar, dass es Kommunen sehr schwer fällt, überhaupt davon Nutzen zu haben. Es geht auch darum mit den geeigneten Partnern zusammen zu arbeiten. Der Bund muss auch zusammen arbeiten mit anderen und in die gleiche Richtung ziehen, sowohl national als auch international und in und mit der EU. Es geht dann bei den Kommunen wiederum darum, gute Erfahrungen zu verbreiten und zu multiplizieren. Dazu können sie Netzwerke nutzen, dazu können sie sich auch vertikal besser verzahnen, z. B. über die Spitzenverbände. Es geht auch darum, was wir als offenes Feld gesehen haben bei den vielen Partnerschaften, Public-Private-Partnership intensiver zu nutzen, also die Wirtschaft mit ins Boot zu holen. Hier gibt es gute Erfahrungen, die man verbreiten und nutzen muss. Bei den Nichtregierungsorganisationen haben wir vor allen Dingen festgestellt, dass diese einen großen Beitrag leisten können zu Kontinuität von Partnerschaften, d.h. Ausbildung, Fortbildung, personelle Kontinuität fördern. Das ist ein großes Feld, was die NGOs bearbeiten können. Wir sehen da Schwierigkeiten, wo eine Person, die

verantwortlich war für eine Partnerschaft, weg geht, dass dann vieles zusammenbricht.

Frau Glimmann:

Bei uns ging es in ganz starkem Maße darum, wie man das Konzept des Bürger- und Beteiligungshaushaltes weiter fördern kann. Es lässt sich daraus ableiten, dass Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig ist. Die Öffentlichkeit ist auch gefordert, sei es der Deutsche Städtetag, seien es andere Verbände, dieses Konzept des Bürger- und Beteiligungshaushaltes mehr zu verbreiten, durch Publikationen etc. Dass es einfach auf der Tagungsordnung bleibt und nicht als Hype-Thema seit ein paar Jahren in aller Munde ist und in ein paar Jahren vielleicht weniger zur Ansprache kommt.

Frau Beber:

Frau Glimmann hat eben die obere Ebene angesprochen, wo man dieses Thema noch stärker vernetzen, stärker publik machen muss. Was aber auch deutlich geworden ist, dass man die Information in die Breite tragen muss. Es ist derzeit so ein tolles Thema, was unheimlich brodeln, das haben wir auch in unseren Diskussionen gemerkt. Aber letztlich sowohl innerhalb der Kommunen aber auch innerhalb der Zivilgesellschaft gar nicht so weit verbreitet ist. Es besteht viel Informationsbedarf. Es wäre einfach wichtig, stark in diesen Dialog rein zu gehen; dann auch in den internationalen Dialog. Da gibt es sehr unterschiedliche Erfahrungen, wo dieser Bürger- und Beteiligungshaushalt auch in sehr unterschiedlichen Ausprägungen angewandt wurde; sehr unterschiedliche Prozesse sind abgelaufen, sehr unterschiedliche Strategien zur Implementierung angewandt worden. Mit diesen Kenntnissen kann jede Gemeinde oder jeder Akteur nach der Strategie suchen, die in der spezifischen Kommune die interessanteste ist. Eben da im Dialog lernen und voneinander lernen.

Frau Glimmann:

Natürlich sind die Bürgermeister, die jetzt in diesen Modellkommunen aktiv sind, mit dem Bürger- und Beteiligungshaushalt sehr stark gefordert. Es kommen Anfragen, als Referenten aufzutreten, die können sie alle

gar nicht wahrnehmen. Es gibt natürlich eine Art solidarische Vernetzung, weil diese Menschen viel unterwegs sind und von ihren Erfahrungen erzählen, wie kann man so etwas realisieren und umsetzen kann. Damit leisten sie sehr viel Überzeugungsarbeit. Da müssen mehr Akteure ran, dieses Konzept weiter zu verbreiten.

Herr Meurer:

Für uns ist als Handlungsempfehlung zu nennen, dass zum Kulturaustausch die Sprache ganz wesentlich ist. Dabei haben wir festgestellt, dass das Angebot an osteuropäischen Sprachen eigentlich sehr gering ist bzw. nur an einer einzigen Hochschule stattfindet. Hier würden wir gerne die konkrete Forderung äußern, dass in Deutschland mehr osteuropäische Sprachen angeboten werden

Frau Beber:

Vor allen Dingen gingen unsere Empfehlungen dahin, auf Langfristigkeit und Kontinuität des Aufbaus der interkulturellen Kompetenz zu bauen. Das habe ich eben angedeutet, dass wir mit nur angerissenen Impulsen nicht weiterkommen, sondern es müssen Themen auch durchgearbeitet werden und immer vor Ort, wo sie entstehen, Raum bekommen, sei es im Kindergarten, in der Schule, in irgendwelchen Vereinen, bei Kulturveranstaltungen usw., um diesen Dialog fortführen zu können; und das auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Holland, speziell die Auseinandersetzung mit Religionen, also mit dem Islam, aber das auch breiter fassen, mit allen Religionen, um nicht dem Vorschub zu leisten, dass immer wieder nur die Stimmen laut werden, die eine fundamentalistische Tendenz haben.

Dr. Claus:

Klingt insgesamt nach einer Verankerung als Querschnittsaufgabe, was Sie sagen.

Ich danke Ihnen allen.

• Redaktionsteam

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden nicht in einer Plenumsrunde dokumentiert,



sondern mittels eines Redaktionsteams zusammengetragen. Dazu waren neben den ModeratorInnen sogenannte AgentInnen in



den Arbeitsgruppen. Diese hatten die Aufgabe, die Kernfragen der Konferenz zu beachten und deren Antworten aus den Arbeitsgruppen in diese Redaktion zu tragen. Kernidee war dabei auch, die Resultate bereits am Schlußtag dem Plenum zur Diskussion und Entscheidung zu präsentieren.

Während also andere die Stadtführung genossen, wurde in der Sakristei gearbeitet.

Die Präsentation und Diskussion der Empfehlungen erfolgte am Samstag. Dabei standen (v.l.n.r.) Ulrich Nitschke für den Veranstalter, Dr. Frank Claus als Moderator der Redaktionssitzung, Dr. Bernhard Dohle und Professorin Frauke Kraas Rede und Antwort für die Anwesenden.



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-krause.com

Die Empfehlungen wurden anschließend dem Redaktionsteam zur Endabstimmung überlassen (abgedruckt im Innenteil Einband).

Arbeitsgruppen

Auf der Konferenz wurden insgesamt sechs Arbeitsgruppen angeboten, die mit verschiedenen Institutionen (Kooperationspartner) realisiert wurden. Die AGs im Einzelnen:

AG 1: „Partner in alle Richtungen – Gewinn und Nutzen von kommunalen Partnerschaften“

Impulsvorträge:

Dr. Rüdiger Koch

Beigeordneter der Stadt Magdeburg für Kultur, Schule und Sport

Nino Mirianashvili

Stadtparlament Tbilissi / Georgien

Paata Mirziaschvili

Präsident des Georgischen Städtebundes

Erika Stückrath

Welthaus Bielefeld

Kooperationspartner der AG: Deutscher Städtetag/RGRE

Moderation: IKU-GmbH

Agenten: Tatiana Detering, RGRE – Deutsche Sektion, Dr. Bernhard Dohle, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

AG 2: „Sozial beschaffen – was vor Ort nicht alles geht!“

Impulsvorträge:

Thomas Klein

InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Nordrhein-Westfalen

Martin Krämer

Bundesstadt Bonn, Liegenschaftsamt

Jürgen Anton

Agenda-Transfer in NRW

Kooperationspartner der AG: Agenda-Transfer in NRW

Moderation: IKU-GmbH

Agentin: Olivia Bee, Agenda-Transfer in NRW

AG 3: „Lernen im Dialog: Bürger – und Beteiligungshaushalt“

Impulsvorträge:

Andreas Hoge

Bürgermeister der Stadt Steinfurt

Annika Poppenborg

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Kooperationspartner der AG: Bundeszentrale für politische Bildung

Moderation: IKU-GmbH

Agentinnen: Gisela Glimman und Sabine Röck, ASA-Programm der InWEnt gGmbH

AG 4: „Arbeit – Bildung – Kultur: Interkulturelle Kompetenz in den Kommunen“

Impulsvorträge:

Ana Jurisch

Exile Kulturkoordination e.V.

Katinka Beber

Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg, Berlin

Margret Poggemeier

Stadt Osnabrück, Fachbereich Kultur

Kooperationspartner der AG: EXILE e.V. und Stadt Osnabrück

Moderation: Anita Reddy, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Agentin: Petra Albert, Ausländerbeauftragte der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

AG 5: „Europa gemeinsam gestalten – Entwicklungspolitische Beiträge osteuropäischer Länder“

Impulsvorträge:

Lucian Flaiser

Präsident des Kreisrates Jasch / Rumänien und

Sanda-Beatrice Bitere

Regionalbezirksrätin für europäische Integration des Kreisrates Iasi / Rumänien

Kooperationspartner der AG: InWEnt gGmbH - Abteilung Demokratieförderung

Moderation: Christine de Barros-Said, InWEnt gGmbH

Agent: Patrick Meurer, Bundeswehr-Akademie München

AG 6: „Nachhaltige Stadtentwicklung – Schrumpfende Städte und Megacities“

Impulsvorträge:

Prof. Frauke Kraas

Geografisches Institut der Universität zu Köln

Dr. Dirk Schubert

TU Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich: Städtebau und Quartiersplanung

Kooperationspartner der AG: Geografisches Institut der Universität zu Köln

Moderation: Ulrich Nitschke, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Agentin: Frauke Goldmann, Bauingenieurin

In den Arbeitsgruppen wurden anhand der nachfolgenden Leitfragen die Diskussionen geführt:

1. Vor welchen aktuellen Fragen und Herausforderungen stehen wir? Welchen Zustand wünschen wir uns?
2. Welche Rolle/Aufgaben haben wesentliche Akteure?

Welche eigenen Beiträge möchten wir leisten?

3. Welche drei Empfehlungen möchten wir an wen aus der Konferenz heraus formulieren?

Den ReferentInnen standen für die Impulsvorträge jeweils etwa zehn Minuten zur Verfügung.

Bei der Dokumentation der Konferenz ist die Wiedergabe der entsprechenden Flipcharts aus den Arbeitsgruppen möglich. Diese bietet aber nur geringe Möglichkeiten eines Verständnisses für Personen, die an diesen AGs nicht teilgenommen haben.

Die Kernantworten auf die drei Leitfragen werden wie folgt zusammen gefasst (unter Hinweis darauf, dass die Antworten in die Schlussempfehlungen eingeflossen sind; und dass dies aufgrund der Ergebniserfassung in den AGs nicht für alle möglich ist):

AG 1: Partnerschaften

- Potenziale von Kommunen für Entwicklungszusammenarbeit besser erschließen (Bundesregierung, Länder)
- Rahmenbedingungen dafür verbessern; Finanzierungsinstrumente schaffen, Vernetzung Weltverband etc.



- Einflussnahme auf entsprechende EU-Prozesse
- Bildung und Fortbildung zu Eine Welt fördern.
- Erfahrungen multiplizieren (Kommunale Spitzenverbände)

- Bürgerschaft, Nichtregierungsorganisation stärker integrieren, erfolgreiche Erfahrungen übertragen und nutzen (Nord-Süd, Ost-West; Rest-Cent-Aktionen, Praktikanten-Austausch, etc.)
- mit Forschung: gemeinsamen Nutzen finden, Strategien (PPP) aufsetzen
- historische Chance nutzen, aktuelle Themen aufgreifen (Nichtregierungsorganisation)
- ausländische MitbürgerInnen einbeziehen
- Kontinuität der Personen, Nachwuchsarbeit!

AG 2: Beschaffung

- Kommunen ermutigen anzufangen (gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, Imagegewinn).
- Einhaltung der ILO-Konventionen
- Vergaberecht: Umsetzung bis Ende 2005 nutzen
- Kommunale Spitzenverbände sorgen für Vernetzung der Kommunen in der Einen Welt
- Privatisierung kommunaler Aufgaben verhindern.
- Handreichung zum Vergaberecht von z.B. InWEnt gGmbH, Städtetag, Agenda-Transfer
- ressortübergreifender Fonds für soziale und ökologische Beschaffung
- Agenda 21 mit dem Thema verknüpfen
- Zivilgesellschaft soll Druck machen
- Dialog und Kooperation von Unternehmen bei Leuchtturmprojekten.

AG 3: Bürgerhaushalt

- (internationaler) Austausch von Verwaltungsfachkräften
- Tagestour: Der rollende „Beteiligungshaushalts-Bus“



9. Bundeskonferenz in Magdeburg

© photo-klaeppe.com

- authentische, spezifische Konzepte entwickeln

- Entscheider an den Tisch holen
- neue Beteiligungen vor Ort organisieren; Planungen mit beteiligten Bürgern
- nicht-organisierte BürgerInnen einbeziehen
- Wettbewerbe nutzen
- Barrieren und Überregelungen abbauen
- Gute Beispiele aufbereiten und nutzen
- ein Netzwerk von Organisationen bilden

AG 5: Europa

- Erlernen (ost-)europäischer Sprachen in Deutschland fördern (VHS, Schulen, Stipendien)
- Motivation und gutes Image nutzen, um deutsche Kulturarbeit in Osteuropa zu stärken (Auswärtiges Amt, Goethe-Institute, Kulturzentren)
- stärkere Einbindung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit (stärkere Abstimmung zwischen Auswärtigem Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
- selbst Initiative ergreifen (gilt für alle!)

AG 6: Schrumpfende Städte

- Ausstellung MegaCities nutzen!
- Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern



Vorbereitungsphase



Zur Realisation, zur Einführung der Themenstellungen und zur Verbreitung der Basis potenzieller Inhalte mit positiver Wirkung auf Teilnahme rief die Servicestelle aus dem Kreis der Akteure der 8. Bundeskonferenz in 2001 und dem Programmbeirat der Servicestelle zur Mitwirkung an der 9. Bundeskonferenz auf. Aus den Rückmeldungen setzte sich das Projektteam zusammen, das den gesamten Prozess der Gestaltung der Konferenz begleitet und aktiv gestaltet hat.

Das Projektteam:

Aus den Mitgliedern der Trägerschaft der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und den Mitträgern der 8. Bundeskonferenz entstand ein Projektteam zur Vorbereitung und Mitträgerschaft der 9. Bundeskonferenz.

Der 9. Bundeskonferenz schlossen sich als Träger folgende Institutionen an:

Deutscher Städtetag

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Deutscher Landkreistag

Bundeszentrale für politische Bildung

Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Deutsche Sektion

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Geografisches Institut der Universität zu Köln

Exile Kulturkoordination e.V.

InWEnt gGmbH

Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.

Deutscher Entwicklungsdienst

Weltladen-Dachverband e.V.

Agenda-Transfer in NRW e.V.

Eine Welt Netz NRW e.V.

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen

Senatskanzlei Hamburg

Klima-Bündnis e.V.

Kultur Transnational e.V.

Stadt Osnabrück

Stadt Bonn

Stadt Magdeburg

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit.

Finanziert wurde die 9. Bundeskonferenz
durch:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit und Entwicklung

Land Sachsen-Anhalt

T-Mobile

Hier zu benennen sind ferner die Kosten der
Mitwirkenden am Projektteam, die diese ge-
tragen haben, insbesondere bei der Betreu-
ung und Einbindung von ReferentInnen im
Rahmen der inhaltlichen Verantwortung für
einzelne Arbeitsgruppen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Magde-
burg hat die Abendveranstaltung am 18.
November 2004 finanziell unterstützt.

Das Projektteam traf sich insgesamt fünf
mal (8.3.2004, 26.04.2004, 15.05.2004,
2.11.2004, 27.01.2005) in Bonn. Auf den
arbeitsintensiven Treffen wurden Ziele, Ziel-
gruppen, inhaltliche Ausrichtung und Struk-
tur, Referenten sowie Tagungsort und Mo-
deration diskutiert und gemeinsam ent-
schieden. Ebenfalls entstanden aus diesem
Projektteam die Mitgestalter der Arbeits-
gruppen für die 9. Bundeskonferenz.

Das Projektteam hat u.a. auch die iku
GmbH aus Dortmund mit der Gestaltung
des Programms nach den Wünschen des
Projektteams beauftragt.

Evaluation



Die TeilnehmerInnen bekamen die Gelegenheit, die einzelnen Elemente³ der gesamten Konferenz zu beurteilen. Mittels eines Fragebogens konnten in „Schulnoten“ Planungs-, Umsetzung- und Begleitelemente der Bundeskonferenz beurteilt werden. Von den TeilnehmerInnen machten immerhin 53 davon gebrauch und gaben den Bogen ausgefüllt zurück (über 33 % Rücklauf, was sehr gut ist für eine Konferenz). Die Fragen wurden in einer Skala nach Schulnoten zwischen „sehr gut“ und „schlecht“ beurteilt (außer erste und letzte Zeile der Tabelle auf der Folgeseite).

Eine Aufteilung nach Zielgruppen der Bundeskonferenz ergibt folgendes Bild (siehe Tabelle unten): Die Gruppe der Antwortenden ohne Angabe ist am größten (31 %). Daher empfiehlt es sich nicht, für die Zielgruppen eine spezifische Auswertung der gesamten Rückmeldungen vorzunehmen.

Die TeilnehmerInnenstruktur der Bundeskonferenz zeigt zudem ein anderes Bild. Dies macht es statistisch nicht möglich, die o.g. Beurteilung als repräsentativ für die gesamte Teilnehmerstruktur anzusehen, da u.a. überproportional die Gruppe der Nichtregierungsorganisationen Bögen ausgefüllt hat. Bei den meisten anderen Gruppen sind die Zahlen relativ gleich.

Rückläufe der Bögen nach Gruppen

Teilnehmergruppe	Anzahl	in % von 53
Forschung	3	6
Freiberuflich/Selbständig	6	12
Staatlich (Ministerien, u.ä.)	8	13
Kommunen	8	15
Nichtregierungsorganisation, Kirche	12	23
keine Angabe	16	31
Summe:	53	100%

³ Die Ausstellung 1.000 Familien (siehe ab Seite 99) ist leider nicht mit abgefragt worden.

TeilnehmerInnen nach Gruppen

Gruppe	Anzahl	in %
Forschung	10	6
Freiberuflich/Selbständig	19	12
Staatlich (Ministerien, u.ä.)	48	31
Kommunen	35	22
Nichtregierungsorganisation, Kirche	33	21
keine Angabe	12	8
Summe:	157	100%

In der nebenstehenden Tabelle ist die Zusammensetzung anhand der gleichen Aufteilung der TeilnehmerInnen an der Konferenz inklusive aller ReferentInnen vorgenommen worden. Diese zeigt zumindest, dass es gelungen ist, fast gleichwertig VertreterInnen aus Kommunen (21 %) und Nichtregierungsorganisationen (22 %) als TeilnehmerInnen für die Bundeskonferenz zu gewinnen. Deutlich überwogen die aus dem Kreis von Ministerien auf Bundes- und Landesebene kommenden TeilnehmerInnen mit 31 %.

Aus allen Antworten ergeben sich die jeweiligen Mittelwerte/Noten. Über alle Bewertungen ergibt sich **ein Gesamturteil** von **1,8** (mit einer geringen Abweichung von 0,34). Im Einzelnen:

Frageelemente Evaluationsbogen Bundeskonferenz Magdeburg	Mittel	Abw.	Kurzkommentar
Tage	2,9	0,4	Die meisten blieben 3 Tage.
Einladung, Werbung, Ansprache zur Konferenz	2,1	0,8	gut. Abweichung ist hoch.
Anmeldung zur Konferenz online	2,1	1,1	gut. Höchste Abweichung, ist hoch.
Anmeldung zur Konferenz telefonisch/per Fax	1,6	0,6	sehr gut, besser als „online“ beurteilt.
Betreuung durch das Kongressbüro Magdeburg	1,6	0,7	noch sehr gut.
Betreuung durch die Servicestelle/Veranstalter	1,4	0,6	sehr gut.
Veranstaltungsort Magdeburg	1,6	0,6	noch sehr gut.
Veranstaltungsort Johanniskirche	1,1	0,4	sehr gut, sehr geringe Abweichung.
Veranstaltungsdauer	2,0	0,8	für die Meisten gut. Hohe Abweichung.
Verhältnis Reden/Vorträge zu Diskussion/Pausen	2,1	0,7	gut.
Simultanübersetzung im Plenum	1,7	0,7	noch sehr gut.
Seminarräume	2,2	0,9	gut. Aber hohe Abweichung.
Moderation der Plenumsveranstaltungen	2,2	0,8	gut. Aber hohe Abweichung.
Moderation der Arbeitsgruppe	1,7	0,9	noch sehr gut. Aber hohe Abweichung.
Impulsvorträge in der Arbeitsgruppe	1,6	0,7	noch sehr gut.
Betreuung während der Veranstaltung allgemein	1,3	0,5	sehr gut.
Catering in der Johanniskirche	1,4	0,6	sehr gut.
Abendessen in der Buttergasse am 18.11.	1,4	0,6	sehr gut.
Stadtführung	1,6	0,7	sehr gut. Aber hohe Abweichung.
Abendessen im Hotel Ratswaage am 19.11.	1,1	0,3	sehr gut. Bestes Einzelurteil.
Live-Musik Salonorchester Kaiserwalzer	1,5	0,6	sehr gut.
Plenumsvorträge 18.11.:	2,0	0,8	gut. Aber hohe Abweichung.
Plenumsvorträge 19.11.:	1,6	0,7	sehr gut.
Plenumsvorträge 20.11.:	1,8	0,6	noch sehr gut.
World-Café am 18.11.	2,0	0,8	gut. Aber hohe Abweichung.
Talkrunde der Arbeitsgruppen-Ergebnisse 19.11.	2,5	0,8	gut. Aber hohe Abweichung. Schlechtester Mittelwert.
Präsentation der Ergebnisse am 20.11.	2,0	0,9	gut. Aber hohe Abweichung.
Themenstellung der 9. Bundeskonferenz war ...	1,9	0,6	knapp sehr gut.
Ziele der Bundeskonferenz wurden erreicht?	2,0	0,7	gut.
Erwartungen an die Bundeskonferenz erfüllt?	2,1	0,7	gut.
<i>Nehmen Sie Ideen, Motivation etc. mit?</i>	46	2	<i>46 sagten Ja, 2 sagten Nein. Rest o. An.</i>
Kommentar	32		32 Bögen mit Kommentaren.

Mittel: statistischer Mittelwert. **Abw.:** statistische Standardabweichung (je kleiner desto häufiger liegen Nennungen am Mittelwert und unterstreichen den Mittelwert so in seinem Gewicht).

Die meisten der Antwortenden blieben die gesamte Zeit auf der Bundeskonferenz. Dadurch geben alle Rückmeldungen auch einen Überblick im Urteil für die Gesamtveranstaltung.

zu „**Veranstaltungsdauer**“: Die Abweichung vom Mittel ist relativ gering. Allerdings geben die angemeldeten dieses Urteil ab, die ohnehin alle drei Tage da waren. Leider haben die Bögen mit einer geringeren Anwesenheit zu diesem Kriterium keine Angabe gemacht.

zu „**Seminarräume**“: Für eine abschließende Beurteilung mangelt es leider daran, dass viele die AG nicht eingetragen haben, in der sie waren. Schlecht schnitt in jedem Fall der Raum „Teeküche“ ab.

zu „**Moderation der Arbeitsgruppen**“: Hier gilt das eben gesagte, dass viele die AG nicht benannt haben, so dass ein Rückschluss auf einzelne Moderatoren und deren Qualität nicht möglich ist.



Programm



9 Bundeskonferenz
der Kommunen und Initiativen

Globalisierung gestaltet Kommunen –
Kommunen gestalten Globalisierung



inWEnt

Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

**18. – 20. November 2004,
Magdeburg, Johanniskirche**

1. Tag – Donnerstag, 18. November 2004

- | | |
|--------------|---|
| 11:00 | Einlass und Registrierung |
| 13:00 | Begrüßung
Dr. Lutz Trümper
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg
Dr. Götz Nagel
Bereichsleiter der InWEnt gGmbH
Dr. Horst Rehberger
Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt
Gunther Hilliges
Leiter des Landesamts für Entwicklungszusammenarbeit Bremen |
| 13:30 | Einführung in das Programm |
| 13:45 | "Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Kooperation"
Sanda-Beatrice Bitere
Beraterin für Europäische Integration in der Kreisverwaltung Iasi, Rumänien |
| 14:15 | "The need for new dynamics in North-South co-operation: the role of local authorities and NGOs"
Hans de Jonge
Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon, Special Representative of the Secretary General at the North-South Centre |
| 14:45 | „Kommunale Partnerschaften und die Rolle der Kommunen im Prozess europäischer und internationaler Politikgestaltung“
Dr. h.c. Herbert Schmalstieg
Oberbürgermeister der Stadt Hannover |
| 15:15 | Pause |
| 15:45 | „World Café“
Diskussion und Austausch in kleinen Runden |

- 17:30** **Rede und Aussprache mit Erich Stather**
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Ca. 19:30** **Empfang mit dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg und gemeinsames Abendessen in der Buttergasse**

2. 2. Tag – Freitag, 19. November 2004

- 9:00** **Begrüßung und Einführung**
- 9:10** **„Kommunen brauchen Eine-Welt-Engagement – Engagement braucht Rückenwind“**
Udo Schlüter
Geschäftsführer des Eine Welt Netz NRW e.V. / Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)
- 9:35** **„PartnerInnen in der Partnerschaftsarbeit? Kirchengemeinden und Kommunen in der Eine-Welt-Arbeit – Ein ostdeutsches Weltbild“**
Hans-Joachim Döring
Beauftragter für den Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
- 10:00 Uhr** **Vorstellung der Arbeitsgruppen**
- 10:15** **Pause**
- 10:45** **Arbeit in Arbeitsgruppen**
- 1. „Partner in alle Richtungen – Gewinn und Nutzen von kommunalen Partnerschaften“**
Impulsvorträge:
- Dr. Rüdiger Koch**
Beigeordneter der Stadt Magdeburg für Kultur, Schule und Sport
- Nino Mirianashvili**
Stadtparlament Tbilissi / Georgien
- Paata Mirziaschvili**
Präsident des Georgischen Städtebundes
- Erika Stückrath**
Welthaus Bielefeld
- Moderation: IKU-GmbH
Agenten: Tatiana Detering, RGRE – Deutsche Sektion, Dr. Bernhard Dohle, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)
- 2. „ Sozial beschaffen – was vor Ort nicht alles geht!“**
Impulsvorträge:
- Thomas Klein**
InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Nordrhein-Westfalen
- Martin Krämer**
Bundesstadt Bonn, Liegenschaftsamt
- Jürgen Anton**
Agenda Transfer in NRW
- Moderation: IKU-GmbH
Agentin: Olivia Bee, Agenda Transfer in NRW

3. „Lernen im Dialog: Bürger – und Beteiligungshaushalt“

Impulsvorträge:

Andreas Hoge

Bürgermeister der Stadt Steinfurt

Annika Poppenborg

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Moderation: IKU-GmbH

Agentinnen: Gisela Glimman und Sabine Röck, ASA-Programm der InWEnt gGmbH

4. „Arbeit – Bildung – Kultur: Interkulturelle Kompetenz in den Kommunen“

Impulsvorträge:

Ana Jurisch

Exile Kulturkoordination e.V.

Katinka Beber

Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg, Berlin

Margret Poggemeier

Stadt Osnabrück, Fachbereich Kultur

Moderation: Anita Reddy, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Agentin: Petra Albert, Ausländerbeauftragte der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

5. „Europa gemeinsam gestalten – Entwicklungspolitische Beiträge osteuropäischer Länder“

Impulsvorträge:

Lucian Flaiser

Präsident des Kreisrates Jasch / Rumänien und

Sanda-Beatrice Bitere

Beraterin für europäische Integration des Kreisrates Jasch / Rumänien

Moderation: Christine de Barros-Said, InWEnt gGmbH

Agent: Patrick Meurer, Bundeswehr-Akademie München

6. „Nachhaltige Stadtentwicklung – Schrumpfende Städte und Megacities“

Impulsvorträge:

Prof. Frauke Kraas

Geografisches Institut der Universität zu Köln

Dr. Dirk Schubert

TU Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich: Städtebau und Quartiersplanung

Moderation: Ulrich Nitschke, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH

Agentin: Frauke Goldmann, Bauingenieurin

13:00

Mittagspause

14:00

„Zusammenarbeit mit Kommunen in der Einen Welt am Beispiel der Stadt Schelklingen“

Michael Knapp

Bürgermeister der Stadt Schelklingen

14:25

„Hauptstadt des fairen Handels – Agenda-Arbeit in Dortmund“

Ullrich Sierau

Stadtrat Dortmund

14:50

Arbeit in Arbeitsgruppen

Diskussion der Leitfragen

16:30

Pause

- 17:00** **Talkrunde im Plenum**
Präsentation der Arbeitsergebnisse
- 17:45** **Stadtführung**
- 19:45** **Gemeinsames Abendessen im Hotel Ratswaage**

3. 3. Tag – Samstag, 20. November

- 9:30** **Begrüßung und Einführung**
- 9:45** **„Erfolgsfaktoren beim Marketing von kommunaler Eine-Welt-Arbeit“**
Axel Nordmann
imug Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft – an der Universität Hannover
- 10:15** **Darstellung der Arbeitsergebnisse und Verabschiedung der Empfehlungen**
- 11:00** **Pause**
- 11:30** **„Entwicklungspolitische Konzeptionen und Entwicklungszusammenarbeit der neuen EU-Mitgliedsstaaten“**
Prof. Dr. Michael Bohnet
Ministerialdirektor im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) a. D. / Beauftragter des BMZ für die EU-Beitrittsländer
- 12:00** **„Globalisierungspartner Kommune – Die Bedeutung der Kommunen in der internationalen Zusammenarbeit“**
Dr. Dirk Messner
Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik
- 12:30** **Verabschiedung und Ausblick**
Ulrich Nitschke
Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH
- Ca. 13:00 Uhr** **Ende**

Mit freundlicher Unterstützung von



TeilnehmerInnenliste

Namensliste der TeilnehmerInnen an der Bundeskonferenz inklusive der ReferentInnen.

Name	Vorname	Unternehmen / Einrichtung	PLZ	Ort
Algermissen	Hanelore	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt	39104	Magdeburg
Albert	Petra	EKKPS/AEW, Ausländerbeauftragte	39104	Magdeburg
Alter, Dr.	Cornelia	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	65726	Eschborn
Ancuta, Prof. Dr.	Emanoil		RO-78186	Bukarest / Rumänien
Andraschko	Kay	Deutscher Entwicklungsdienst (DED)	53113	Bonn
Anton	Jürgen	Agenda-Transfer in NRW	53111	Bonn
Bee	Olivia	Agenda-Transfer in NRW	53112	Bonn
Beber	Katinka	Bezirksamt Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. Jugend, Familie und Sport	10216	Berlin
Bendisch	Bianca	iku GmbH	44369	Dortmund
Berger	Annette	BER e.V.	10405	Berlin
Bitere	Sanda-Beatrice	Iasi Country Council, European Integration Office	RO-700075	Iasi/Rumänien
Blum	Magdalena	Beraterin	79336	Herbolzheim
Bohnet, Prof. Dr.	Michael	Bauftragter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die EU-Beitrittsländer	53177	Bonn
Bolda	Elisabeth	Deutscher Entwicklungsdienst (DED)	99427	Weimar
Boltz	Stefan	Bausenator Hansestadt Bremen	28204	Bremen
Bolzek	Julia	polymorphing	30161	Hannover
Brandt	Hans-Jürgen	InWEnt gGmbH, RZ Hessen / Rheinland-Pfalz	65185	Wiesbaden
Breidenstein	Julia	HUMANA Kleid. für Entw. gGmbH	12355	Berlin
Christmann	Manfred		47798	Krefeld
Claus, Dr.	Frank	iku GmbH	44369	Dortmund
Colloseus	Claudia	Stadt Frankfurt/M.	60311	Frankfurt am Main
Conrad	Gudrun		06122	Halle
Contreras	Christine	World University Service	65195	Wiesbaden
Cürette	Horst	Ministerium für Umwelt des Saarlandes	66117	Saarbrücken
Dahlberg	Kerstin	Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen	28195	Bremen
Detering	Tatiana	Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) / Deutscher Städtetag, Deutsche Sektion	50968	Köln
Devers-Kanoglu	Ulrike	Universität Köln, Abteilung für Allgemeine Pädagogik	50931	Köln
De Barros-Said	Christine	InWEnt gGmbH, Abt. 2.04	53113	Bonn
De Jonge	Hans	North-South Centre of the Council of Europe	P-1050-185	Lisboa/Portugal
Dellbrügge	Andreas	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Dix	Detlef	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) - Armenien	01468	Moritzburg
Dohle, Dr.	Bernhard	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)	50968	Köln
Döring	Hans-Joachim	Arbeitsstelle Eine Welt, Kirchlicher Entwicklungsdienst (KED)	39104	Magdeburg
Drünert	Ellen	InWEnt gGmbH	50676	Köln
Eichler	Philip	Universität Konstanz	78467	Konstanz
Eichmann	Birgit	KATE	10405	Berlin
Eichstädt	Ulrike	Eine-Welt-Haus Halle e.V.	06114	Halle
Engelbrecht-Schreiner	Ralf	TaT Transferzentrum für angepasste Technologien	48432	Rheine
Falk	Wolf	Hansestadt Rostock	18055	Rostock

Name	Vorname	Unternehmen / Einrichtung	PLZ	Ort
Fischer	Dorothee	Verband der Agenturen für lokale Demokratie (ALDA)	F-67000	Strasbourg
Flaiser	Lucien	IASI Country Council	RO-700075	Iasi/Rumänien
Frenzel	Lutz	kultur transnational e.V.	53173	Bonn
Frey	Rudolf	Kommunalberater	71282	Hemmingen
Fricke	Claudia	Landeshauptstadt Magdeburg	39104	Magdeburg
Glimmann	Gisela		72074	Tübingen
Goldmann	Frauke		51377	Leverkusen
Gutowsky	Catrin	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt	39104	Magdeburg
Grätz	Wolfgang	Senatskanzlei Hamburg	20354	Hamburg
Gregorio	Rhoda Lynn		53119	Bonn
Günzel	Reinhart	VEN-Vorstand	21335	Lüneburg
Hall	Hanne	Ministerium des Innern und für Sport	55116	Mainz
Hammann	Hans-Christian	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	53113	Bonn
Harten	Albrecht	Stadt Cuxhaven	27453	Cuxhaven
Hartmann	Jutta	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt	39108	Magdeburg
Haindl	Rudolf	Förderverein Lokale Agenda 21	10319	Berlin
Herrmann	Monika		10965	Berlin
Hildebrandt	Silke	InWEnt gGmbH, Abt. 2.04	53113	Bonn
Hilliges	Gunter	Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen	28195	Bremen
Hoffarth	Melanie	Universität Kaiserslautern, Lehrstuhl für Regionalentwicklung und Raumordnung	67663	Kaiserslautern
Hoge	Andreas	Stadt Steinfurt	48565	Steinfurt
Hölcker	Norbert	MUNL Schleswig-Holstein	24106	Kiel
Hommel	Gabriele	FIAN-Deutschland e.V.	44625	Herne
Huber	Hildegard	Lokale Agenda 21 Rheinstetten Arbeitskreis Eine Welt	76287	Rheinstetten
Judersleben	Steffen	Stadtverwaltung Freiberg	09599	Freiberg
Jurisch	Ana	Moderation – Beratung, EXILE e.V.	45136	Essen
Kaiser	Horst	EUROCORPS Strasbourg	67304	Eisenberg
Kerker, Dr.	Elke	InWEnt gGmbH	20354	Hamburg
Kettner	Michael	Stadt Neuburg an der Donau	86633	Neuburg an der Donau
Kintscher	Claudia	komba Gewerkschaft	50670	Köln
Kistermann-Stötzel	Regina	Volkshochschule LK Diepholz	27211	Bassum
Klein	Thomas	InWEnt gGmbH	40213	Düsseldorf
Knapp	Michael	Stadt Schelklingen, Bürgermeister	89601	Schelklingen
Knoff	Tino	Eine Welt e.V. Dessau	06844	Dessau
Koch, Dr.	Rüdiger	Landeshauptstadt Magdeburg, Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport, Referat Z III 1	39104	Magdeburg
Kohl, Dr.	Harald	Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorschutz	10178	Berlin
Kowalke	Ulrich	VEN, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen	30659	Hannover
Kozork	Markus	HUMANA Kleidersammlung GmbH	12355	Berlin
Prof. Kraas	Frauke	Geographisches Institut Universität Köln	50923	Köln
Krakau	Julia	V&G Partnerschaft	53111	Bonn
Krämer	Martin	Stadt Bonn	53111	Bonn
Krasa, Dr.	Gottfried	Niederösterreichische Landesregierung	A-3109	St. Pölten
Kühr	Anne-Kathrin	iku GmbH	44369	Dortmund
Kuklinski	Oliver	PlanKom - kommunikation planung beratung forschung	30173	Hannover

Name	Vorname	Unternehmen / Einrichtung	PLZ	Ort
Kummer	Benjamin	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	53113	Bonn
Laue	Birgit	Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung (KATE) e.V., Berlin	10405	Berlin
Leuschner	Claudia	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Lewe	Ansgar	Kreis Recklinghausen	45657	Recklinghausen
Lier	Edeltraud	Stadtverwaltung Wiesbaden	65183	Wiesbaden
Löblich	Eberhard	Demokratische Gemeinde Löblich	10963	Berlin
Ludwig	Jürgen	Umwelt-Medien-Zentrum Arnstadt	99310	Arnstadt
Lunnebach	Silke		60486	Frankfurt /M.
Marquardt	Michael	Auslandsgesellschaft des LSA	39104	Magdeburg
Marwede	Michael	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Maurer	Claudia	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Mayer	Axel	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	65726	Eschborn
Messner, Dr.	Dirk	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)	53113	Bonn
Meyer-Robben	Raimund	Bremer Entsorgungsbetriebe	28759	Bremen
Meurer	Patrick		81549	München
Mirianashvili, Dr.	Nino	Stadtparlament Tbilissi	0105	Tbilissi / Georgien
Mirziashvili	Paata	Georgischer Städtebund	0160	Tbilissi / Georgien
Mueller-Rockstroh	Peter	InWEnt gGmbH (ex)	70565	Stuttgart
Nagel, Dr.	Götz	InWEnt gGmbH	50676	Köln
Neetzel	Sigrid	InWEnt gGmbH ASA-Programm	10785	Berlin
Nitschke	Ulrich	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Nix	Ursula	InWEnt gGmbH	10785	Berlin
Nordmann	Axel	Institut für Markt - Umwelt - Gesellschaft imug	30169	Hannover
Nowikow	Ulrich	Agendaforum Berlin	13189	Berlin
Ohme, Dr.	Helmut	Deutsch Rumänische Gesellschaft	06348	Großöbner
Osadnik, Dr.	Gerhard	Stadt Gelsenkirchen, Abt. Umweltplanung, Lokale Agenda 21	45875	Gelsenkirchen
Petzold	Reinhard	DePowi GmbH	15230	Frankfurt (Oder)
Philipp	Hannes	VEN, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen	30163	Hannover
Poggemeier	Margret	Stadt Osnabrück, Büro für Friedenskultur	49074	Osnabrück
Poppenborg	Annika		24114	Kiel
Razak	Minhel	Multikulturelles Zentrum Dessau	06846	Dessau
Reddy	Anita	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Rehberger	Horst, Dr.	Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt	39104	Magdeburg
Reich	Stefani	Senatsverwaltung Berlin	10820	Berlin
Reichelt	Renate	Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.	39104	Magdeburg
Reissmann	Silvia	Hansestadt Rostock, Büro für nachhaltige Stadtentwicklung / Agenda 21	18055	Rostock
Rieckmann	Marco	Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation	21335	Lüneburg
Riederer	Alex	Agenda 21 Initiative	74889	Sinsheim
Rieth	Helmut	Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanung und Medien	99438	Bad Berka
Röck	Sabine		72072	Tübingen
Rupp	Horst	Verbandsgemeindeverwaltung Wörrstadt	55286	Wörrstadt
Sagué	Maria	InWEnt gGmbH	50676	Köln
Scheelje, Dirk	Dirk	MUNL Schleswig-Holstein	24106	Kiel
Schierok	Hans-Joachim	Kulturamt Biberach an der Riß	88400	Biberach
Schlicht	Annette	InWEnt gGmbH	28195	Bremen
Schlüter	Udo	Eine Welt Netz NRW e.V.	48143	Münster

Name	Vorname	Unternehmen / Einrichtung	PLZ	Ort
Schmalstieg, Dr. h.c.	Herbert	Landeshauptstadt Hannover, Oberbürgermeister	30159	Hannover
Schnatmann	Heinrich	Kyffhäuser Bildungs- und Sozialwerk	58640	Iserlohn
Schnura	Christiane	Kampagne für saubere Kleidung c/o VEM	42285	Wuppertal
Schrick	Michael A.	Städtepartnerschaft Berlin Treptow-Köpenick – Cajamarca	12527	Berlin
Schruofeneger	Oliver	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	10111	Berlin
Schubert, Dr.	Dirk	TU Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich: Städtebau und Quartiersplanung	21073	Hamburg
Schulz-Medem	Alexander	Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt	39104	Magdeburg
Schurgulaia	Irakli	Stadtparlament Tbilissi	0105	Tbilissi / Georgien
Siege	Hannes	InWEnt gGmbH	53113	Bonn
Sierau	Ullrich	Stadt Dortmund	44137	Dortmund
Springorum	Ulrich	GTZ Georgien	01200	Georgien
Stather	Erich	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Staatssekretär	10963	Berlin
Sterly	Harald	Geographisches Institut Universität Köln	50923	Köln
Stolte, Dr.	Harry	InWEnt gGmbH	39104	Magdeburg
Stückrath	Erika	Welthaus Bielefeld e.V.	33613	Bielefeld
Tilkorn	Erich	Bezirksregierung Münster	48143	Münster
Trümper, Dr.	Lutz	Stadt Magdeburg, der Oberbürgermeister	39104	Magdeburg
Vardiashvili	Ketewan	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit - Georgien	00160	Tbilissi / Georgien
Wagner	Stefan	Bundesstadt Bonn, Vorstandsreferat für internationale Beziehungen	53111	Bonn
Warschun	Rolf	Landeshauptstadt Magdeburg	39104	Magdeburg
Watermann	Bettina	Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein	24537	Neumünster
Wazlawik, Dr.	Klaus		12555	Berlin
Weißenfels	Frank	Bertelsmann Stiftung	33311	Gütersloh
Wiegel	Gisela	Bremerhaven	27578	Bremerhaven
Winter, Dr.	Peter	InWEnt gGmbH, RZ Niedersachsen	30159	Hannover
Witecka	Thomas	InWEnt gGmbH, RZ Baden-Württemberg	70173	Stuttgart
Wolbring	Renate	InWEnt gGmbH / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	53113	Bonn
Wünsch	Anja	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg	70182	Stuttgart

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gewinn und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003.
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004.
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.

- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
 Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
- Über uns – Flyer der Servicestelle. (Januar 2005)
- Kommunale Servicestelle Partnerschaftsinitiative. (Februar 2005)
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005)

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Über uns – Flyer der Servicestelle (in Deutsch)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch) [in Deutsch vergriffen]
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.), Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage.

Über uns

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Alte Gegensätze überwinden, neue – kommunal erprobte – Lösungswege aufzeigen, das ist die Herausforderung und der Arbeitsalltag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerorganisationen suchen wir nach konkreten Problemlösungen für die kommunale Praxis.

Fünf Zukunftsthemen und die vielfältigen Serviceangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt haben zum Ziel, den bestehenden Handlungsspielraum der Kommunen – den der Entscheider in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – zu beleben und zu erweitern. Sie werden als Chancen und Herausforderungen zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit angesehen – als Potenzial zur Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien.

Die Zukunftsthemen und die dazugehörigen Beratungstools für lokale Akteure sind eng verknüpft. Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu beleben. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit – d.h. die Multikulturalität und Internationalität der deutschen Kommunen, ist dabei eine erstaunlich ergiebige Ressource, die bisher kaum genutzt wird.

Der Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog

Transparenz und Bürgerbeteiligung erweitern den kommunalen Handlungsspielraum und die politische Gestaltung – trotz leerer Kassen.

Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften – Eine Welt beginnt vor Ort

Kommunale Partnerschaften erweitern die Lösungskompetenz von Politik, Verwaltung sowie Nichtregierungsorganisationen. Wir helfen Ihnen bei der Gründung nachhaltiger Partnerschaften – nicht nur für die von der Tsunami betroffenen Regionen.

Faires Miteinander – Die interkulturell kompetente Kommune im Jahr 2012

Die Nachfrage aus kommunalen Verwaltungen zu interkulturellen Themen wächst.

Faires Beschaffungswesen – Der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels

Fair gehandelter Kaffee wird bisher nur in den wenigsten Rathauskantinen getrunken. Und zum Handeln gibt es mehr als Kaffee!

Kulturen der Welt vor Ort – ein reizvolles Thema für Stadt und Land

Kultur spielte lange Zeit in Agenda-Prozessen und Eine-Welt-Arbeit kaum eine Rolle. Dieses Thema stärkt das kommunale Image.

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von InWEnt zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern: Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen, erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene. Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen Lösungsgerecht angepasst. Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein. Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

Gesellschafter von InWEnt sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder.

InWEnt entstand in 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
Tulpenfeld 5
53113 Bonn
Fon: +49 (0)2 28 – 24 34 – 5
Fax : +49 (0)2 28 – 24 34 – 766
www.inwent.org